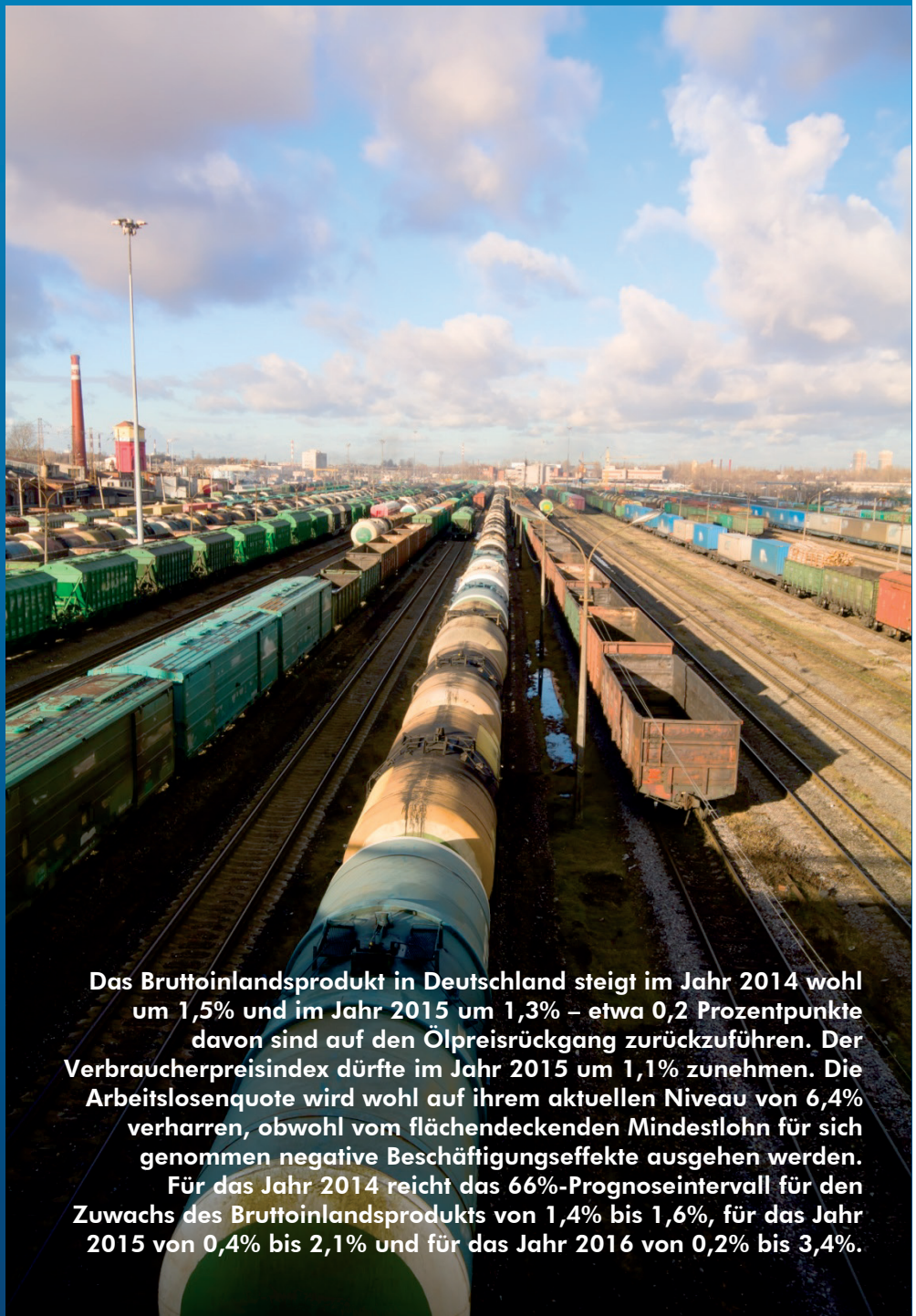
Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Deutsche Konjunktur kommt langsam wieder in Schwung



Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland steigt im Jahr 2014 wohl um 1,5% und im Jahr 2015 um 1,3% – etwa 0,2 Prozentpunkte davon sind auf den Ölpreisrückgang zurückzuführen. Der Verbraucherpreisindex dürfte im Jahr 2015 um 1,1% zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird wohl auf ihrem aktuellen Niveau von 6,4% verharren, obwohl vom flächendeckenden Mindestlohn für sich genommen negative Beschäftigungseffekte ausgehen werden. Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,4% bis 1,6%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 2,1% und für das Jahr 2016 von 0,2% bis 3,4%.

Konjunktur aktuell

1/2015

30. Januar 2015

3. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland: Produktion in Ostdeutschland stagniert gegen Jahresende 4
Udo Ludwig, Franziska Exß

Die schwache Belebung der Konjunktur in Deutschland im dritten Quartal griff auf die Produktions- und Dienstleistungsstandorte in den Neuen Bundesländern über. Das Bruttoinlandsprodukt ist hier – saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4.1) – um 0,1% gegenüber dem zweiten Quartal gestiegen und damit etwa so verhalten wie in den Alten Bundesländern (0,2%). Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutete das aber einen Zuwachs von 0,8%.

Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur kommt langsam wieder in Schwung 5-43
Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland stieg im Jahr 2014 um 1,5% und wird im Jahr 2015 wohl um 1,3% zulegen. Nach einem schwachen Winterhalbjahr dürfte die deutsche Konjunktur langsam wieder in Schwung kommen, auch weil der niedrige Ölpreis für deutsche Haushalte und Unternehmen eine Kostenentlastung bedeutet. Der Verbraucherpreisindex dürfte im Jahr 2015 um 1,1% zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird wohl auf ihrem aktuellen Niveau von 6,4% verharren, obwohl vom flächendeckenden Mindestlohn für sich genommen negative Beschäftigungseffekte ausgehen werden.

Die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2014 bis 2019 44-48
Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Oliver Holtemöller, Brigitte Loose, Götz Zeddies

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2014 um 1,5% steigen. Im Jahr 2015 wird es wohl um 1,3% zunehmen – etwa 0,2 Prozentpunkte davon sind auf den Ölpreisrückgang zurückzuführen. Nach einer Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2014 dürfte sich die Produktionslücke Ende des Jahres 2015 schließen. Im Jahr 2016 dürfte die Produktion um 1,6% steigen. Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,4% bis 1,6%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 2,1% und für das Jahr 2016 von 0,2% bis 3,4%.

Zur Wirtschaftspolitik: Investitionen fördern – aber nicht allein mit mehr öffentlichen Mitteln! 49-61
Oliver Holtemöller, Konstantin Kiesel, Axel Lindner, Andreas Schmalzbauer, Götz Zeddies

Seit Ausbruch der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise stellten sich der Wirtschaftspolitik in Deutschland vermeintlich ganz andere Aufgaben als auf europäischer Ebene. Es herrschte der Eindruck vor, dass Deutschland im Vergleich zu den Krisenländern strukturell gut aufgestellt sei. Der Rückgang der konjunkturellen Dynamik in Deutschland lenkt nunmehr die Aufmerksamkeit auch wieder verstärkt auf wirtschaftspolitische Herausforderungen im Inland.

IWH-Bauumfrage zum Jahresauftakt 2015: Hoffnungsträger Wohnungsmodernisierung 62-65
Brigitte Loose

Das Baugewerbe in Ostdeutschland dürfte das Jahr 2014, ausgehend von einem witterungsbedingt starken Start und einer anschließenden Abschwächung im Verlauf des Jahres, insgesamt mit einem leichten Plus abgeschlossen haben. Das liegt vor allem am Wohnungsbau, wenngleich sich auch dieser im Verlauf abschwächte. Einen Dämpfer hat insbesondere der Wirtschaftsbau erhalten, nachdem sich die Unternehmen infolge der generell schwächeren Konjunktur mit Investitionen zurückgehalten haben. Die Ertragslage der Bauunternehmen hat sich in etwa auf dem Vorjahresstand gehalten. Für das Jahr 2015 ist die Stimmung unter den vom IWH befragten Unternehmen verhalten optimistisch.

IWH-Industrieumfrage zum Jahresauftakt 2015: Verhaltener Optimismus für 2015 66-69
Cornelia Lang

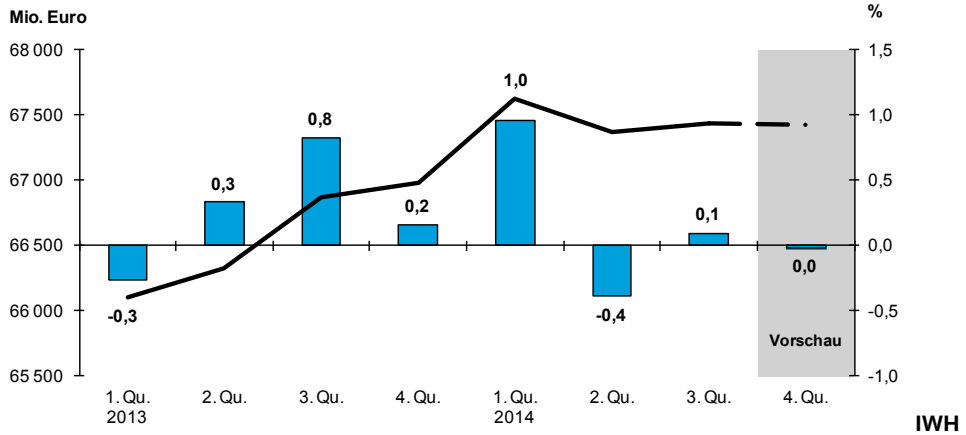
Für das Jahr 2015 erwarten die vom IWH befragten Unternehmen Geschäfte in etwa auf Vorjahresniveau. Mehr als die Hälfte der Unternehmen geht von Zuwächsen beim Umsatz aus, aber nicht mehr in der Höhe wie im Jahr 2014. Ein Drittel der Unternehmen will Personal einstellen, 12% gehen davon aus, dass bis Ende 2015 Beschäftigung abgebaut wird. Die Umsatz- und Beschäftigungspläne der Exportunternehmen fallen leicht überdurchschnittlich aus.

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland*

Produktion in Ostdeutschland stagniert gegen Jahresende

Die schwache Belebung der Konjunktur in Deutschland im dritten Quartal griff auf die Produktions- und Dienstleistungsstandorte in den Neuen Bundesländern über. Das Bruttoinlandsprodukt ist hier – saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4.1) – um 0,1% gegenüber dem zweiten Quartal gestiegen und damit etwa so verhalten wie in den Alten Bundesländern (0,2%). Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutete das aber einen Zuwachs von 0,8%. Ausschlaggebend war der Anstieg an Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, während vor allem vom Baugewerbe Bremswirkungen ausgingen. Der Dienstleistungssektor setzte seine sehr moderate Aufwärtstendenz per saldo fort.

Abbildung:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %
verkettete Volumenangaben, kalender- und saisonbereinigter Verlauf (BV 4.1)



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin), Stand: Dezember 2014; Darstellung des IWH.

Deutschlandweit war die konjunkturelle Belebung vom Konsum und vom Export getragen. Soweit die Impulse aus dem Ausland kamen, regten sie die Industrieproduktion in Ost- wie in Westdeutschland an, im Osten prozentual sogar etwas stärker. Davon profitierten sowohl die Hersteller von Investitions- und Vorleistungsgütern als auch von Ge- und Verbrauchsgütern. Dagegen gingen die Impulse vom Konsum an den Produzenten von Verbrauchsgütern in Ost- wie in Westdeutschland weitgehend vorbei. Die Umsätze der Konsumgüterindustrie im Inland sind spürbar gesunken.

Die anhaltende Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft hat sich im dritten Quartal kaum auf den Umsatz der einschlägigen industriellen Hersteller von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen in Deutschland ausgewirkt. Die ostdeutschen Hersteller haben im Inland sogar mehr Produkte als im Vorquartal verkauft. Die rückläufigen Bauinvestitionen strahlten dagegen deutlich auf das ostdeutsche Baugewerbe aus. Die Wertschöpfung sank das zweite Quartal in Folge, wenngleich weniger stark als zuvor.

Der Dienstleistungssektor zeichnete sich auch im dritten Quartal durch gegenläufige Entwicklungen der einzelnen Zweige aus. In den Bereichen Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation sowie Immobilienwirtschaft und Unternehmensdienstleister hat sich die Expansion verlangsamt fortgesetzt, während Handel und Gastgewerbe sowie die Finanzwirtschaft an Wertschöpfung einbüßten. Auch von den öffentlichen Dienstleistern gingen keine belebenden Impulse auf die Konjunktur aus.

Für das letzte Quartal 2014 deuten die vorlaufenden Indikatoren eher auf eine Stagnation der wirtschaftlichen Leistung hin. Laut IWH-Umfragen haben sich die Geschäftserwartungen der Industrie- und Bauunternehmen weiter eingetrübt, und die Auftragseingänge sind rückläufig. Vor allem für die Hersteller industrieller Investitionsgüter haben sich die Aussichten nach dem kurzen Auftrieb im dritten Quartal wieder verschlechtert. Insbesondere die ostdeutschen Maschinen- und Anlagenbauer sehen das laut Verbandsbericht so, obwohl sie sich auf große Auftragsbestände und deren zunehmende Reichweite stützen können.

Mit diesen Aussichten dürfte der im ersten Halbjahr 2014 erreichte Wachstumsvorsprung der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Wirtschaft dahinschmelzen und das Bruttoinlandsprodukt der Neuen Bundesländer im Durchschnitt des Jahres im Ost-West-Vergleich langsamer expandieren.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de), Franziska Exß (Franziska.Exss@iwh-halle.de)

Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 9 (16), 2003, 471 f.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 31/2014 am 11. Dezember 2014 veröffentlicht.

Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur kommt langsam wieder in Schwung*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH**

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland stieg im Jahr 2014 um 1,5% und wird im Jahr 2015 wohl um 1,3% zulegen. Nach einem schwachen Winterhalbjahr dürfte die deutsche Konjunktur langsam wieder in Schwung kommen, auch weil der niedrige Ölpreis für deutsche Haushalte und Unternehmen eine Kostenentlastung bedeutet. Der Verbraucherpreisindex dürfte im Jahr 2015 um 1,1% zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird wohl auf ihrem aktuellen Niveau von 6,4% verharren, obwohl vom flächendeckenden Mindestlohn für sich genommen negative Beschäftigungseffekte ausgehen werden.

Die wirtschaftliche Dynamik in der Welt ist seit geraumer Zeit heterogen: Die USA und Großbritannien befinden sich im Aufschwung, während die Produktion im Euroraum kaum mehr als stagniert. In Japan ging das Bruttoinlandsprodukt nach der Konsumsteuererhöhung im Frühjahr sogar zwei Quartale in Folge zurück. In China dürfte die Wachstumsdynamik im Verlauf des Jahres 2014 leicht nachgelassen haben. Brasilien und, auch politisch bedingt, Russland stehen am Rand einer Rezession.

Bei den Unternehmen hat sich die Stimmung im Schnitt zuletzt etwas eingetrübt: Der Markit-Einkaufsmanagerindex für die Weltwirtschaft ist zwar deutlich auf Expansionsniveau, aber etwas niedriger als im Sommer. Immerhin hat der Welthandel, der seit einigen Jahren ungewöhnlich schwach expandiert, seit dem Sommer wieder stärker zugelegt, insbesondere im asiatischen Raum. Eine Trendwende lässt sich daraus aber noch nicht ableiten, schon weil die für den internationalen Handel wichtige Konjunktur im Euroraum auch im Jahr 2015 kaum in Schwung kommen dürfte; zu groß sind die strukturellen Probleme insbesondere in Italien und Frankreich. Allerdings erhält der Euroraum recht

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2014 bis 2016

	2014	2015	2016
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
private Konsumausgaben	1,0	1,3	1,6
Staatskonsum	1,1	1,3	0,9
Anlageinvestitionen	2,9	1,9	3,8
Ausrüstungen	3,1	2,6	6,5
Bauten	3,3	1,6	2,5
sonstige Anlagen	1,2	1,6	2,5
Vorratsinvestitionen[a]	−0,2	−0,1	0,0
Inlandsverwendung	1,2	1,3	2,0
Außenbeitrag[a]	0,3	0,0	-0,2
Exporte	3,8	4,6	4,4
Importe	3,5	5,3	5,7
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,3	1,6
darunter: Ostdeutschland	1,3	1,1	
nachrichtlich: Welthandel	3,4	4,6	4,6
USA	2,3	3,0	2,8
Euroraum	0,8	1,0	1,4
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen, geleistet	1,5	0,2	0,3
Tariflöhne je Stunde	3,1	3,2	2,6
Effektivlöhne je Stunde	2,0	3,8	3,5
Lohnstückkosten[b]	1,9	2,7	2,1
Verbraucherpreisindex	0,9	1,1	1,4
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	42 657	42 819	43 010
darunter: Ostdeutschland	5 894	5 880	
Arbeitslose[c]	2 901	2 938	2 929
darunter: Ostdeutschland	622	620	
	in %		
Arbeitslosenquote[d]	6,4	6,4	6,4
darunter: Ostdeutschland	9,5	9,5	
Arbeitslosenquote BA[e]	6,7	6,7	6,7
darunter: Ostdeutschland	9,8	9,8	
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Finanzierungssaldo des Staates	0,4	0,2	0,5

[a] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – [b] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [c] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [d] Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – [e] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2014: Prognose des IWH (Stand: 17.12.2014).

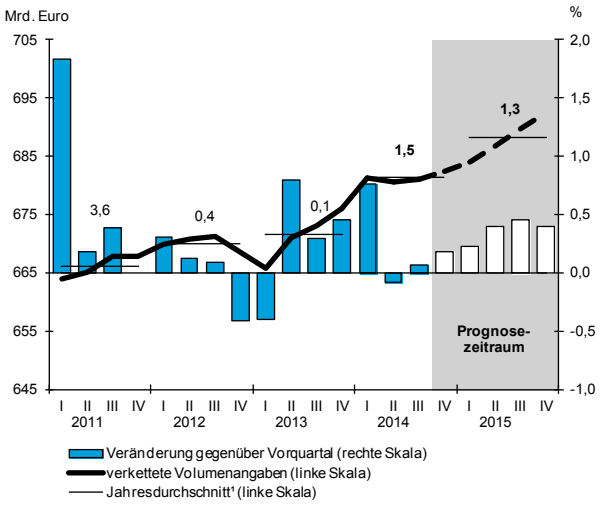
* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 33/2014 am 18. Dezember 2014 veröffentlicht.

** Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Martina Kämpfe, Konstantin Kiesel, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Götz Zeddies.

kräftige Impulse, die ein Abgleiten in eine neue Rezession unwahrscheinlich erscheinen lassen: Der Euro hat seit dem Frühjahr real effektiv abgewertet. Zudem bedeutet der Rückgang des Ölpreises einen Realeinkommensschub für Haushalte, und er senkt die Produktionskosten der Unternehmen. Das gilt auch für die anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Auch deshalb dürfte sich der Aufschwung in den USA erst verlangsamen, wenn die Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2016 in die Überauslastung kommt. In Japan dürfte die Produktion im Jahr 2015 nur wenig schneller als mit ihrer langjährigen Trendrate von knapp 1% expandieren. In China setzt sich die allmähliche Verlangsamung der Wachstumsdynamik fort. Alles in allem expandiert die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2014 um 2,6%, im Jahr 2015 um 2,9% und im Jahr 2016 um 3,0%. Der Welthandel legt im Jahr 2014 um 3,6% zu, für die Jahre 2015 und 2016 beinhaltet die vorliegende Prognose einen Zuwachs von je 4,6%. Die Inflation bleibt in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften niedrig, in einigen Schwellenländern wie Indien und Brasilien geht sie im Jahr 2015 aufgrund der geldpolitischen Straffung und des Ölpreisfalls etwas zurück.

Die deutsche Konjunktur ist im Jahr 2014 knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt. Nach einem auch witterungsbedingt kräftigen Jahresauftakt ging die gesamtwirtschaftliche Leistung im zweiten Quartal zurück und blieb im Herbst mit einem Zuwachs von 0,1% schwach. Frühindikatoren deuten daraufhin, dass die Expansionskräfte aus der Welt, aber auch aus der Binnenwirtschaft wohl langsam an Boden gewinnen. Für das Winterhalbjahr 2014/2015 ist eine durchgreifende, d. h. breit angelegte und rasch an Tempo zunehmende Erholung aber noch nicht zu erwarten. Im Frühsommer 2015 dürften sich die konjunkturellen Kräfte sowohl aus der Binnen- als auch aus der Außenwirtschaft weiter verstärken. Mit zunehmender Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen wieder mehr in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten investieren; die Investitionen des Staates ziehen – auch angesichts der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – an. Die Wohnungsbauinvestitionen bleiben aufwärtsgerichtet, auch wenn die Zuwächse aufgrund des erreichten hohen Niveaus sowohl von Seiten der privaten Haushalte als auch von Seiten institutioneller Investoren weniger kräftig ausfallen werden. Auch der niedrige Ölpreis entfaltet positive Wirkungen auf die Konjunktur. Insgesamt steigen die realen Einkommen, was sich in einem wieder stärker zunehmenden Konsum der privaten Haushalte niederschlagen sollte. Mit der schrittweisen Aufhellung des internationalen Umfelds, etwa der langsamen Erholung in Europa, werden die Exporte an Kraft gewinnen. Angesichts der breiter angelegten Belebung der Binnennachfrage werden auch die Importe im Prognosezeitraum wohl deutlicher zulegen; der Ölpreisverfall dämpft jedoch den Anstieg in nominaler Rechnung.

Abbildung:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



IWH

[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68
Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

Internationale Konjunktur

Weiter hohes Konjunkturgefälle zwischen den größeren Volkswirtschaften

Zur Jahreswende 2014/2015 ist die wirtschaftliche Dynamik in der Welt weiterhin sehr heterogen: Die USA und Großbritannien befinden sich im Aufschwung, während die Produktion im Euroraum kaum mehr als stagniert. In Japan ging das Bruttoinlandsprodukt nach der Konsumsteuererhöhung im Frühjahr sogar zwei Quartale in Folge zurück. In China dürfte die Wachstumsdynamik im Verlauf des Jahres 2014 leicht nachgelassen haben. Brasilien und insbesondere Russland stehen am Rand einer Rezession. Diese Länder kämpfen zugleich mit hoher Inflation. Wichtige Gründe für die großen wirtschaftlichen Probleme der beiden Rohstoffproduzenten sind die seit über zwei Jahren tendenziell stagnierenden oder fallenden Preise für ihre Exportgüter.

Einbruch des Ölpreises

Der Ölpreis hatte bereits seit dem Jahr 2013 bis zum Sommer 2014 in der Tendenz leicht nachgegeben. Ab Juli 2014 beschleunigte sich der Rückgang allerdings: Erdöl ist Mitte Dezember 2014 mit etwa 65 US-Dollar je Barrel (Brent) um etwa 40% billiger als im Sommer 2014. Dahinter stehen folgende Entwicklungen: Zum einen hat die Nachfrage nach Erdöl in den vergangenen Jahren nur noch verlangsamt zugenommen, vor allem, weil die besonders über rohstoffintensive Branchen getriebene Wachstumsdynamik in den großen Schwellenländern nachlässt. Dem steht eine beschleunigte Ausweitung des Öl-Angebots gegenüber, denn seit dem Jahr 2009 werden in den USA mit Hilfe neuer Technologien (*fracking*) immer größere Mengen Erdöl aus Schieferlagerstätten gefördert. Zuletzt kamen auch wieder größere Mengen libyschen Öls auf den Markt. Um den Preis stabil zu halten, hätte von anderer Seite Angebot zurückgezogen werden müssen. Die Aufgabe, stabilisierend einzugreifen, übernimmt üblicherweise Saudi-Arabien, der neben Russland größte Anbieter fossiler Brennstoffe. Es hat sich aber im Herbst 2014 gegen eine Drosselung der Produktion im OPEC-Kartell gestellt: Der Ölpreis soll wohl so niedrig sein, dass die Ausweitung der Förderung von Schieferöl in den USA (und anderswo) unwirtschaftlich wird. Eine solche Preisgrenze beläuft sich wahrscheinlich auf höchstens 80 US-Dollar, und wenn Saudi-Arabien die Expansion von Schieferöl dauerhaft bremsen möchte, müsste es auch mittelfristig so viel Öl anbieten, dass der Weltmarktpreis unterhalb dieser Schwelle liegt. Die vorliegende Prognose beruht daher auf der Annahme, dass der Ölpreis im ersten Quartal 2015 bei 70 US-Dollar liegt und danach real konstant bleibt, das heißt mit der Zielinflationsrate der US-Notenbank von 2% jährlich zunimmt.

Leitzinsen nahe null und zumeist neutrale Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

Der Fall des US-Dollar-Ölpreises um etwa 40% wirkt spürbar dämpfend auf das Preisniveau in vielen Ländern, zumal auch die Preise für Erdgas häufig an den für Öl gekoppelt sind. Auch in Euro und in Yen gerechnet verbilligten sich Energieträger stark, obwohl beide Währungen seit Mitte des Jahres 2014 deutlich abwerteten (Euro um 10%, Yen um 15%). Die Inflationsraten sind in allen großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin niedrig und liegen unter den offiziellen Inflationszielen – auch in Japan, wenn der Einmaleffekt der Konsumsteuererhöhung um drei Prozentpunkte aus der derzeitigen Inflationsrate von knapp 3% herausgerechnet wird. Um der Gefahr zu begegnen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen unter die Inflationsziele fallen, versuchen die Zentralbanken in Volkswirtschaften mit Unterauslastung, den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik trotz Nullzinsschranke weiter zu erhöhen. So hat der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) im Sommer eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, etwa den Ankauf von *asset backed securities* (ABS), und im Herbst angekündigt, eine Verlängerung der Bilanz des Eurosystems um 50% anzustreben. In Japan haben enttäuschende Konjunkturdaten die Geldpolitik im Herbst veranlasst, die quantitative Lockerung noch einmal zu beschleunigen. Ausgelaufen ist dagegen die Verlängerung der Zentralbankbilanz in den USA und (schon im Jahr 2012) in Großbritannien. Während die US-

Tabelle 1:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Arbeitslosenquote in %		
		2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Europa	32,1	1,3	1,1	1,6	1,3	1,4	1,8	-	-	-
EU 28	27,0	1,3	1,4	1,7	0,5	0,5	1,2	10,1	9,8	9,5
Schweiz	1,0	1,6	1,6	1,8	0,0	−0,3	0,3	4,4	4,2	4,0
Norwegen	0,8	2,2	1,8	1,7	2,1	1,9	2,4	3,5	3,7	3,5
Russland	3,3	0,5	−2,0	1,0	7,7	10,0	7,0	-	-	-
Amerika	36,7	2,0	2,7	2,7	-	-	-	-	-	-
USA	26,1	2,3	3,0	2,8	1,7	1,5	1,9	6,2	5,6	5,3
Kanada	2,8	2,4	2,4	2,4	2,0	1,5	1,9	6,9	6,7	6,7
Lateinamerika[a]	7,8	0,8	1,7	2,6	-	-	-	-	-	-
Asien	31,2	4,8	5,0	4,8	-	-	-	-	-	-
Japan	7,6	0,2	1,1	0,8	2,8	1,5	1,0	3,6	3,5	3,5
China ohne Hongkong	14,3	7,4	7,1	6,7	-	-	-	-	-	-
Südkorea	1,9	3,4	3,6	3,7	1,4	1,9	2,5	3,1	3,2	3,1
Indien	2,9	5,8	6,0	6,5	-	-	-	-	-	-
Ostasien ohne China[b]	4,5	4,0	4,6	4,8	-	-	-	-	-	-
insgesamt[c]	100,0	2,6	2,9	3,0	-	-	-	-	-	-
fortgeschrittene Volkswirtschaften[d]	68,9	1,7	2,1	2,1	1,4	1,3	1,5	7,4	7,1	6,9
Schwellenländer[e]	31,1	4,6	4,5	5,0	-	-	-	-	-	-
nachrichtlich:										
exportgewichtet[f]	100,0	2,0	2,1	2,4	-	-	-	-	-	-
nach dem Messkonzept des IWF[g]	100,0	3,4	3,7	3,8	-	-	-	-	-	-
Welthandel	-	3,4	4,6	4,6	-	-	-	-	-	-

[a] Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2013 in US-Dollar. – [b] Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. – [c] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2013 in US-Dollar. – [d] EU 27, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – [e] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – [f] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2013. – [g] Gewichtet nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF (Word Economic Outlook, September 2014).

Quellen: IWF; Prognose des IWH.

Notenbank den Leitzins wohl Mitte 2015 erstmals wieder erhöhen wird, ist für Großbritannien wieder offen, ob es im Jahr 2015 zur Zinswende kommt. Denn zurzeit verlangsamt sich die Konsumentenpreisdynamik rasch (bei einer Vorjahresrate von 1,3% im September), und die Regierung hat weitere Konsolidierungsmaßnahmen in nennenswertem Umfang angekündigt, welche Güternachfrage und Preisdynamik belasten dürften.

Großbritannien dürfte damit die einzige größere fortgeschrittene Volkswirtschaft sein, in der sich der finanzpolitische Kurs in den kommenden zwei Jahren verschärfen wird. Die japanische Regierung hingegen möchte die ursprünglich für Oktober 2015 geplante zweite Stufe der Konsumsteuerhöhung verschieben. In den USA ist der Konsolidierungsdruck gesunken, weil sich die Haushaltslage wesentlich entspannt hat, insbesondere in den Gemeinden und den Bundesstaaten. Auch im Euroraum ist die Finanzpolitik im Jahr 2015 und wohl auch 2016 in etwa neutral ausgerichtet, denn obwohl die strukturellen Defizite kaum noch reduziert wurden, ist der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte zuletzt deutlich gesunken: Im Jahr 2014 sind die Renditen auf Staatstitel mit Ausnahme derer Griechenlands überall (auch in realer Rechnung) weiter deutlich gefallen. Die implizite Garantie öffentlicher Schulden durch die EZB kombiniert mit ihrer Nullzinspolitik sorgt dafür, dass

die hohen und zumeist noch steigenden Schuldenquoten tragbar bleiben.

Alles in allem wirkt die Wirtschaftspolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften expansiv. Ein solches einheitliches Bild gibt es für die Schwellenländer nicht. So steht die Wirtschaftspolitik in China vor der Aufgabe, die problematisch hohe Dynamik der Kreditvolumina zu bremsen, ohne dabei eine Finanzkrise auszulösen. In Indien versucht die neue Regierung, ihr Programm marktwirtschaftlicher Reformen durchzusetzen. Um Krisenbewältigung geht es in Brasilien und Russland: Stagflation erzwingt hohe Leitzinsen, in Brasilien auch ein fiskalisches Konsolidierungsprogramm.

Ausblick: Weltkonjunktur bleibt im Jahr 2015 moderat

Die politischen Krisen des Jahres 2014 haben die Unsicherheit auf den Finanzmärkten, wie sie etwa in Optionspreisen auf Aktienindizes zum Ausdruck kommt (VIX oder VSTOXX), nur vorübergehend und in geringem Maß steigen lassen. Freilich herrscht auf den Finanzmärkten gegenwärtig auch keine Euphorie. Der MSCI-Index für die Weltaktienmärkte liegt ein Stück weit unterhalb seines Höchststandes vom Juli 2014. Auch dürfte hinter dem Rückgang für langfristige Renditen von Staatstiteln hoher Bonität (um etwa einen Prozentpunkt für deutsche Titel und um etwa einen halben für US-Papiere) eine gestiegene Skepsis gegenüber den langfristigen Wachstumsaussichten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften stehen. Auch die Stimmung in der Realwirtschaft hat sich im Schnitt zuletzt etwas eingetrübt: Der Markit-Einkaufsmanagerindex für die Weltwirtschaft ist zwar deutlich auf Expansionsniveau, aber etwas niedriger als im Sommer. Immerhin hat der Welthandel, der seit einigen Jahren ungewöhnlich schwach expandiert, seit dem Sommer wieder stärker zugelegt, insbesondere im asiatischen Raum. Eine Trendwende lässt sich daraus aber noch nicht ableiten, schon weil die für den internationalen Handel wichtige Konjunktur im Euroraum auch im Jahr 2015 kaum in Schwung kommen dürfte; zu groß sind die strukturellen Probleme insbesondere in Italien und Frankreich. Allerdings erhält der Euroraum recht kräftige Impulse, die ein Abgleiten in eine neue Rezession unwahrscheinlich erscheinen lassen: Der Euro hat seit dem Frühjahr real effektiv abgewertet. Zudem bedeutet der Rückgang des Ölpreises einen Realeinkommensschub für Haushalte, und er senkt die Produktionskosten der Unternehmen. Das gilt ebenso für die anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Auch deshalb dürfte sich der Aufschwung in den USA erst verlangsamen, wenn die Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2016 in die Überauslastung kommt. In Japan dürfte die Produktion im Jahr 2015 nur wenig schneller als mit ihrer langjährigen Trendrate von knapp 1% expandieren. In China setzt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit die allmähliche Verlangsamung der Wachstumsdynamik fort. Alles in allem expandiert die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2014 um 2,7%, im Jahr 2015 um 2,9% und im Jahr 2016 um 3,0%. (vgl. Tabelle 1).[1] Der Welthandel legt im Jahr 2014 um 3,4% zu, für die Jahre 2015 und 2016 beinhaltet die vorliegende Prognose einen Zuwachs von je 4,6%. Die Inflation bleibt in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften niedrig, in einigen Schwellenländern wie Indien und Brasilien geht sie im Jahr 2015 aufgrund der geldpolitischen Straffung und des Ölpreisfalls etwas zurück. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird im Prognosezeitraum ein Verhältnis von 1,25 US-Dollar/ Euro angenommen.

Chancen und Risiken des Ölpreisfalls

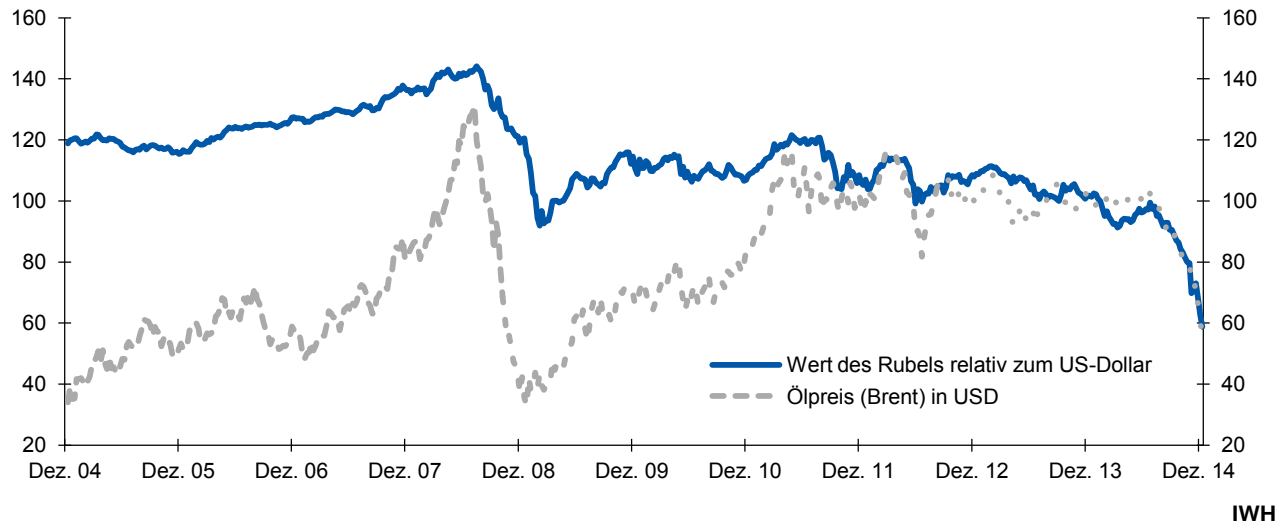
Diese Prognose basiert auf der Annahme, dass der Ölpreis im Prognosezeitraum real konstant bleibt. Ein weiterer Preisfall könnte dieses Konjunkturbild allerdings erheblich durcheinanderbringen. Wenn sich der Abwärtstrend ungebremst fortsetzte, wäre die Annahme

[1] Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2013 auf der Basis von Marktwechselkursen gewichtet wurden. Bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten und Hochrechnung auf den Länderkreis des Internationalen Währungsfonds (IWF) ergeben sich Zuwächse von 3,4% für 2014, 3,7% für 2015 und 3,8% für 2016. Zu den unterschiedlichen Berechnungsmethoden vgl. etwa *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten, Frühjahr 2013. Halle (Saale) 2013, 11.

Abbildung 1:

Rubel-Dollar-Wechselkurs und Erdölpreis

Index, Januar 2014 = 100



Quellen: The Central Bank of the Russian Federation; ICIS Pricing; Darstellung des IWH.

eines Ölpreises von wenig mehr als 70 US-Dollar für das Jahr 2015 deutlich zu hoch. Der Preisverfall stützt durch den Realeinkommenszuwachs der Haushalte und die Kostenersparnis der Unternehmen die Konjunktur in den Abnehmerländern (etwa im Euroraum und in den USA).[2] Was die Abnehmer von Öl durch einen niedrigeren Preis gewinnen, das entgeht freilich den Lieferanten. In Ölexportländern wie denen der OPEC, Russland, Kanada oder Norwegen werden Einkommen und Nachfrage erheblich gemindert,[3] und der Gesamteffekt auf die Weltkonjunktur ist schwer zu bestimmen. Dieser hängt u. a. davon ab, wie das Ausgabeverhalten auf die veränderten Realeinkommen reagiert. In den Ölexportländern wird ein erheblicher Teil der Einkommen nicht für Konsum- oder Investitionsgüter, sondern für den Aufbau von Forderungen gegenüber den Abnehmerländern verwendet: Der Leistungsbilanzüberschuss der 18 wichtigsten Ölexportländer betrug im Jahr 2013 5½% in Relation zu deren Bruttoinlandprodukt.[4] Die Gütern nachfrage in den Exportländern dürfte deshalb aufgrund des Ölpreisverfalls nicht im gleichen Maß sinken, wie sie in den Abnehmerländern steigt. Jedoch stellt der zu erwartende Rückgang des Kapitalangebots ein Risiko für die Weltfinanzmärkte dar. Ein weiteres Risiko besteht im Ausbruch von schweren Wirtschaftskrisen in einzelnen Ölexportländern, insbesondere in Russland. Seit dem Sommer verfällt der Außenwert des Rubels im Gleichschritt mit dem Ölpreis (vgl. Abbildung 1). Für den russischen Staatshaushalt ist diese Entwicklung zwar insofern günstig, als mit den Einnahmen aus dem Energiegeschäft auch die vor allem in Rubel denominierten Ausgabenverpflichtungen sinken. In große Schwierigkeiten dürften allerdings russische Unternehmen kommen, die Schulden in Fremdwährung bedienen müssen und Einnahmen in Rubel erwirtschaften. Mitte Dezember hat die russi-

2 Die höhere Bedeutung von Einkommenseffekten gegenüber Auswirkungen auf die Technologie betont *Kilian, L.*: The Economic Effects of Energy Price Shocks, in: Journal of Economic Literature, Vol. 46 (4), 2008, 904.

3 Die Einnahmen der 18 wichtigsten Ölexportländer (vgl. Fußnote 4) aus der Ausfuhr von Brennstoffen und Bergbauprodukten machten im Jahr 2013 immerhin 24% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dieser Ländergruppe aus (Quellen: WTO, IMF World Economic Outlook Database).

4 Russland, Saudi-Arabien, Kanada, Vereinigte Arabische Emirate (UAE), Katar, Norwegen, Kuwait, Nigeria, Irak, Venezuela, Kasachstan, Angola, Algerien, Iran, Oman, Libyen, Aserbaidschan und Ecuador. Nur Kanada, der Irak, Ecuador und Kasachstan wiesen 2013 (moderate) Leistungsbilanzdefizite auf.

sche Zentralbank versucht, den Außenwert des Rubels durch die Anhebung des Leitzinses von 10,5% auf 17,0% zu stabilisieren. Die höheren Zinsen dämpfen ebenfalls die Konjunktur.

Fortgesetzter Aufschwung in den USA – Geldpolitik im Fokus

In den USA hat sich die Konjunktur nach einem winterbedingten Einbruch im ersten Quartal 2014 zuletzt stark beschleunigt. So legte das Bruttoinlandsprodukt in den sechs Monaten von April bis September 2014 um 2,1% zu, der höchste Wert für ein Halbjahr nach der Krise. Während der Anstieg im zweiten Quartal vor allem auf robustem privaten Konsum und privaten Investitionen beruhte, trugen im dritten Quartal besonders die Nettoexporte und der staatliche Sektor zur Expansion bei.

Einhergehend mit der starken wirtschaftlichen Entwicklung verbesserte sich auch der Arbeitsmarkt weiter deutlich. In den ersten elf Monaten des Jahres 2014 wurden mehr als 2,6 Millionen neue Stellen geschaffen, der höchste Wert seit 15 Jahren. Die Arbeitslosenquote ging weiter zurück, von 6,6% zu Beginn des Jahres 2014 auf 5,8% im November. Freilich überzeichnet diese Zahl die Erholung am Arbeitsmarkt, denn nach wie vor ist die Zahl der Arbeitnehmer, die aus ökonomischen Gründen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, aber eigentlich eine Vollzeitstelle suchen, groß. Auch die Partizipationsrate konnte sich zuletzt zwar stabilisieren, liegt aber immer noch auf niedrigem Niveau. Das allgemeine Preisniveau entwickelte sich verhalten, die Konsumentenpreisinflation lag gegen Ende des Jahres deutlich unter 2%. Ein aktuell dämpfender Einfluss geht von den fallenden Energiepreisen aus.

Im Fokus stehen auch weiterhin die Politik der US-Notenbank und die begonnene Wende in der Geldpolitik. Nachdem das Anleihekaufprogramm wie geplant im Oktober ausgelaufen ist, rücken nun die Entscheidungen über den künftigen Verlauf der Leitzinsen in den Vordergrund, die seit dem Jahr 2008 nahe null liegen. In ihrer Kommunikation betont die US-Notenbank beständig die Abhängigkeit jedweder Politikentscheidung von den zugrunde liegenden ökonomischen Daten, lässt aktuell aber erkennen, dass sie die definierten Kriterien als zunehmend erfüllt sieht. Gleichzeitig liegt die Inflationsrate weiterhin unter dem Ziel von knapp 2%, insbesondere auch durch die gegen Ende des Jahres 2014 stark fallenden Öl- und Energiepreise. Durch den nur gedämpften Preisauftrieb erhält die Notenbank weiteren Spielraum für die Ausgestaltung der Geldpolitik. Sie dürfte gegen Mitte des Jahres 2015 mit einer ersten Erhöhung der Leitzinsen beginnen. Weitere Anhebungen dürften aber graduell und unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgenommen werden, sodass der Grad der monetären Akkommodation zwar wohl über den Prognosehorizont etwas zurückgehen, aber das Niveau weiterhin expansiv bleiben wird.

Die Fiskalpolitik wird aktuell von den politischen Folgen der Zwischenwahlen vom November 2014 bestimmt, in denen die Republikaner auch die Mehrheit im Senat gewonnen haben und nun beide Kammern des Kongresses kontrollieren. Es drohen zwei weitere Jahre der politischen Auseinandersetzungen und des Stillstands, in denen wichtige Reformvorhaben nicht umgesetzt werden. Zwar konnte eine erneute Schließung von Regierungseinrichtungen mit der Verabschiedung eines Haushalts bis Ende September 2015 erst einmal vermieden werden, aber die Finanzierung des für die aktuell in der Diskussion stehende Immigrationspolitik zuständigen Heimatschutzministeriums wurde nur bis Ende Februar 2015 gesichert und muss dann mit den neuen Mehrheitsverhältnissen erneut verhandelt werden. Diese Unsicherheit über die Ausgestaltung des politischen Kurses belastet die realwirtschaftliche Entwicklung.

Wichtige Stimmungsindikatoren signalisieren jedoch eine fortgesetzte Aufwärtsbewegung. Der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe liegt mit 58,7 Punkten weiterhin deutlich im expansiven Bereich, insbesondere die Erwartungskomponente ist kräftig angestiegen. Dies schlägt sich auch in den Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe nieder, die trendmäßig aufwärtsgerichtet sind. Ebenfalls positiv ist die Stimmung bei den Konsumenten; die entsprechenden Indizes sind im Jahr 2014 deutlich gestiegen, auch hier legte besonders die Erwartungskomponente zu.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 um 2,3% ansteigen, wobei sich das nega-

Tabelle 2:

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2014	2015	2016
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	2,3	3,0	2,8
privater Konsum	2,3	2,6	2,7
Staatskonsum und -investitionen	0,0	1,2	0,8
private Bruttoanlage-investitionen	5,3	5,5	5,3
inländische Verwendung	2,3	2,8	2,8
Exporte	3,2	3,2	2,1
Importe	3,5	3,0	2,5
Außenbeitrag[a]	−0,1	−0,1	−0,1
Verbraucherpreise	1,7	1,5	1,9
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Budgetsaldo[b]	−2,9	−2,7	−2,7
Leistungsbilanzsaldo	−2,2	−1,8	−2,0
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	6,2	5,6	5,3

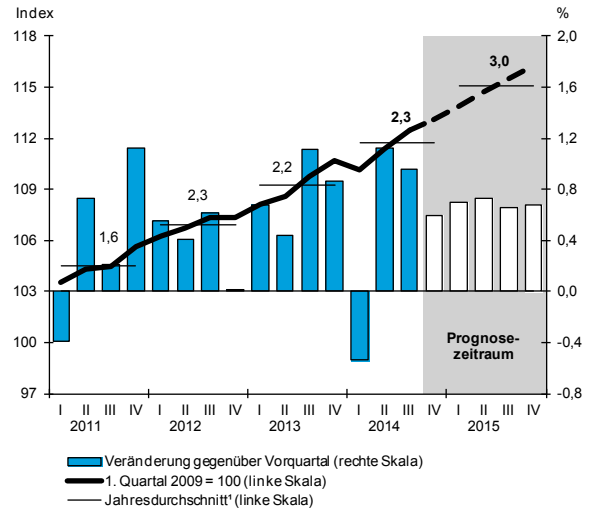
[a] Wachstumsbeitrag. – [b] Bundesstaat, Fiskaljahr.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH.

Abbildung 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA

saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

tive erste Quartal stark reduzierend auf die Jahresrate auswirkt. Bei fortgesetzt hoher Dynamik dürfte die Produktionsausweitung im Jahr 2015 dann bei 3,0% liegen, bevor sie 2016 mit der sich schließenden Produktionslücke wohl leicht auf 2,8% zurückgehen wird (vgl. Tabelle 2 und Abbildung 2). Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich weiter verbessern, allerdings wohl etwas weniger deutlich als im Jahr zuvor. Im Durchschnitt des Jahres 2014 dürfte die Arbeitslosenquote bei 6,2% liegen, um dann 2015 auf 5,6% und 2016 auf 5,3% zu sinken.

Trotz der sich fortsetzenden Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte die Inflationsrate indes nur moderat steigen. Bestimmender Faktor dabei werden die niedrigen Energiepreise bleiben. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte im Jahr 2014 1,7% und im Jahr 2015 1,5% betragen. Im Jahr 2016 dürften sie mit 1,9% leicht anziehen.

Europäische Union

Euroraum kommt nicht zu Kräften

Für den Euroraum insgesamt gibt es nach wie vor kaum Anzeichen für eine deutliche Erholung der Konjunktur. Die Produktion expandierte im Sommerhalbjahr 2014 mit einer aufs Jahr hochgerechneten Rate von knapp einem halben Prozent. Dämpfend wirkten dabei die Bruttoanlageinvestitionen, die mit einer Jahresrate von 1,7% zurückgingen. Bemerkenswert ist, dass die Investitionen in Griechenland, Portugal und Spanien, also Ländern, die in der Schulden- und Vertrauenskrise unter den europäischen Rettungsschirm hatten schlüpfen müssen, aber zugelegt haben,[5] der Rückschlag also die Kernländer des Euroraums betrifft. Positive Impulse kamen hingegen von den Exporten, die mit einer Jahresrate von reichlich 4% zulegten, und im Wesentlichen auch vom privaten Konsum (reichlich 1½%).

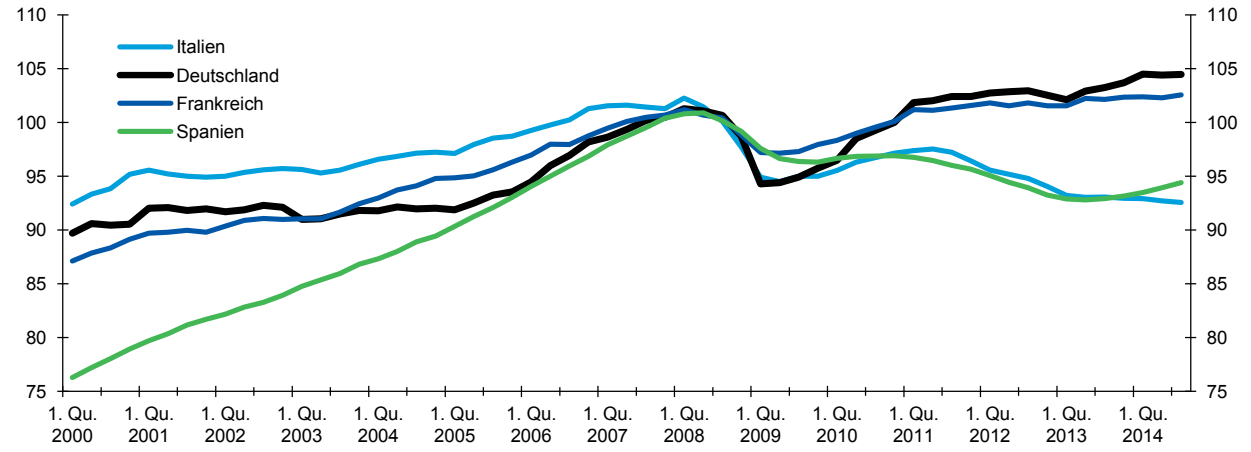
Aus längerfristiger Perspektive ist besonders die Entwicklung in Italien besorgniserregend (vgl. Ab-

[5] Für die anderen Programmländer Irland und Zypern liegen noch keine amtlichen Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das dritte Quartal 2014 vor.

Abbildung 3:

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten Ländern des Euroraums

Verkettete Volumenwerte, 2008 = 100



Quellen: EUROSTAT; Berechnungen und Darstellung des IWH.

bildung 3). Dort geht das Produktionspotenzial nach Schätzungen der Europäischen Kommission seit der Großen Rezession im Jahr 2009 zurück, und der Kapitalstock (Bruttoanlagevermögen ohne Wohngebäude) schrumpft seit dem Jahr 2012. Die Arbeitslosenquote ist seit dem Sommer wieder deutlich gestiegen, auf 13,2% im Oktober 2014. Die von der italienischen Regierung geplante Arbeitsmarktreform hat noch nicht alle parlamentarischen Hürden genommen und könnte frühestens Mitte nächsten Jahres in Kraft treten.

Im Euroraum insgesamt ist es im Gefolge der leichten konjunkturellen Erholung seit Sommer 2013 zu einer Stabilisierung des Arbeitsmarkts gekommen: Die Beschäftigung hat (bei in etwa konstanter Zahl der geleisteten Arbeitsstunden) leicht zugenommen, die Arbeitslosenquote fiel um einen halben Prozentpunkt auf 11,5% im August 2014. Der Rückgang hat sich seither aber nicht weiter fortgesetzt. Die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung sind also enttäuscht worden. Auch deshalb scheint eine weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen im Euroraum politisch nicht durchsetzbar zu sein. Es kommt aber wohl auch nicht zu einem großen Schwenk in Richtung expansiver Finanzpolitik. Die Ausrichtung der Finanzpolitik dürfte in den Jahren 2015 und 2016 in etwa neutral sein. So sieht die Europäische Kommission für diesen Zeitraum eine geringfügige Verschlechterung des konjunkturbereinigten Primärsaldos im Euroraum, der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet eine geringe Verbesserung.[6]

Monetäre Bedingungen im Euroraum bleiben expansiv

Am 10. September 2014 senkte die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins um weitere 0,10 Prozentpunkte auf den historischen Tiefstand von 0,05%. Auch der Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität sank um 0,10 Prozentpunkte auf 0,30%, während der Satz für die Einlagenfazilität von bereits −0,10% auf −0,20% vermindert wurde. Damit verbilligt sich die Refinanzierung der Banken über das Eurosystem nochmals (vgl. Abbildung 4).

Außerdem wurden im Jahresverlauf weitere Maßnahmen wie die zielgerichteten langfristigen Refinanzierungsoperationen oder der Aufkauf von besicherten Wertpapieren und Pfandbriefanleihen beschlossen.

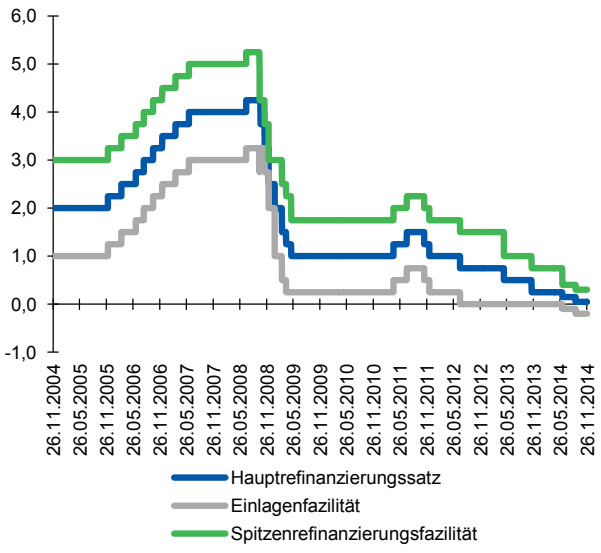
6 Vgl. *European Commission:* European Economic Forecast, Autumn 2014, 103, und *IMF:* Fiscal Monitor, October 2014, 68.

Auch hielt die EZB an ihrer Zusage fest, den Leitzins für einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen Niveau zu belassen. Diese Erwartungssteuerung hat zum Ziel, auch längerfristige Zinsen zu beeinflussen. Generell versucht die Geldpolitik auf vielfältige Weise, den im Jahresverlauf gesunkenen Inflationserwartungen gegenzusteuern. Da sich die mittelfristigen Preisaussichten im Euroraum auch im Prognosezeitraum nur geringfügig aufhellen dürften, sind weitere expansive Maßnahmen der EZB zu erwarten. Da der Spielraum für eine weitere Zinssenkung nicht mehr gegeben ist, ist mit weiteren unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen zu rechnen (vgl. „Zur Wirtschaftspolitik: Investitionen fördern – aber nicht allein mit mehr öffentlichen Mitteln!“, dort „Zur Geldpolitik“ auf Seite 59).

Abbildung 4:

Leitzinsen der EZB

in %



Quellen: Europäische Zentralbank; Darstellung des IWH.

Es ist davon auszugehen, dass die Refinanzierung über die Notenbanken im Euroraum weiterhin vor allem von jenen Banken genutzt wird, die aufgrund höherer Risiken von einer Refinanzierung über den Interbanken-Geldmarkt ausgeschlossen sind. Aber auch für Banken, die sich über den Geldmarkt refinanzieren, sind die Kosten im Laufe des Jahres deutlich gesunken; sie liegen mit einem Zins für besicherte Tages- oder Dreimonatsgeschäfte von in den letzten Monaten stets unter −0,04% auf einem historisch niedrigen Niveau.

Das Handelsvolumen auf dem Geldmarkt hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Risikoprämie für unbesicherte Geschäfte nimmt geringfügig ab, ist mit zwölf Basispunkten aber weiterhin fast doppelt so hoch wie vor Beginn der Finanzkrise. Die im Oktober 2014 veröffentlichten Ergebnisse der Bilanzprüfungen großer europäischer Banken durch die EZB hat auf dem Interbankenmarkt also kaum einen Effekt gezeigt. Eine durch steigende Nachfrage ausgelöste Erhöhung der Handelsvolumen dürfte im Einklang mit einer tendenziell sinkenden Überschussliquidität jedoch dazu führen, dass im Prognosezeitraum die Geldmarktsätze wieder fortdauernd dem Niveau des Leitzinses entsprechen.

An den Kreditmärkten waren die Zinsen für Neugeschäfte im Jahr 2014 nahezu durchgehend fallend. Dies führt nun auch schrittweise zu einem Fallen der Kosten von bestehenden Krediten. Auch dürften die nochmals verbesserten Finanzierungsbedingungen für Banken im Zuge der jüngsten geldpolitischen Maßnahmen zu einem weiteren leichten Rückgang der Kreditzinsen führen. Die Kreditstandards, vor allem für Unternehmenskredite, wurden im Laufe des Jahres kontinuierlich gelockert. Dies gilt mit Ausnahme der Immobilienkredite auch für Haushaltskredite. Im Prognosezeitraum dürften sich die Bedingungen für Kreditnehmer weiter verbessern.

An den Kapitalmärkten sanken im Zuge sich leicht aufhellender Aussichten im Euroraum und der nochmals expansiveren Geldpolitik die Umlaufsrenditen für Anleihen von Schuldnern guter und sehr guter Bonität. Die gleichlaufende Entwicklung über verschiedene Anlage- und Bonitätsklassen hinweg kann als ein Indiz dafür angesehen werden, dass der niedrige Zinssatz für deutsche Staatsanleihen merklich weniger von dem in der Vergangenheit aufgetretenen Effekt einer Flucht in sichere Anlagen geprägt ist. Die Politik der EZB dürfte das immer noch bestehende Risiko eines Wiederaufflammens der Schuldenkrise übertünchen, sodass mit einem Verbleib der Umlaufsrenditen von Staatsschuldtiteln mit hoher Bonität auf ihrem derzeitigen Niveau zu rechnen ist.

Die bis zum März 2014 anhaltende, etwa einjährige reale Aufwertungsphase des Euro um insgesamt über 8% stellte einen restriktiven Impuls für die europäische Wirtschaft dar. Die Erwartung einer im Euroraum im Vergleich zu den USA und auch zu Großbritannien zukünftig expansiveren Geldpolitik hat seitdem jedoch für eine bedeutende Abwertung des realen Wechselkurses gesorgt.

Insgesamt ist die Geldpolitik weiterhin expansiv ausgerichtet, aber zusätzliche spürbare Impulse für die Konjunktur kann sie nicht entfalten.

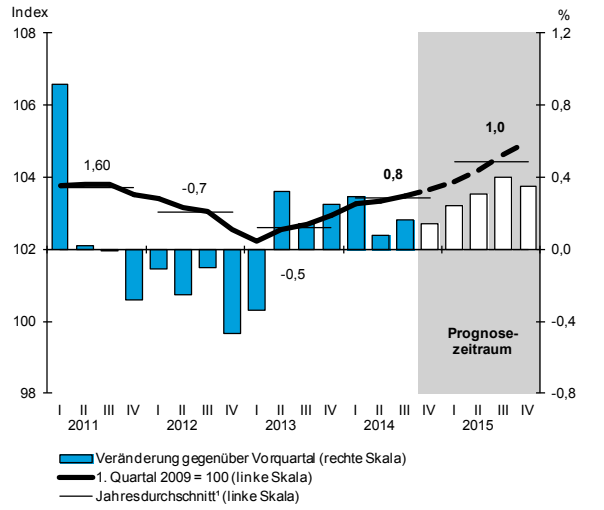
Ausblick: Abwertung und Ölpreisfall stützen Konjunktur im Euroraum

Die Konjunktur dürfte auch im Winterhalbjahr 2014/2015 schwach bleiben. Die verhaltene Stimmungslage bei privaten Haushalten und Unternehmen hat sich in den vergangenen Monaten wenig geändert, und die Auftragseingänge in der Industrie sind im Jahresverlauf kaum gestiegen. Auch für das Gesamtjahr 2015 sprechen gewichtige Gründe gegen eine kräftigere Erholung: Notwendige Strukturreformen in Frankreich und Italien werden, wenn überhaupt, nur zögerlich verwirklicht, nur langsam bauen private Haushalte und Unternehmen ihre hohen Schuldenlasten ab, und der Bankensektor wird auch im Jahr 2015 noch bemüht sein, seine Eigenkapitalbasis zu stärken. Wenn es nach vorliegender Prognose dennoch zu einer Belebung im Jahresverlauf kommt, liegt das an Änderungen zweier Preise, die von zentraler gesamtwirtschaftlicher Bedeutung sind: Der Wechselkurs des Euro ist real effektiv um 5% gegenüber dem Frühjahr 2014 gefallen und liegt damit unter seinem langjährigen Durchschnitt. Die internationale Wettbewerbsposition von Produzenten im Euroraum hat sich also ein Stück weit verbessert. Vor allem ist aber der Ölpreis seit dem Sommer um etwa 40% gefallen. Die Realeinkommen privater Haushalte sind dadurch gestiegen und die Produktionskosten von Unternehmen zurückgegangen. Die expansive Wirkung des Ölpreisverfalls kommt der eines umfangreichen Konjunkturprogramms gleich.[7] Freilich dürften

Abbildung 5:

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

saisonbereinigter Verlauf



IWH

[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

die Mitgliedsländer in unterschiedlichem Maß profitieren. So hat gerade die deutsche Industrie wichtige Kunden in den ölproduzierenden Ländern; sie wird sich auf spürbare Nachfrageausfälle einstellen müssen.[8] Simulationen mit dem Euroraummodell des IWH ergeben, dass die günstigen Entwicklungen auf den Währungs- und Energiemärkten unter den Annahmen der vorliegenden Prognose das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im Jahr 2015 um reichlich 0,3 Prozentpunkte erhöhen dürften. Nur deshalb liegt der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2015 mit 1,0% etwas höher als im Vorjahr. Für das Jahr 2016 besteht die Aussicht, dass der Abbau der strukturell belastenden Faktoren eine Pro-

[7] Im Jahr 2013 betrugen die Kosten für die Nettoölimporte des Euroraums laut Eurostat 230 Mrd. Euro. Liegt der Spot-Erdölpreis im Jahr 2015, wie hier unterstellt, mit etwa 70 US-Dollar pro Barrel 38 Dollar unter dem Durchschnittspreis im Jahr 2013 und der Euro-Dollar-Wechselkurs bei 1,25, wäre mit einer Ersparnis gegenüber dem Jahr 2013 in einer Größenordnung von 57 Mrd. Euro oder knapp 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu rechnen. Sie würde zu einem kleinen Teil im Jahr 2014 und hauptsächlich im Jahr 2015 anfallen. Weil auch die Preise in Verträgen über Erdgaslieferungen in der Regel an den Ölpreis gebunden sind, dürfte die Reduktion der Importausgaben für Energie noch höher liegen.

[8] Vgl. *Zeddies, G.:* Ölpreis und Außenhandel: Wie stark profitieren Industrieländer vom „Recycling“ der Petrodollars?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 14 (4), 2008, 136-144.

Tabelle 3:

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2014	2015	2016
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	0,8	1,0	1,4
privater Konsum	0,8	0,9	1,1
öffentlicher Konsum	0,9	0,9	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	1,6	2,9
inländische Verwendung	0,8	1,0	1,4
Exporte[a]	3,2	4,2	4,9
Importe[a]	3,2	4,4	5,3
Außenbeitrag[b]	0,0	0,0	0,0
Verbraucherpreise[c]	0,4	0,4	1,0
Lohnstückkosten[d]	0,9	1,1	1,2
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Budgetsaldo[e]	−2,7	−2,5	−2,2
Leistungsbilanzsaldo	2,7	3,0	2,8
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote[f]	11,6	11,5	11,1

[a] Einschließlich Intrahandel. – [b] Wachstumsbeitrag. – [c] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [d] Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – [e] Gesamtstaatlich. – [f] Standardisiert.

Quellen: Prognose des IWH.

duktionsausweitung um 1,3% ermöglicht (vgl. Abbildung 5).

Der Ölpreisfall verlangsamt die Verbraucherpreisinflation noch weiter (um etwa 0,4 Prozentpunkte im Jahr 2015), die Vorjahresraten dürften aber auch in den kommenden Quartalen knapp über der 0%-Marke bleiben. Alles in allem steigen die Verbraucherpreise im Jahr 2015 um 0,4% und im Jahr darauf um 1,0%. Die Arbeitslosigkeit ist mit 11,4% im Jahr 2015 und 11,1% im Jahr 2016 kaum niedriger als im Jahr 2014 (vgl. Tabelle 3).

Binnenwirtschaft treibt Aufschwung in Großbritannien

Seit Anfang 2013 ist die britische Wirtschaft im Aufschwung. Wesentliche Impulse sind vom Immobiliensektor gekommen: Die Baukonjunktur profitiert vom Anstieg der Häuserpreise seit dem Frühjahr 2013. Jüngst deutet sich für den Wohnungsbau zwar eine Verlangsamung an, im Jahr 2014 haben aber dafür die Ausrüstungsinvestitionen Fahrt aufgenommen. Die privaten Haushalte weiten ihre Konsumausgaben kräftig aus, im Sommerhalbjahr mit einer Jahresrate von über 2½%. Weil die verfügbaren Einkommen und insbesondere die Löhne real nur wenig steigen, wird der Mehrkonsum über eine niedrigere Sparquote finanziert. Den mäßigen Lohnerhöhungen steht seit der Großen Rezession ein niedriges Produktivitätswachstum gegenüber. Allerdings entwickelte sich die Beschäftigung günstig. Die Arbeitslosenquote ist stetig auf zuletzt (August) 5,9% gefallen.

Anlass zur Sorge über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der britischen Unternehmen gibt die außenwirtschaftliche Entwicklung: Die Exporte stagnieren schon seit Sommer 2011, zuletzt gingen sie sogar leicht zurück. Eine Rolle spielt hierbei sicher die Aufwertung des Pfund (real effektiv um etwa 10% seit Sommer 2013) und vor allem die Schwäche der Wirtschaft im Euroraum, dem wichtigsten Absatzmarkt der britischen Wirtschaft. Das Leistungsbilanzdefizit ist mittlerweile auf etwa 4,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gestiegen, nicht nur wegen der negativen Handelsbilanz, sondern wohl auch aufgrund niedriger Einkünfte aus Kapitalanlagen im Euroraum.

Die Aufwertung des Pfund ist zusammen mit fallenden Rohstoffpreisen ein Grund dafür, dass die Verbraucherpreisinflation auf 1,3% im September 2014 gefallen ist, also deutlich unter das 2%-Inflationsziel der Bank von England. Mit einer ersten Leitzinserhöhung wird mittlerweile erst für die zweite Hälfte des Jahres 2015 gerechnet. Das Budgetdefizit dürfte 2014/15 immer noch etwa 5% relativ zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Aufgrund der niedrigen Lohnsteigerungen sind die öffentlichen Einnahmen jüngst schwächer als geplant ausgefallen. Die Finanzpolitik wird im Fiskaljahr 2015/16 (das im April 2015 beginnt) wieder deutlich restriktiver wirken.

Stimmungsindikatoren und Auftragseingänge deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs im Jahr 2015 hin. Das Tempo dürfte allerdings im Verlauf des Jahres 2015 mit dem Erreichen von Kapazitätsgrenzen und aufgrund der wieder restriktiveren Finanzpolitik nachlassen. Es ist mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von knapp 2½% in den Jahren 2015 und 2016 zu rechnen, nach 3,0% im Jahr 2014 (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

2014 bis 2016

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt[a]			Verbraucherpreise[b]			Arbeitslosenquote[c]		
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	in %	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Deutschland	20,9	1,5	1,3	1,6	0,8	1,1	1,3	5,0	5,0	5,0
Frankreich	15,7	0,4	0,4	1,1	0,5	0,2	1,0	10,3	10,3	10,1
Italien	11,9	−0,3	0,3	0,9	0,0	−0,2	0,7	12,8	13,0	12,7
Spanien	7,8	1,3	1,7	1,8	−0,2	−0,2	0,6	24,5	23,6	23,1
Niederlande	4,6	0,8	1,4	1,7	0,3	0,5	1,0	6,8	6,5	6,3
Belgien	2,9	1,0	1,3	1,5	0,5	0,3	1,3	8,5	8,5	8,3
Österreich	2,4	0,3	0,7	1,3	1,4	1,2	2,0	5,0	5,1	5,0
Finnland	1,5	−0,2	1,0	1,7	1,0	1,0	1,3	8,6	8,7	8,6
Griechenland	1,5	0,9	2,0	1,9	−0,9	−1,3	−0,4	26,3	25,3	24,8
Portugal	1,3	0,8	1,5	1,6	−0,3	−0,1	0,5	14,1	13,3	12,8
Irland	1,3	5,0	2,7	2,6	0,1	0,1	1,3	11,4	10,9	10,5
Slowakei	0,5	2,4	2,4	2,5	0,0	0,6	1,3	13,3	12,9	12,5
Luxemburg	0,3	3,0	2,6	2,5	0,8	0,8	1,6	6,0	6,0	6,0
Litauen	0,3	2,9	3,0	3,2	0,2	1,0	2,0	10,7	9,8	9,5
Slowenien	0,3	2,6	2,0	2,2	0,3	0,3	1,1	9,4	8,8	8,6
Lettland	0,2	2,6	3,0	3,1	0,7	1,5	2,6	10,9	10,7	10,5
Zypern	0,1	−2,4	0,2	1,2	−0,3	0,3	1,3	15,6	15,0	14,6
Estland	0,1	2,0	2,3	2,7	0,4	0,5	1,8	7,6	7,5	7,2
Malta	0,1	3,0	2,8	2,6	0,6	1,1	2,1	5,8	5,8	5,7
Euroraum insgesamt	73,5	0,8	1,0	1,4	0,4	0,4	1,0	11,5	11,4	11,1
Euroraum ohne Deutschland	52,3	0,6	0,9	1,4	0,3	0,1	0,9	13,9	13,7	13,4
Großbritannien	14,6	3,0	2,4	2,3	1,5	1,0	1,8	6,2	5,6	5,3
Schweden	3,2	1,9	2,2	2,2	−0,1	0,5	1,5	8,0	8,0	8,0
Polen	3,0	3,5	3,3	3,3	0,0	0,3	1,6	9,0	8,3	8,0
Dänemark	1,9	0,8	1,5	1,8	0,5	0,4	1,2	6,5	6,4	6,2
Tschechien	1,1	2,3	2,4	2,5	0,3	0,8	1,8	6,1	5,7	5,5
Rumänien	1,1	3,0	2,8	2,8	1,5	1,8	2,7	6,8	6,7	6,4
Ungarn	0,8	3,3	2,5	2,3	−0,1	1,8	3,0	7,7	7,3	7,1
Kroatien	0,3	−0,5	0,2	1,0	0,2	0,3	1,1	16,6	15,8	15,4
Bulgarien	0,3	1,5	1,0	1,3	−1,4	0,1	1,0	11,5	11,1	10,7
MOE-Länder[d]	8,0	2,8	2,7	2,7	0,2	0,8	1,9	8,8	8,4	8,1
EU 28[e]	100,0	1,3	1,4	1,7	0,5	0,5	1,2	10,1	9,8	9,6

[a] Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie Deutschland – nicht. – [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [c] Standardisiert. – [d] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland. – [e] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2013 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2013.

Quellen: IWF; Prognose des IWH.

Robuste Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Ländern

Die Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der Europäischen Union ist trotz der Flaute im Euroraum und trotz der politischen und ökonomischen Krisen in Russland und der Ukraine recht stabil. Die Produktion hat im Jahr 2014 recht kräftig zugenommen, in Polen, der größten Volkswirtschaft in der Region, um etwa 3½%. Für Tschechien und Ungarn liegen die Raten etwas niedriger, aber deutlich über dem jeweiligen Trend. Die Binnennachfrage wurde in den meisten Ländern bis zuletzt deutlich ausgeweitet. Allerdings haben die Ausfuhren seit dem Sommer deutlich an Schwung verloren. Das Exportgeschäft mit dem Euroraum legte zuletzt kaum zu, und die Exporte nach Russland sind zumeist rückläufig.

Unternehmen und private Haushalte haben sich von den Problemen in den Nachbarregionen wenig verunsichern lassen, weil wichtige makroökonomische Rahmenbedingungen stimmen oder sich verbessern: Seit eineinhalb Jahren fällt die Arbeitslosigkeit fast überall spürbar. Die Verbraucherpreise sind stabil, mit Inflationsraten von deutlich unter 1% im Herbst. Mancherorts, etwa in Ungarn und Polen, sinkt das Preisniveau derzeit sogar leicht. Die Geldpolitik reagierte in diesen Ländern im Jahresverlauf mit Senkungen der Leitzinsen auf 2%, und in Polen dürfte der Leitzins im Jahr 2015 noch weiter herabgesetzt werden. Fallende Renditen auf Staatstitel signalisieren Vertrauen der Finanzmärkte in die Stabilität der Länder. Dies hat es der Finanzpolitik (etwa in Tschechien und in Ungarn) erleichtert, einen expansiven Kurs einzuschlagen. In Polen bleibt dagegen die Finanzpolitik am Ziel der Konsolidierung ausgerichtet.

Im Winterhalbjahr dürfte die Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der Europäischen Union recht kräftig bleiben. Dafür sprechen gut gefüllte Auftragsbücher sowie Vertrauensindikatoren, die entweder (wie in Tschechien) steigen oder (wie in Polen) ihr hohes Niveau halten. Allerdings dürfte die schwache Konjunktur in den westlichen und östlichen Nachbarregionen vielerorts die Produktion für den Export dämpfen. Andererseits profitieren auch in Mitteleuropa Unternehmen und Haushalte von deutlich niedrigeren Energiepreisen. Der Produktionszuwachs dürfte im Jahr 2015 in der Region 2,7% betragen, nach 2,8% im Jahr 2014.

Deutsche Konjunktur

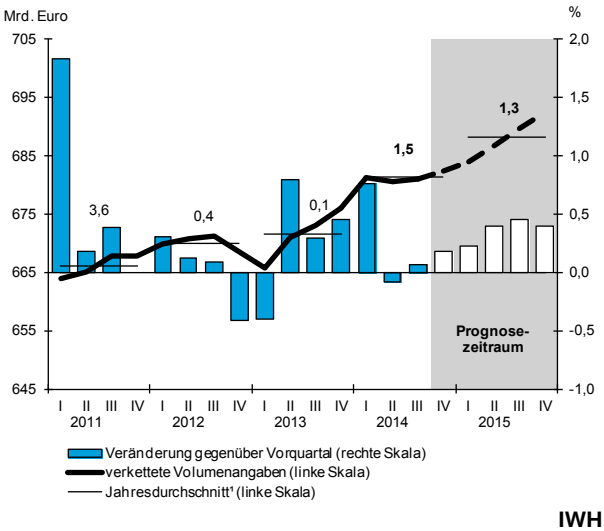
Schwaches Winterhalbjahr, aber positive Impulse vom Ölpreis

Die deutsche Konjunktur ist im Jahr 2014 knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt. Nach einem auch witterungsbedingt kräftigen Jahresauftakt ging die gesamtwirtschaftliche Leistung im zweiten Quartal zurück und blieb im Herbst mit einem Zuwachs von 0,1% schwach (vgl. Abbildung 6). Insbesondere die Unternehmensinvestitionen haben im Verlauf des Sommers 2014 kräftig nachgelassen; die Kapazitäten der deutschen Wirtschaft sind unterausgelastet. Die wirtschaftliche Erholung im Euroraum verläuft schleppend, und die Impulse aus den Schwellenländern schwächen sich tendenziell ab. Zunehmend hat sich eine Skepsis unter den Unternehmen breitgemacht, die von den geopolitischen Risiken vor allem

Abbildung 6:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

Tabelle 5:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[a]

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,2	0,6	0,3	−0,3	0,5	0,1	0,7	−0,1	0,2	0,5	0,6	0,4
öffentlicher Konsum	0,0	0,0	0,6	−0,1	0,2	0,4	0,6	0,2	0,4	0,3	0,1	0,1
Ausrüstungen	−4,0	2,8	−0,6	2,6	1,7	0,4	−2,3	−0,2	0,6	1,3	1,5	1,6
Bauten	−2,8	3,0	1,8	0,7	4,2	−3,9	−0,3	0,4	0,6	0,7	0,7	0,6
sonstige Anlagen	0,7	0,0	0,2	0,2	0,7	0,1	0,2	0,4	0,4	0,5	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen[b]	0,2	−0,2	0,3	−0,1	−0,1	0,1	−0,5	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	−0,2	0,7	0,7	0,0	0,9	−0,2	−0,2	0,1	0,3	0,6	0,6	0,5
Außenbeitrag[b]	−0,2	0,1	−0,4	0,5	−0,1	0,1	0,2	0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1
Exporte	0,7	1,4	0,7	1,7	−0,2	1,2	1,9	0,3	0,9	1,0	1,1	1,1
Importe	1,2	1,3	1,7	0,7	−0,1	1,1	1,7	0,2	1,3	1,5	1,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	−0,4	0,8	0,3	0,4	0,8	−0,1	0,1	0,2	0,2	0,4	0,5	0,4

[a] Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt und vom wenig wachstumsfreundlichen Kurs der Bundesregierung ausgeht. Auch die privaten und öffentlichen Bauinvestitionen blieben im gesamten Sommerhalbjahr – zum Teil wohl noch als Reaktion auf das starke witterungsbedingte Plus am Jahresanfang – rückläufig. Für Lichtblicke hat vor allem der private Konsum gesorgt. Die privaten Haushalte haben nach einer Atempause im Frühjahr ihre Nachfrage im Sommer wieder ausgeweitet. Zudem kam vom Außenhandel angesichts deutlicher Zuwächse der Exporte ein positiver Beitrag (vgl. Tabelle 5).

Die aktuell vorliegenden Frühindikatoren deuten daraufhin, dass die Expansionskräfte aus der Welt, aber auch aus der Binnenwirtschaft wohl langsam an Boden gewinnen. So wird das Geschäftsklima von den Unternehmen erstmalig seit einem halben Jahr wieder besser eingeschätzt. Auch der Großhandel verweist auf eine leichte Erholung, und der Markit/BME-Einkaufsmanager-Index für das Produzierende Gewerbe stieg zuletzt wieder etwas über die 50%-Marke. Ein wichtiger Indikator für die Erholung sind auch die im Oktober 2014 gestiegenen Auftragseingänge in der von der Konjunkturschwäche besonders stark betroffenen Industrie. Trotz dieser positiven Signale ist für das Winterhalbjahr 2014/2015 eine durchgreifende, d. h. breit angelegte und rasch an Tempo zunehmende Erholung noch nicht zu erwarten. Angesichts unterausgelasteter Kapazitäten werden die Unternehmen nur allmählich ihre Investitionen ausweiten, und der private Konsum dürfte nach der kräftigen Zunahme im Herbst wohl zunächst in etwa auf diesem Niveau stagnieren. Dass es dennoch zu einer leichten Zunahme zum Jahreswechsel kommen wird, liegt an den wieder anziehenden Exporten, den Bauinvestitionen und den wenig konjunkturabhängigen Investitionen in geistiges Eigentum.

Im Frühsommer 2015 dürften sich die konjunkturellen Kräfte sowohl aus der Binnen- als auch aus der Außenwirtschaft weiter verstärken. Mit zunehmender Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen wieder mehr in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten investieren; die Investitionen des Staates ziehen – auch angesichts der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – an. Die Wohnungsbauinvestitionen bleiben aufwärtsgerichtet, auch wenn die Zuwächse aufgrund des erreichten hohen Niveaus sowohl von Seiten der privaten Haushalte als auch von Seiten institutioneller Investoren weniger kräftig ausfallen

werden. Auch der niedrige Ölpreis entfaltet positive Wirkungen auf die Konjunktur. Insgesamt steigen die realen Einkommen, was sich in einem wieder stärker zunehmenden Konsum der privaten Haushalte niederschlagen sollte (vgl. Tabelle 6). Mit der schrittweisen Aufhellung des internationalen Umfelds, etwa der langsamen Erholung in Europa, werden auch die Exporte an Kraft gewinnen. Angesichts der breiter angelegten Belebung der Binnennachfrage werden aber auch die Importe im Prognosezeitraum wohl deutlicher zulegen, wenn auch der Ölpreisverfall den Anstieg in nominaler Rechnung dämpft.

Tabelle 6:

Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[a]

in Prozentpunkten

	2014	2015	2016
Konsumausgaben	0,8	1,0	1,0
private Konsumausgaben	0,5	0,7	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	0,4	0,7
Ausrüstungen	0,2	0,2	0,4
Bauten	0,3	0,2	0,3
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	−0,2	−0,1	0,1
inländische Verwendung	1,1	1,2	1,9
Außenbeitrag	0,4	0,0	−0,2
Exporte	1,8	2,1	2,0
Importe	−1,4	−2,1	−2,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,3	1,6

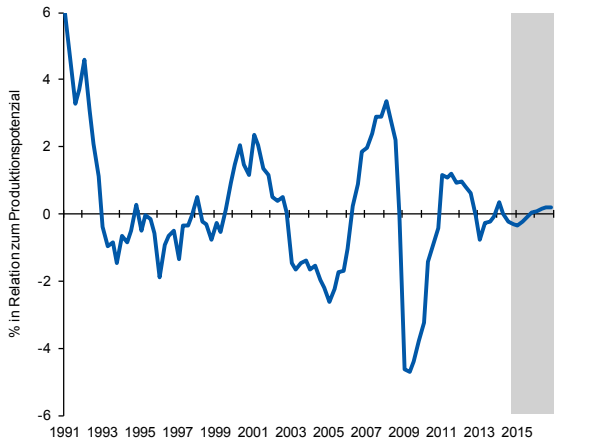
[a] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2014 um 1,5% steigen. Im Jahr 2015 wird es wohl um 1,3% zunehmen – etwa 0,2 Prozentpunkte davon sind auf den Ölpreisrückgang zurückzuführen. Nach einer Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2014 dürfte sich die Produktionslücke Ende des Jahres 2015 schließen (vgl. Abbildung 7). Das um die höhere Zahl von Arbeitstagen bereinigte Bruttoinlandsprodukt steigt im Jahr 2015 um 1,0% und im Jahr 2016 um 1,5% (vgl. Tabelle 7). Im Jahr 2016 dürfte die Produktion um 1,6% steigen. Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,4% bis 1,6%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 2,1% bzw. für das Jahr 2016 von 0,2% bis 3,4% (vgl. Abbildung 8).[9]

Abbildung 7:

Produktionslücke in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

Tabelle 7:

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2014	2015	2016
statistischer Überhang[a]	0,7	0,1	0,6
Jahresverlaufsrate[b]	0,9	1,5	1,4
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,5	1,0	1,5
Kalendereffekt[c]	0,01	0,25	0,09
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[d]	1,5	1,3	1,6

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [b] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [c] In % des realen BIP. – [d] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

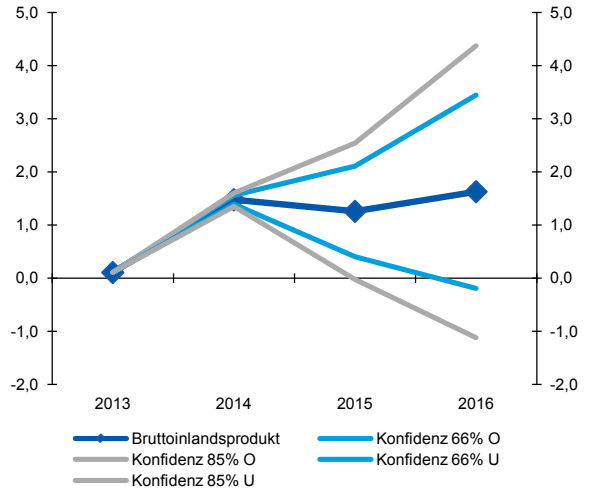
Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

9 Das 66%-Prognoseintervall überlagert die Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Abbildung 8:

Prognoseunsicherheit[1]

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Beschäftigung nimmt mit der Expansion der Produktion im Prognosezeitraum zu; der Zuwachs dürfte aber insgesamt deutlich geringer ausfallen als im Jahr 2014. Mit der Einführung des flächendeckenden allgemeinen Mindestlohns werden Arbeitsplätze abgebaut und Produktivitätssteigerungen umgesetzt. Die Verbraucherpreise ziehen im Prognosezeitraum leicht an, auch getrieben durch das Überwälzen der höheren Mindestlohnkosten.

Ostdeutschland expandiert weiter mit etwas geringeren Raten

Die schwächelnde Konjunktur in Deutschland hat im Jahr 2014 auch auf die Produktions- und Dienstleistungsstandorte in Ostdeutschland übergegriffen.[10] Der im ersten Halbjahr 2014 erreichte Wachstumsvorsprung der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Wirtschaft, der vor allem am guten Start ins Jahr 2014 und einer damals noch recht guten Auftragslage der Industrie lag, dürfte zuletzt mehr als nivelliert worden sein. Die wichtigen Absatzmärkte der ostdeutschen Wirtschaft liegen in Europa, und hier verlief die Erholung äußerst schleppend. So waren die vom Ausland ausgehenden Auftragseingänge und die Umsätze der Investitionsgüterproduzenten im Sommer rückläufig. Auch gingen die Impulse vom Konsum an den Produzenten von Verbrauchsgütern in Ostdeutschland weitgehend vorbei. Generell nimmt die Wertschöpfung im Baugewerbe und Handel vor allem demographisch bedingt langsamer zu als in Westdeutschland, und die öffentlichen Dienstleister unterliegen weiterhin einer Konsolidierung. Das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland dürfte damit im Durchschnitt des Jahres 2014 mit 1,3% im Ost-West-Vergleich langsamer expandieren. Aufgrund der langfristigen demographischen Effekte dürften auch in den Folgejahren die Zuwächse der Produktion unter der in Westdeutschland liegen.[11]

Infolge der zu Jahresbeginn recht kräftigen Ausweitung der Produktion dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2014 um 14 000 auf 5,89 Millionen Personen gestiegen sein. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte um 38 000 Personen sinken. Dies ist – wie in den Jahren zuvor – durch den Rückgang des Arbeitsangebots bedingt. Die Verringerung der Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen wirkt einem noch stärkeren Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit entgegen. Insgesamt dürfte die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote im Jahr 2014 9,5% betragen und damit um 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert liegen. Im Jahr 2015 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen abnehmen. Einen entscheidenden Einfluss darauf hat die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Da in Ostdeutschland der Anteil der Beschäftigten mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro deutlich höher ist als in Westdeutschland,[12] dürften die negativen Beschäftigungseffekte

[10] Vgl. *Ludwig, U.; Exß, F.:* IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland: Produktion in Ostdeutschland stagniert gegen Jahresende. IWH-Pressemitteilung 31/2014 vom 11.12.2014.

[11] Vgl. hierzu *Brautzsch, H.-U. et al.:* Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (3), 2014, 119-157.

[12] Vgl. hierzu *Brautzsch, H.-U.; Schultz, B.:* Im Fokus: Mindestlohn von 8,50 Euro: Wie viele verdienen weniger, und in welchen Branchen arbeiten sie?, in: IWH,

der Mindestlohneinführung in den Neuen Bundesländern stärker sein als in den Alten Bundesländern. Die Arbeitslosenquote dürfte wie im Vorjahr bei 9,5% liegen.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent wird im Jahr 2015 bei 70 US-Dollar und im Jahr 2016 bei 73 US-Dollar je Barrel liegen. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt ab dem ersten Quartal 2015 bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,25 US-Dollar/Euro.

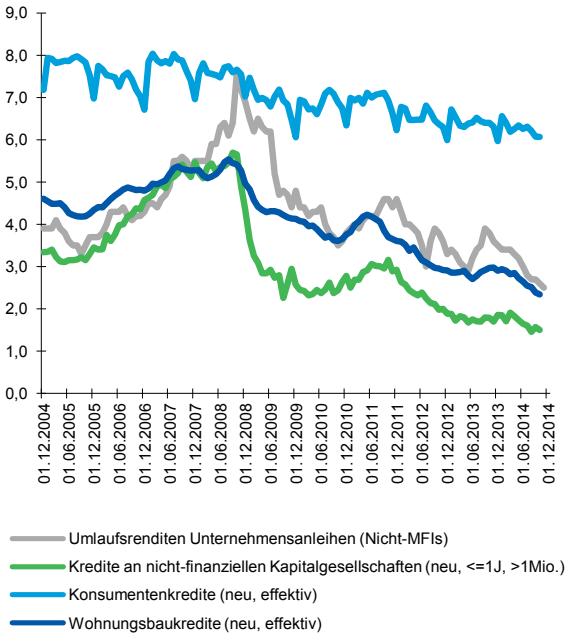
Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürfte sich etwas verbessern. Für den Welthandel wird erwartet, dass dieser in den Jahren 2015 und 2016 jeweils um 4,6% zunimmt. Ferner wird davon ausgegangen, dass der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bis zum Jahresende 2015 bei 0,05% liegen wird; auch für das Jahr 2016 ist nicht mit einem deutlichen Anstieg der Leitzinsen zu rechnen.

Monetäre Bedingungen in Deutschland weiterhin sehr günstig

In Deutschland sind sowohl die Zinsen an den Kreditmärkten als auch die Umlaufsrenditen auf den Kapitalmärkten im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesunken und liegen auf einem sehr niedrigen Niveau (vgl. Abbildung 9).

Das Kreditvolumen steigt seit Anfang 2011 trendmäßig schwach. Das Volumen der Kredite an private Haushalte legte dabei zuletzt etwas stärker zu, wohingegen die Kreditvergabe an Unternehmen stagnierte. Die Banken erwarten laut Bank Lending Survey moderate Zuwächse der Kreditnachfrage von Unternehmen; für Immobilien- und Konsumkredite wird jedoch mit einer unveränderten Nachfrage gerechnet. Die Finanzierungsbedingungen für deutsche Banken dürften angesichts der expansiv ausgerichteten Geldpolitik weiterhin sehr günstig bleiben. Eine Umkehr der in der Vergangenheit zu beobachtenden Flucht in sichere deutsche Staatsanleihen ist unwahrscheinlich. Der mögliche Ankauf von Unternehmens- und Staatsanleihen durch die EZB könnte zu einem weiteren Fallen der Renditen führen.

Abbildung 9:
Kosten für externe Finanzierung der Unternehmen und Haushalte
in %



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Finanzpolitik im Jahr 2015 nochmals expansiv ausgerichtet

Im Jahr 2015 ist die Finanzpolitik erneut expansiv ausgerichtet (vgl. Tabelle 8). Dies geht im Wesentlichen auf die Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung[13] zurück, die zur Mitte des Jahres 2014 in Kraft getreten sind und im Jahr 2015 erstmals ganzjährig wirken. Hinzu kommen Ausweitungen von Pflegeleistungen im Rahmen des Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung und des

Wirtschaft im Wandel, Jg. 19 (3), 2013, 53-56. – *Brautzsch, H.-U. et al.,* a. a. O., 124 f.

[13] Bessere Anerkennung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder (so genannte „Mütterrente“), abschlagsfreier Rentenzugang für besonders langjährig Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren (so genannte „Rente ab 63“), Änderungen bei der Rente wegen Erwerbsminderung, Änderungen bei den Leistungen für Rehabilitation.

Tabelle 8:

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[a]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (−), in Mrd. Euro gegenüber 2013

	2014	2015	2016
Alterseinkünftegesetz	−1,0	−2,1	−3,3
Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer	−1,5	−1,7	−1,7
Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts	−0,2	−0,2	−0,2
Änderung des Fernstraßenmautgesetzes		−0,2	−0,2
Amtshilferichtlinien-Umsetzungsgesetz	0,1	0,3	0,4
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,3	0,3
Unternehmensteuerreformgesetz 2008	0,1	0,3	0,5
schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,3	0,4	0,5
Einsparungen im Haushaltsvollzug	0,3	0,6	0,8
Beseitigung von Flutschäden	−0,5	−1,0	−0,5
Aufstockung der Mittel zur Städtebauförderung durch den Bund			−0,2
zusätzliche Investitionen im Bildungsbereich		−1,0	−1,0
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen des Bundes	−0,5	−1,1	−2,5
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35%		3,4	3,5
Senkung des Zusatzbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2015 auf durchschnittlich 0,7% und Erhöhung zum 01.01.2016 auf durchschnittlich 1,1%		−2,2	2,2
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2015 um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7%		−2,2	−2,3
Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	−5,0	−9,9	−10,2
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	−0,1	−0,8	−1,0
Erstes Pflegestärkungsgesetz		−2,4	−2,4
Betreuungsgeld	−0,5	−0,9	−1,0
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes			−0,1
insgesamt[b]	−8,3	−20,5	−18,4
insgesamt gegenüber 2013 (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	−0,3	−0,7	−0,7
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	−0,3	−0,4	0,0

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – [b] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Ersten Pflegestärkungsgesetzes. Zwar wird zur Finanzierung dieser Maßnahmen der Beitragssatz zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Dem steht jedoch die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte gegenüber. Auch dürften einige gesetzliche Krankenkassen den kassenindividuell festzusetzenden Zusatzbeitrag senken. Steuerlich entlastend wirkt die schrittweise Heraufsetzung der Abzugsfähigkeit von Altersvorsorgeaufwendungen im Rahmen des Alterseinkünftegesetzes. Schließlich dürften die im Koalitionsvertrag beschlossenen Investitionen im Bildungsbereich und in die Verkehrsinfrastruktur zunehmend umgesetzt werden, und die Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden aus dem Jahr 2013 werden fortgeführt. Gegenüber dem Vorjahr beläuft sich der expansive finanzpolitische Impuls im Jahr 2015 auf 0,4% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2016 ist die Finanzpolitik nahezu konjunkturneutral ausgerichtet. Auf der einen Seite werden die privaten Haushalte erneut durch das Alterseinkünftegesetz entlastet, und der

Bund plant eine weitere Aufstockung der Infrastrukturinvestitionen.[14] Demgegenüber ergeben sich aus den vom Volumen her bedeutenden Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Pflegeversicherung im Jahr 2016 keine weiteren staatlichen Mehrausgaben. Stattdessen dürfte eine Reihe gesetzlicher Krankenkassen gezwungen sein, im Jahr 2016 einen höheren Zusatzbeitrag zu erheben. Zudem wirken einzelne steuerpolitische Maßnahmen nachfragedämpfend, und die Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden laufen aus.

Robuste Beschäftigungsentwicklung setzt sich fort

Trotz der schwachen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich der kräftige Beschäftigungsaufbau fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im dritten Quartal des Jahres 2014 um 81 000 Personen bzw. 0,2% gegenüber dem Vorquartal zu. Der Beschäftigungsaufbau resultierte vollständig aus der Zunahme von abhängigen Beschäftigungsverhältnissen. Der Rückgang der Zahl der Selbstständigen ist vorläufig zum Stillstand gekommen. Dies ist vor allem dadurch bedingt, dass sich der seit etwa drei Jahren zu beobachtende Abbau der geförderten Selbstständigkeit nicht fortgesetzt hat.[15] Damit dürfte die Entwicklung der Zahl der Selbstständigen wieder stärker von der robusten Entwicklung der ungeförderten Selbstständigkeit bestimmt sein. Die sozialversicherungspflichtige (SV-pflichtige) Beschäftigung nahm mit 116 000 Personen bzw. 0,4% erneut deutlich stärker zu als die Zahl der Erwerbstätigen. Gegenüber dem Vorjahresquartal stieg die Zahl der SV-Pflichtigen um 1,7%. Davon waren etwa knapp drei Fünftel Teilzeitstellen. Besonders stark nahm die Beschäftigung in den Bereichen Wirtschaftliche Dienstleistungen (+1,0%) sowie Gesundheits- und Sozialwesen (+0,7%) zu. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Zahl der SV-pflichtigen Beschäftigung um 0,3%; hingegen stagnierte die Beschäftigung im Baugewerbe.

Das Arbeitsvolumen nahm mit 0,5% sehr kräftig zu. Die Arbeitszeit je Arbeitnehmer stieg um 0,3%.[16] Eine wesentliche Ursache dafür besteht darin, dass aufgrund der starken Arbeitsnachfrage die Arbeitszeitkonten der Beschäftigten deutlich aufgestockt wurden: Im dritten Quartal 2014 wurden pro Arbeitnehmer 1,6 Stunden aufgebaut, im dritten Quartal 2013 waren es nur 0,5 Stunden.[17] Zudem nahm die Zahl der bezahlten und der unbezahlten Überstunden pro Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresquartal etwas zu. Hingegen stieg der krankheitsbedingte Arbeitsausfall um eine Stunde.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stagnierte im dritten Quartal 2014. Gegenüber dem ersten Quartal 2014 waren allerdings 17 000 Personen weniger arbeitslos. Dabei entfielen 4 000 Personen auf Arbeitslose im Versicherungssystem (SGB III) und 13 000 auf Arbeitslose im Grundsicherungssystem (SGB II). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit bleibt aber deutlich hinter dem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen zurück. Entscheidend dafür sind zwei Ursachen: der weitere Rückgang der Zahl der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die anhaltend starke Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials.

Zur ersten Ursache: Die Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen lag um 22 000 Personen unter dem Vorjahresstand.[18] Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden in der amtlichen Statistik nicht zu den Arbeitslosen gezählt. Nach Beendigung der Teilnahme an einer Maßnahme wird jedoch ein Teil dieser Personen als

---

[14] In dieser Prognose ist unterstellt, dass in den Jahren 2016 bis 2018 im Rahmen einer Investitionsinitiative zehn Mrd. Euro für öffentliche Investitionen (für Infrastrukturmaßnahmen und für die Steigerung der Energieeffizienz) durch den Bund bereitgestellt werden, von denen im Jahr 2016 gut eine Mrd. Euro realisiert werden.

[15] Vgl. dazu *Fuchs, J.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.:* Arbeitsmarkt 2014/2015: Robust, aber risikobehaftet, in: IAB-Kurzbericht 18/2014, 7 f.

[16] Das Saisonbereinigungsverfahren BV4.1 weist für das dritte Quartal 2014 den Zuwachs des Arbeitsvolumens bzw. der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen mit 0,1 bzw. −0,1% deutlich „flacher“ aus als das Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA (0,5% bzw. 0,3%).

[17] Vgl. *IAB:* Arbeitsvolumen wieder gestiegen; Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 03.12.2014.

[18] Zu diesen werden hier die Maßnahmen zur Förderung abhängiger Beschäftigung bzw. von Selbstständigkeit sowie die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen gezählt.

Arbeitslose registriert. Dieser Wechsel von offener und verdeckter Arbeitslosigkeit wird durch das Konzept der Unterbeschäftigung[19] sichtbar gemacht: Während im dritten Quartal saisonbereinigt die Zahl der registrierten Arbeitslosen stagnierte, ging die Zahl der Unterbeschäftigten um 24 000 zurück.

Die zweite Ursache für die nicht proportionale Entwicklung von Erwerbstätigkeit und registrierter Arbeitslosigkeit liegt in der Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials. Diese resultiert zum einen aus der weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung. So stieg die Erwerbsbeteiligung der nicht zugewanderten Bevölkerung von 68,1% im zweiten Quartal 2013 auf 68,3% im zweiten Quartal 2014.[20] Dabei nahm vor allem die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren weiter zu. So stieg die Erwerbsbeteiligung der Frauen von 63,4% auf 64,1%. Bei den Älteren – dies sind hier Personen im Alter ab 50 Jahren – stieg die Quote von 52,5% auf 54,0%. Allerdings dürfte ab dem dritten Quartal die Einführung der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren zum 1. Juli 2014 den Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Älteren konterkarieren. Zum anderen stieg das Erwerbspersonenpotenzial infolge der anhaltend hohen Nettozuwanderung: In den ersten drei Monaten des Jahres 2014 – aktuellere Daten liegen noch nicht vor – betrug der Wanderungssaldo 107 000 Personen.[21] Der größte Beitrag entfiel mit 28,0% erstmals auf Bulgarien und Rumänien, für die seit Anfang 2014 die unbeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt.[22] Im Jahr 2013 betrug der Anteil der Zuwanderer aus diesen beiden Ländern 16,5%. Die acht neuen EU-Mitgliedsländer[23] hatten im ersten Quartal 2014 einen Anteil von 17,6% (2013: 26,7%). Die vier südeuropäischen Krisenländer Griechenland, Portugal, Italien und Spanien kamen auf einen Anteil von 17,7% (2013: 19,3%). Die hohe Nettozuwanderung schlägt sich auch in der Zahl der Beschäftigten nieder. Im September 2014 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. ausschließlich geringfügig Beschäftigten aus diesen Ländern um 212 000 Personen über dem Vorjahreswert.[24] Davon kam knapp die Hälfte aus Bulgarien und Rumänien. Vom gesamten Beschäftigungszuwachs in Deutschland entfielen zwei Fünftel auf Personen aus diesen EU-Mitgliedsländern. Alles in allem dürfte das Erwerbspersonenpotenzial nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB) im Jahr 2014 um 140 000 Personen steigen.[25] Der demographisch bedingte Rückgang in Höhe von etwa 300 000 Personen wird durch die höhere Erwerbsbeteiligung (+100 000) und die Nettozuwanderung (+340 000)[26] mehr als kompensiert.

Die positive Beschäftigungsentwicklung hat sich im vierten Quartal 2014 fortgesetzt. Begünstigt wurde dies durch die anhaltend hohe Zahl an offenen Stellen.[27]

---

19 Beim Konzept der Unterbeschäftigung wird angenommen, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen die Arbeitslosenzahl entsprechend höher ausfallen würde. In der hier verwendeten Abgrenzung sind bei den Unterbeschäftigten die Kurzarbeiter nicht eingerechnet. Vgl. hierzu auch: *Bundesagentur für Arbeit:* Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009, 19 ff. sowie Weiterentwicklung des Messkonzepts der Unterbeschäftigung. Nürnberg 2011.

20 Vgl. hierzu: http://ec.europa.eu/eurostat/data/database.

21 Vgl. *Statistisches Bundesamt:* Wanderungen über die Grenzen Deutschlands nach Herkunfts- und Zielgebieten, lfd. Monate.

22 Vgl. hierzu auch *Brücker, H.; Hauptmann, H.; Vallizadeh, E.:* Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien. IAB, Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien. November 2014.

23 Dabei handelt es sich um die zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien und Ungarn.

24 Vgl. *Bundesagentur für Arbeit*: Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt: Berichtsmonat: September 2014. Nürnberg, November 2014.

25 Vgl. *Fuchs, J. et al.*, a. a. O., 7 f.

26 Bei einer Nettozuwanderung von etwa 500 000 Personen wird hier unter Berücksichtigung des Erwerbsverhaltens der Zuwanderer das Erwerbspersonenpotenzial um schätzungsweise 340 000 Personen im Jahr 2014 zunehmen. Vgl. ebenda.

27 Nach Angaben des IAB gab es im zweiten Quartal des Jahres 2014 in Deutschland 1,06 Millionen offene Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dies waren 127 000 bzw. 13,6% mehr als im Vorjahresquartal. Der Bestand an offenen Stellen entspricht in etwa der Zahl vor Ausbruch der Großen Rezession. Vgl. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB)*: IAB-Stellenerhebung: Gut eine Million offene Stellen im zweiten Quartal 2014. Auch der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit hat im November 2014 erneut zugenommen. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Der BA-X im November 2014: Arbeitskräftebedarf nach wie vor hoch. Der Bestand der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitsstellen ist saisonbereinigt ebenfalls deutlich gestiegen. Bundesagentur für Arbeit: Saisonbereinigte

Tabelle 9:

Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2013 und 2014

	2013	2014	Veränderung	
			1 000 Personen	in %
Arbeitnehmer	37 824	38 236	412	1,1
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29 713	30 196	483	1,6
Vollzeit	21 931	22 131	200	0,9
Teilzeit	7 782	8 065	283	3,6
geförderte[a]	121	108	−13	−10,5
nicht geförderte	29 592	30 088	496	1,7
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	5 017	5 032	15	0,3
Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	111	98	−13	−11,5
sonstige	2 983	2 909	−74	−2,5
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 457	4 421	−36	−0,8
geförderte Selbstständigkeit	27	33	6	22,0
Gründungszuschuss	4	3	−1	−20,2
Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen	4	3	0	−13,8
Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit)	19	26	7	38,2
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 430	4 388	−42	−1,0
Erwerbstätige (Inland)	42 281	42 657	376	0,9
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	382	336	−46	−12,2
geförderte Erwerbstätige[b]	258	239	−20	−7,6
Kurzarbeit	124	97	−27	−21,8
ungeförderte Erwerbstätigkeit	41 899	42 321	422	1,0
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,9	0,8		

[a] Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; Beschäftigungsphase Bürgerarbeit; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. für Schwerbehinderte); Eingliederungsgutschein; Entgeltsicherung für Ältere nach § 421j SGB III; Einstiegsgeld (Variante: Beschäftigung); Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II; durch Personal-Service-Agenturen geförderte Personen; Ein-Euro-Jobs (Entgeltvariante). – [b] Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2014: Prognose des IWH.

Im Durchschnitt des Jahres 2014 dürften etwa 376 000 bzw. 0,9% mehr Personen erwerbstätig gewesen sein als im Vorjahr.[28] Einem Zuwachs bei den abhängig Beschäftigten in Höhe von 412 000 Personen steht ein Rückgang der Selbstständigen von 36 000 gegenüber.[29] Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürfte um 483 000 Personen zugenommen haben (vgl. Tabelle 9). Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte im Schlussquartal 2014 zurückgegangen sein. [30]

Daten. Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands (inklusive des Dienstleistungsgewerbes) ist hingegen im November 2014 gefallen. Vgl. *ifo München*: ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland: Firmen deutlich zurückhaltender bei Neueinstellungen. November 2014.

[28] In der Prognose des IWH ist für das Jahr 2014 eine Nettozuwanderung von 500 000, für das Jahr 2015 von 480 000 und für das Jahr 2016 von 460 000 Personen unterstellt.

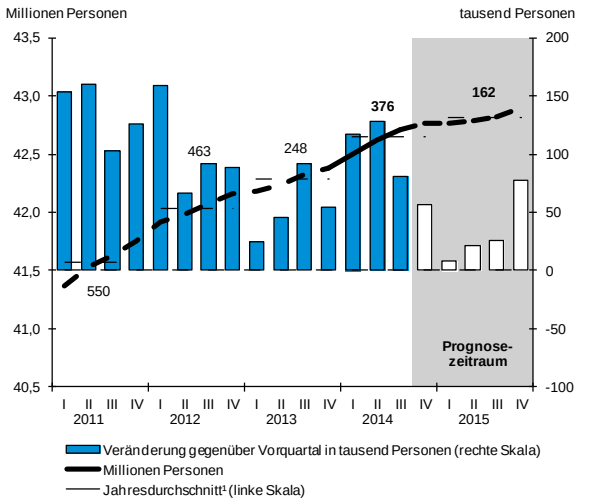
[29] Dies ist vor allem auf einen statistischen Effekt zurückzuführen: Obwohl im Verlauf des Jahres 2014 die Zahl der Selbstständigen (einschließlich mithelfende Familienangehörige) saisonbereinigt fast unverändert geblieben ist, lag die Zahl der Selbstständigen im Durchschnitt des Jahres 2014 deutlich unter dem Wert des Vorjahres. Die Ursache liegt im höheren Niveau der Zahl der Selbstständigen am Ende des Jahres 2013.

[30] Auch das IAB-Arbeitsmarktbarometer signalisiert für die nächsten drei Monate eine stabile bis leicht sinkende Arbeitslosigkeit. Dieser Indikator beruht auf den Erwartungen

Abbildung 10:

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

Im Jahr 2015 wird die Beschäftigung infolge der kräftigen Expansion der Produktion um 0,4% zunehmen (vgl. Abbildung 10). Dabei dürfte der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit 0,8% erneut deutlich über der Zunahme der Erwerbstätigkeit liegen. Die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen dürfte aber insgesamt deutlich geringer ausfallen als im Jahr 2014. Eine Ursache dafür dürften Beschäftigungsverluste sein, die infolge der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns eintreten werden. Zwar sind bereits vor Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelungen erste Reaktionen der Unternehmen auf die zu erwartende Lohnkostenerhöhung sichtbar geworden (vgl. Kasten 1).[31] Spürbare Effekte dürften aber vor allem im Jahr 2015 eintreten. Vor allem Minijobs werden betroffen sein, da bei einer Lohnanhebung deren Verdienstobergrenze überschritten wird, Sozialversicherungspflicht eintritt und diese Beschäftigungsform an Attraktivität einbüßt.[32]

Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahr 2015 wird durch die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die abschlagsfreie Rente ab 63 beeinflusst. Dabei ist die Wirkungsrichtung dieser beiden gesetzlichen Neuregelungen entgegengesetzt: Aufgrund des Mindestlohns dürfte die Zahl der Arbeitslosen zunehmen. Hingegen wird die abschlagsfreie Rente ab 63 aufgrund der damit verbundenen Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führen.[33] Im Durchschnitt des Jahres 2015 dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit um etwa 37 000 Personen über dem Stand des Vorjahrs liegen. Die Arbeitslosenquote dürfte 6,4% betragen und auch im Jahr 2016 auf diesem Niveau liegen.[34]

Der Tariflohnanstieg lag im dritten Quartal 2014 bei 2,8% im Vergleich zum Vorjahresquartal. Dies war deutlich weniger als noch in der ersten Jahreshälfte, in der die Tariflöhne um 3,3% stiegen. Hier bewirkten Nachzahlungen aufgrund einzelner neu abgeschlossener Tarifverträge (Einzelhandel) einen kurzfristigen kräftigen Anstieg des Tariflohnindex; der Anstieg der vereinbarten regelmäßig gezahlten tarif-

der lokalen Arbeitsagenturen zur kurzfristigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit und wird seit Oktober 2013 monatlich veröffentlicht. IAB-Arbeitsmarktbarometer steigt weiter: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 25.11.2014.

31 Vgl. *Holtemöller, O.:* Die Macht der Erwartungen: Warum die zukünftige Einführung des Mindestlohns schon heute die Konjunktur beeinflusst, in: IWH-Pressemitteilung 29/2014 vom 13.11.2014.

32 Vgl. auch *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014. Berlin 2014. – *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014. Halle (Saale) 2014.

33 Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014. Berlin 2014. Dort wird betont, dass frei werdende Stellen wohl nur in seltenen Fällen durch Arbeitslose besetzt werden, sondern vor allem durch Betriebswechsel, betriebliche Umstrukturierungen oder Einstellung von Berufsanfängern. Eine Entlastung bei der Arbeitslosigkeit ist über die dynamischen Prozesse am Arbeitsmarkt zu erwarten.

Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass sich durch die Rente mit 63 die Anzahl der Personen, welche die Möglichkeit eines früheren Renteneintritts in Anspruch nehmen, in den Jahren 2014 und 2015 um 60 000 beziehungsweise 100 000 erhöht. Vgl. *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*: Mehr Vertrauen in Marktprozesse – Jahresgutachten 2014/2015, 110.

34 Dabei wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf die Zahl der Erwerbspersonen, zu denen die registrierten Arbeitslosen und die Erwerbstätigen (Inland) gehören, bezogen.

Kasten 1:

Zur Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns: Welche Anpassungsreaktionen sind zu beobachten?

Infolge der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns[a] zum 01.01.2015 haben in einer Reihe von Branchen die Tarifpartner die Einführung des Mindestlohns bis Ende des Jahres 2014 vereinbart. In einigen Branchen wurde die Möglichkeit von Übergangsregelungen genutzt, wonach schrittweise bis Ende des Jahres 2017 der Mindestlohn eingeführt werden wird. In einigen Branchen ist noch offen, wie die rechtliche Neuregelung umgesetzt werden soll. In Tabelle 10 sind für die jeweiligen Wirtschaftsbereiche einige wichtige tarifliche Vereinbarungen ausgewiesen.

Von Interesse sind die Branchen, in denen der Anteil der Beschäftigten mit einem Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro besonders hoch ist. Dies betrifft vor allem die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, in denen ein Drittel der Arbeitnehmer weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdient, den Handel (23,2%), das Gastgewerbe (51,2%) und den – recht heterogenen – Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister (13,6%). Die Anteile der Beschäftigten mit einem Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro in Ostdeutschland sind in allen hier ausgewiesenen Bereichen deutlich höher als in Westdeutschland. Dies zeigt sich auch im Median-Bruttostundenlohn der Vollzeitbeschäftigten. Dieser lag im ostdeutschen Gastgewerbe im Jahr 2013 bei 8,92 Euro, in Westdeutschland bei 10,67 Euro je Stunde.

Tabelle 10:
Anteil der abhängig Beschäftigten[a] mit einem Bruttostundenlohn[b] von bis zu 8,50 Euro an den abhängig Beschäftigten insgesamt, Median-Bruttostundenlohn der Vollzeitbeschäftigten, Anzahl der Arbeitnehmer und Tariflohnanpassung an den Mindestlohn nach Branchen in Ost- und Westdeutschland[c]

Branche	Anteil Beschäftigte mit Stundenlohn unter 8,50 Euro[c] 2013 Ost	West	D	Median-Bruttostundenlohn der Vollzeitbeschäftigten[c] in Euro[c] 2013 Ost	West	D	Arbeitnehmer (Inland) in 1 000 Personen[d] 2012 Ost	West	D	Anpassung der untersten Tariflohngruppe an den Mindestlohn: bereits vor bzw. zum 01.01.2015	bis Ende des Jahres 2017 (Übergangsregelung)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48,6	21,0	32,3	8,87	12,52	11,02	108	223	331		Landwirtschaft
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	20,0	6,4	8,5	11,48	17,00	15,69	954	6 610	7 564	Fleischerhandwerk in einigen Bundesländern	Feinkeramische Industrie Ostdeutschland (Angestellte)
Baugewerbe	20,2	6,8	9,9	11,82	14,42	14,14	380	1 594	1 974	Dachdeckerhandwerk (Angestellte)	
Handel	41,5	18,3	23,2	10,96	12,69	12,12	646	4 503	5 149	Einzelhandel, Floristik (West)	
Gastgewerbe	66,7	48,0	51,2	8,92	10,67	10,44	202	1 238	1 440	Hotel- und Gaststättengewerbe in einigen westdeutschen Bundesländern	Hotel- und Gaststättengewerbe in einigen Bundesländern
Verkehr; Nachrichtenübermittlung	22,9	8,1	11,4	13,09	15,58	15,00	381	2 573	2 954		
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	26,9	10,7	13,6	15,29	20,16	19,15	777	5 250	6 027	Zeitarbeit (West)[e], Bewachungsgewerbe in einigen Bundesländern[f]; Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (West);	Zeitarbeit (Ost)[e]; Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (Ost); Gebäudereinigerhandwerk Arbeiter (Ost)[f]; Erwerbsgartenbau
öffentliche und private Dienstleister	16,0	8,9	10,3	14,65	17,16	16,41	1 714	9 907	11 621	Friseurhandwerk (West)	Friseurhandwerk (Ost)
insgesamt	24,2	10,6	13,2	12,69	16,34	15,58	5 162	31 898	37 060		

[a] Arbeiter, Angestellte und Beamte (mit einem Stundenverdienst von mindestens zwei Euro), ohne Ein-Euro-Jobber, Personen in Werkstätten für behinderte Menschen, Auszubildende und Praktikanten. – [b] Quotient aus Bruttomonatsverdienst und vereinbarter Arbeitszeit pro Monat (inklusive bezahlte Überstunden) – [c] Westdeutschland mit Berlin-West; Ostdeutschland mit Berlin-Ost. – [d] Westdeutschland mit Berlin; Ostdeutschland ohne Berlin. – [e] Hier galt bereits vorher ein Mindestlohn gemäß Arbeitnehmerentsendegesetz. – [f] Hier galt bereits vorher ein Mindestlohn gemäß Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.

Quellen: SOEP (SOEP v30betabeta); VGR der Länder; Tarifspiegel: unterste Tarife nach Branchen http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_2270.htm vom 10.12.2014; Berechnungen des IWH.

Die Einführung des Mindestlohns wird für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Unternehmen mit einer Steigerung der Lohnkosten verbunden sein. Dies wird die Unternehmen zu Ausweichstrategien veranlassen. Im Rahmen diverser Befragungen von Unternehmen und Führungspersonen wurde versucht, diese Strategien zu identifizieren. So wurden in der monatlichen Konjunkturfrage des ifo Instituts im November 2014 etwa 6 300 Unternehmen aus den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Groß- und Einzelhandel sowie Dienstleistungen befragt, ob ihr Unternehmen von der Mindestlohnerhöhung betroffen ist und – wenn dies der Fall ist – welche Maßnahmen das Unternehmen zur Bewältigung der Kostensteigerung ergreifen wird.[b]

Dabei gab über ein Viertel der Unternehmen an, dass sie direkt von der Mindestlohneinführung betroffen sind. Der Anteil der von der Mindestlohneinführung betroffenen Unternehmen ist in den Branchen recht unterschiedlich: Im Verarbeitenden Gewerbe sind es 21%, im Einzelhandel (einschließlich Kfz) 43%, im Großhandel 20%, in den Dienstleistungsunternehmen 31% und im Gastgewerbe sogar 72%. Dabei sind in allen Branchen ostdeutsche Unternehmen stärker betroffen als westdeutsche. Bezüglich der Maßnahmen, die die Unternehmen zur Vermeidung negativer Effekte der Mindestlohneinführung ergreifen wollen, ergab sich folgendes Bild:

- Fast 43% der vom Mindestlohn betroffenen Unternehmen gaben an, dass keine Maßnahmen zur Bewältigung des durch die Mindestlohneinführung induzierten Lohnkostendrucks notwendig bzw. vorgesehen sind.

- Knapp 26% der Unternehmen werden auf die Einführung des Mindestlohns mit *Preiserhöhungen* reagieren.[c] Mit 31,3% ist der Anteil bei den Dienstleistungsunternehmen insgesamt besonders hoch. Mehr als die Hälfte der Unternehmen im Gastgewerbe beabsichtigt, die Preise zu erhöhen.

- Knapp 22% der Unternehmen wird durch *Personalabbau* auf die Einführung des Mindestlohns reagieren.[d] Besonders hoch ist der Anteil im Einzelhandel (29,3%). Ein Teil der Unternehmen beabsichtigt, ihren Personalbestand aufgrund der Mindestlohneinführung bereits im Jahr 2014 zu reduzieren.[e]

- Die *Sonderzahlungen* wollen 23% der Unternehmen kürzen. Die Anteile im Gastgewerbe (35,2%) und im Einzelhandel (28,0%) liegen deutlich über dem Durchschnitt.

- Knapp 18% der Unternehmen wollen mit einer *Verkürzung der Arbeitszeit* reagieren. Im Einzelhandel sind es sogar 32,5%, der Anteil im Gastgewerbe ist fast genauso hoch.

- Ein Teil der Unternehmen sieht auch eine Verringerung der *Investitionen* vor. So wollen 22,9% der Einzelhandelsunternehmen und 26,2% der Unternehmen im Gastgewerbe weniger investieren.

[a] Im Folgenden steht der Begriff Mindestlohn für den flächendeckenden, allgemeinen Mindestlohn. – [b] Vgl. Erthle, C.; Wohlrabe, K.; Wojciechowski, P.: Der flächendeckende Mindestlohn und die Reaktion der Unternehmen, in: ifo Schnelldienst, Jg. 67 (23), 2014, 50-52, http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifosd_2014_23_5.pdf. – [c] Bei dieser Umfrage waren Mehrfachnennungen möglich. – [d] Einer Umfrage von Roland Berger Strategy Consult zufolge erwarten zwei Drittel der befragten Führungskräfte Beschäftigungsverluste infolge der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Vgl. Die Welt, 08.12.2014. http://www.welt.de/wirtschaft/article135116455/Der-deutsche-Mittelstand-schreibt-100-000-Jobs-ab.html. Einer Sonderauswertung Mittelstand der DIHK-Konjunkturumfrage zufolge reduzieren viele mittelständische Taxiunternehmen sowie Post-, Kurier- und Expressdienstleister ihre Beschäftigungspläne. Vgl. DIHT: Wirtschaftspolitik verunsichert Mittelstand, Herbst 2014. http://www.dihk.de/presse/meldungen/2014-12-08-auswertung-mittelstand. – [e] Die ifo Personalleiterbefragung im ersten Quartal 2014 ergab, dass 5% der teilnehmenden Unternehmen mit einer Verringerung ihres Personalbestands infolge der Mindestlohneinführung bereits im Jahr 2014 rechnen. Für das Jahr 2015 erwarten 11% der Unternehmen einen Personalrückgang. Vgl. hierzu: Jacob-Puchalska, A.: Ifo Personalleiterbefragung – Einfluss eines flächendeckenden Mindestlohns, in: ifo Schnelldienst, Jg. 67 (9), 2014, 44f., http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifosd_2014_09_9.pdf.

lichen Grundvergütungen lag wesentlich niedriger. Im Jahr 2014 gab es zahlreiche neue Tarifvereinbarungen, in denen die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns geregelt wurde. In besonders stark von den Mindestlöhnen betroffenen Branchen (beispielsweise Landwirtschaft, Garten-, Landschafts- und Sportplatz-

bau in Ostdeutschland) wurde von den vom Gesetzgeber ermöglichten Übergangsregelungen Gebrauch gemacht, wonach noch bis Ende 2017 unter dem Mindestlohn gezahlt werden darf. In anderen Branchen (beispielsweise Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau in Westdeutschland) wird der Mindestlohn bereits zum 01.01.2015 eingeführt. In einigen Branchen stehen entsprechende Tarifvereinbarungen noch aus. Mit der Einführung der Mindestlöhne werden auch in darüberliegenden Lohngruppen zusätzliche Lohnanpassungen nötig. Daher werden im Jahr 2015 wohl auch die im Tariflohnindex erfassten mittleren Lohngruppen etwas kräftiger steigen als im Jahr zuvor. Im Jahr 2016 dürfte sich dieser Anstieg etwas abschwächen.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten werden im Jahr 2014 um 2,8% steigen. Dass ihr Anstieg unter dem der Tariflöhne liegt, dürfte der Überzeichnung des Tariflohnanstiegs durch Sondereffekte (Nachzahlungen) und der konjunkturellen Schwächephase im Sommer 2014 geschuldet sein. Durch die gestiegene Arbeitszeit der Beschäftigten, die teilweise auf Arbeitszeitkonten gutgeschrieben und noch nicht vergütet wurde, legten die Stundenlöhne weniger kräftig zu. Insgesamt werden die Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2014 um 3,9% zunehmen.

Mit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 werden die Stundenlöhne im Niedriglohnbereich kräftig steigen. Das wird zu unterschiedlichen Anpassungsstrategien (vgl. Kasten 1) führen: So wollen die Unternehmen neben Preiserhöhungen und Reduzierung von Sonderzahlungen auch die Arbeitszeit verringern (beispielsweise durch Anpassung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten an die Nachfrage) oder Arbeitsplätze abbauen.[35] Im Ergebnis dürfte damit die Produktivität stärker und die Arbeitsnachfrage weniger steigen.

Insgesamt dürften die Stundenlöhne im Jahr 2015 um 3,8% und im Jahr 2016 um 3,5% ansteigen. Die Lohnstückkosten nehmen im Jahr 2014 wohl um 1,9%, im Jahr 2015 um 2,7% und ein Jahr später um 2,1% zu.

[35] Vgl. *Erthle, C.; Wohlrabe, K.; Wojciechowski, P.:* Der flächendeckende Mindestlohn und die Reaktion der Unternehmen, in: ifo Schnelldienst, Jg. 67 (23), 2014, 50-52.

Zunahme der Exporte bleibt aufgrund der moderaten weltwirtschaftlichen Dynamik verhalten

Im dritten Quartal 2014 entwickelte sich der Außenhandel – im Gegensatz zu den beiden Vorquartalen – deutlich dynamischer. Die Ausfuhren stiegen saison- und kalenderbereinigt zum Vorquartal um 1,9%, die Einfuhren um 1,7%. Damit hatte der Außenhandel einen leicht positiven Effekt auf die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (0,2 Prozentpunkte). Im Oktober übertrafen die Ausfuhren nominal zwar den Septemberrekord nochmals, saison- und kalenderbereinigt verringerten sie sich jedoch leicht (−0,5%), bei den Einfuhren ging die Dynamik zum Vormonat noch stärker zurück (−3,1%).

Die regere Entwicklung der Warenexporte im dritten Quartal ist Ausdruck stärker gestiegener Warenlieferungen vor allem ins nichteuropäische Ausland. Insbesondere belebten sich die Warenausfuhren (Spezialhandel) in den Nahen Osten und in die Vereinigten Staaten sowie in asiatische Länder. In den Euroraum hingegen, wo es nach wie vor kaum Anzeichen für eine deutliche Erholung der Konjunktur gibt, entwickelten sich die Exporte nur in einige Länder etwas dynamischer, darunter die nach Portugal und Spanien.

Die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe und insbesondere für Investitionsgüter deuten auch für die nächsten Monate auf eine nur verhaltene Ausweitung der Exporte hin. Der Index der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe ist in den Monaten September und Oktober zwar für alle Untergruppen bei den Auslandsaufträgen gestiegen, für den Euroraum allerdings nur leicht. Die weiterhin nur sehr zögerliche konjunkturelle Erholung im Euroraum dürfte dämpfend auf die Exporte wirken, ebenso der anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die damit verbundene Unsicherheit. Begünstigend für die deutschen Ausfuhren wirken die Abwertung des Euro und die damit verbundene Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

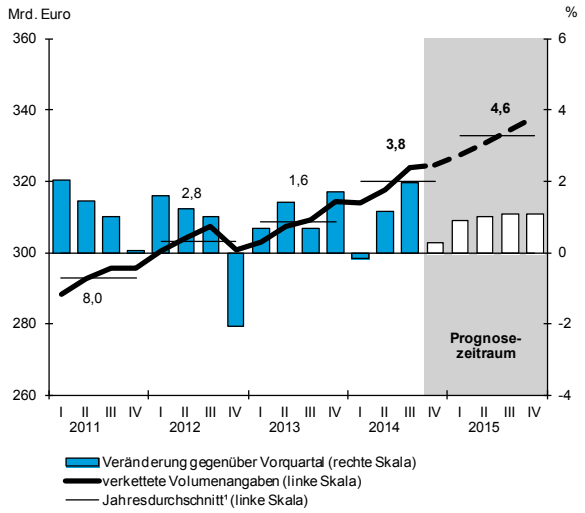
Vor diesem Hintergrund wird sich der Exportzuwachs nach 3,8% in diesem Jahr auf 4,6% im Jahr 2015 beschleunigen. Für 2016 ist mit einem ähnlich

hohen Zuwachs zu rechnen (vgl. Abbildung 11). Damit werden die Ausfuhren im Durchschnitt in den Jahren 2014 und 2015 etwas stärker und im Jahr 2016 etwas geringer als der Welthandel zulegen.

Abbildung 11:

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

Die Importe entwickelten sich im dritten Quartal 2014 schwächer als die Exporte, im ersten Halbjahr legten sie nahezu gleich stark zu. Aufgrund der sich nur schwach entwickelnden Binnennachfrage, vor allem des in den vergangenen Quartalen nur mäßigen Expansionstempos der Investitionen, nahmen die Einfuhren nur gering zu. Im Jahr 2015 werden die Importe mit etwas stärker steigenden Exporten sowie einer leicht beschleunigt expandierenden Binnennachfrage kräftiger zulegen als im Jahr zuvor. Im Prognosezeitraum werden sie mit 5,3% im Jahr 2015 und 5,7% im Jahr 2016 die Expansion der Ausfuhren jeweils übertreffen (vgl. Tabelle 11). In der Folge wird der Außenhandel im Jahr 2015 nicht und im Jahr 2016 leicht negativ zur Produktionsausweitung beitragen.

Die Terms of Trade haben sich in den vergangenen Quartalen bei stärker sinkenden Einfuhr- als Ausfuhrpreisen deutlich verbessert. Hier wirkten sich sinkende Rohstoffpreise aus, während bei den Ausfuhren aufgrund der teilweise schwachen Absatzlage in verschiedenen Branchen keine höheren Preise durchgesetzt werden konnten. Im Prognosezeitraum werden die Ausfuhrpreise jedoch mit einer Belebung des Welthandels und der anziehenden Auslandsnachfrage einen leichten Auftrieb erhalten. Die Einfuhrpreise dürften zunächst aufgrund der niedrigen Rohstoffpreise noch etwas weiter sinken. Die Terms of Trade werden sich somit verbessern.

Tabelle 11:

Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2014	2015	2016
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Exporte, real	3,8	4,6	4,4
Importe, real	3,5	5,3	5,7
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Exporte, nominal	45,7	46,4	47,0
Importe, nominal	39,1	39,6	40,5
	Außenbeitrag		
Mrd. Euro, nominal	189,6	204,8	202,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Investitionen erholen sich nur allmählich

Die Unternehmensinvestitionen haben nach einer kräftigen Ausweitung im Winterhalbjahr 2013/2014 im Verlauf des Sommers deutlich nachgelassen. Die Kapazitäten der deutschen Wirtschaft sind immer noch unterausgelastet. Auch haben die geopolitischen Risiken vor allem im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt kaum an Brisanz verloren. Die damit verbundene Unsicherheit der Unternehmen, gepaart mit der verbreiteten Skepsis über die Wirkung der Arbeitsmarkt- und Energiepolitik, haben die Unternehmen wohl veranlasst, nur notwendige Ersatzinvestitionen zu tätigen. Deutlich weniger haben zudem die öffentlichen Haushalte im Sommerhalbjahr investiert; das betrifft nicht nur die sehr volatilen Ausrüstungen, sondern auch deren Wohn- und Nichtwohnbauten sowie die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Kraftlos zeigten sich zuletzt aber auch die privaten Wohnungsbauinvestitionen,

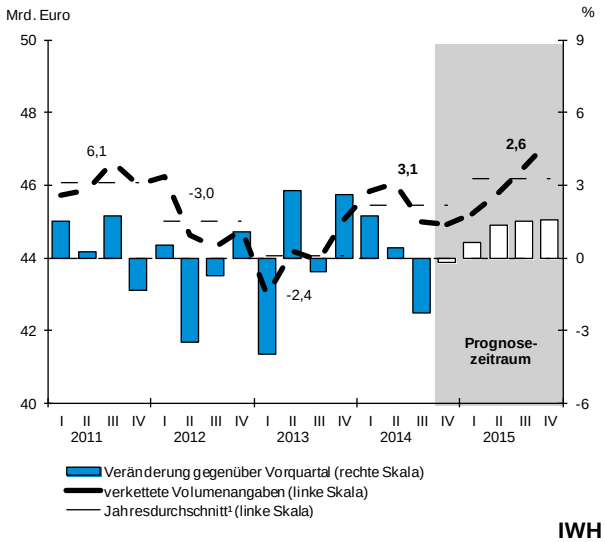
was vor allem als Korrektur auf die hohen witterungsbedingten Bauaktivitäten zu Jahresbeginn zu werten ist. Zum Teil dürften sich aber auch die abschwellenden Impulse vom Eigenheimbau niederschlagen.

Im Winterhalbjahr dürften die Investitionen zunächst noch schwach bleiben; insbesondere die Unternehmensinvestitionen werden angesichts der nur allmählichen gesamtwirtschaftlichen Erholung eher zögerlich zulegen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Kapazitätsauslastung im Schlussquartal nochmals gesunken. Auch hinsichtlich der über die Nachfrage erwarteten Kapazitätsauslastung in den nächsten Monaten spricht in den meisten Industriebranchen per saldo eine Mehrheit der Betriebe von mehr als ausreichenden technischen Kapazitäten.[36] Vor diesem Hintergrund haben die Bestellungen von Investitionsgütern aus dem Inland bis zum September abgenommen und sprechen für nochmals leicht rückläufige Ausrüstungsinvestitionen zum Jahresende 2014. Dass die inländischen Bestellungen nach Investitionsgütern im Oktober 2014 wieder zugelegt haben, ist allerdings als erstes positives Zeichen zu werten.[37] Sowohl dies als auch die gestiegenen Neuzulassungen an Nutzfahrzeugen, die Trendwende beim ifo Geschäftsklima im November 2014 sowie die leichte Rückbildung der Unsicherheitsindikatoren am aktuellen Rand dürften für den Jahresbeginn 2015 auf eine, wenngleich noch schwache, Aufwärtsbewegung hindeuten. Auch der gewerbliche Bau dürfte dann wieder zulegen, worauf Auftragseingänge und Baugenehmigungen verweisen. Im späteren Verlauf des Jahres 2015 und im Jahr 2016 dürften sich mit der sich etwas kräftigenden Weltkonjunktur und der hier unterstellten Erholung im Euroraum die Absatzaussichten weiter verbessern. Damit im Einklang wird sich das Investitionstempo in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten wohl weiter beschleunigen, zumal die Finanzierungsbedingungen bei niedrigen Zinsen, nur wenig veränderten Kreditbedingungen und dann wieder zunehmenden Gewinnerwartungen günstig sind. Die Investitionen in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten nehmen im Jahr 2014 vor allem aufgrund des hohen Ausgangsniveaus um 3,1% (vgl. Abbildung 12) bzw. 3,8% zu. Im Jahr 2015 ist vor allem die zögerliche Erholung zu Jahresbeginn dafür verantwortlich, dass die Expansion hier nur 2,6% bzw. 1,2% beträgt. Im Jahr 2016 ziehen nach dieser Prognose die Investitionen in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten dann mit 6,5% bzw. 2,7% kräftiger an (vgl. Tabelle 12). Die Investitionen in FuE werden angesichts deren Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im gesamten Prognosezeitraum die Investitionskonjunktur stützen.

Abbildung 12:

Reale Investitionen in Ausrüstungen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

Die Wohnungsbauinvestitionen dürften nach dem schwachen Sommerhalbjahr wieder zulegen; dafür sprechen die hohen und zuletzt nochmals gestiegenen Auftragsbestände. Es verdichten sich allerdings die Anzeichen, dass der Wohnungsbau im Prognosezeitraum alles in allem auf einen verhalteneren Entwicklungspfad einschwenkt. Zwar ist der Arbeitsmarkt weiterhin stabil, die real verfügbaren Einkommen

[36] Der Saldo der Betriebsmeldungen mit mehr als ausreichenden gegenüber denen mit nicht ausreichenden technischen Kapazitäten hat laut ifo Konjunkturtest in den gewichtigen Vorleistungs- und Investitionsgütergewerben zuletzt nochmals zugelegt und liegt aktuell bei 16%. Von Kapazitätsengpässen sprechen per saldo lediglich die Hersteller von DV-Geräten, Elektronik und Optik. Vgl. ifo Konjunkturperspektiven, 10/2014. München 2014.

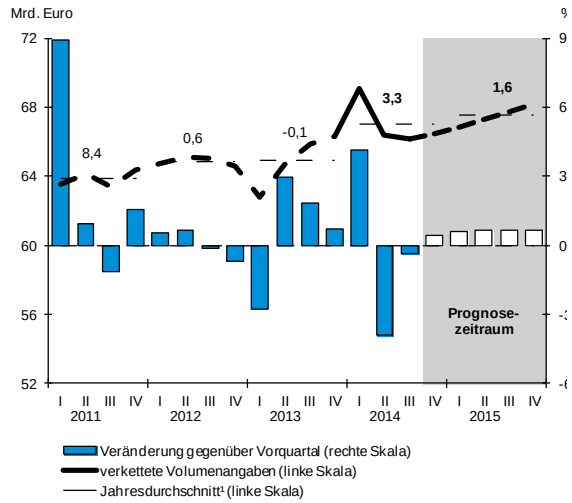
[37] Ohne den sonstigen Fahrzeugbau, der aufgrund von Großprojekten die konjunkturelle Tendenz überzeichnen würde.

steigen, und die Finanzierungsbedingungen sind angesichts günstiger Zinsen und nur kaum veränderter Kreditbedingungen anhaltend gut. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und die Baugenehmigungen für den Wohnungsneubau sind aber seit geraumer Zeit in der Tendenz rückläufig, was vor allem an geringeren Impulsen aus dem Ein- und Zweifamilienhausbau liegt. Hier ist in den vergangenen Jahren bereits ein recht hohes Niveau erreicht worden. Dagegen ist der Mehrfamilienhausbau, vor allem getätigt von Wohnungsunternehmen und von Fondsanlegern, weiter aufwärtsgerichtet.[38] Gestützt wird diese Entwicklung von der Tendenz, dass private Haushalte wieder verstärkt in die Städte zurückkehren und die Migration nach Deutschland weiter zunimmt. Das führt zu einer erhöhten Wohnungsnachfrage in Ballungszentren und einzelnen prosperierenden Städten. Die guten Vermarktungsaussichten ziehen bei sonst geringen alternativen Anlagemöglichkeiten vermehrt Investoren an. Im Zuge der hier unterstellten Erholung im Euroraum wird sich ihr Engagement im späteren Verlauf aber wohl etwas weniger dynamisch fortsetzen. Anregungen werden im Prognosezeitraum auch vom Ausbau und der Modernisierung des Wohnungsbestands ausgehen. Allerdings könnte die neuerliche Ankündigung der Bundesregierung, eine steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden im Verlauf des Jahres 2015 umzusetzen, eine vorübergehende abwartende Haltung bis zur endgültigen Kenntnis und zum Inkrafttreten des Gesetzes nach sich ziehen.[39] Unsicherheit geht wohl auch von dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse aus, der zu juristischen Zweifeln hinsichtlich der Bestimmung von angespannten Märkten und der Definition von umfassenden und einfachen Modernisierungen geführt hat.[40] Alles in allem steigen die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2015 wohl um 1,3% nach 3,1% im Jahr zuvor; im Jahr 2016 dürfte der Zuwachs bei 2,2% liegen.

Abbildung 13:

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

Der öffentliche Bau, der im Sommerhalbjahr 2014 zum Teil als Korrektur auf das witterungsbedingt starke Winterhalbjahr zuvor, zum Teil aber auch aufgrund von Verschiebeeffekten bei notwendigen Fluthilfemaßnahmen außergewöhnliche Rückgänge zu verzeichnen hatte, dürfte im Prognosezeitraum wohl wieder anziehen. Die Auftragsbestände im Straßenbau sind zwar beträchtlich abgeschmolzen, die im sonstigen öffentlichen Tiefbau haben aber zuletzt wieder deutlich und die im Hochbau leicht zugenommen. Für eine Belebung sprechen auch die relativ entspannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum und die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Die öffentlichen Bauinvestitionen steigen im Jahr 2014 um 3,0%; in den Jahren 2015 und 2016 ziehen sie wohl mit 3,6% bzw. 4,0% leicht stärker an. Die Bauinvestitionen insgesamt

[38] Gemessen an den veranschlagten Kosten hat dieses Marktsegment seit dem Tiefpunkt der Wohnungsbaukonjunktur im Jahr 2005 seinen Anteil von 13% (2009, im Jahr der globalen Krise, lag er bei 14%) auf aktuell 39% des gesamten Neubauvolumens erhöht.

[39] Vgl. BMWi-Pressemitteilung vom 03.12.2014: Gabriel: Wir systematisieren die Energiewende und machen Energieeffizienz zur zweiten Säule.

[40] Siehe Gesetzentwurf zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz - MietNovG) unter http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/031/1803121.pdf sowie Rechtsgutachten unter http://www2.haus-und-grund.com/presse_ 910.htm.

steigen im Jahr 2014 aufgrund der hohen Niveaus zu Jahresbeginn um 3,3%. Im Jahr 2015 bewirkt dagegen der schwache Jahresstart, dass die Bauinvestitionen voraussichtlich nur um 1,6% zulegen; im Jahr darauf dürfte der Zuwachs allerdings bei 2,5% liegen (vgl. Abbildung 13 und Tabelle 12).

Tabelle 12:

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2014	2015	2016
Anlageinvestitionen insgesamt	2,9	1,9	3,8
Ausrüstungen	3,1	2,6	6,5
sonstige Anlagen	1,2	1,6	2,5
Bauinvestitionen insgesamt	3,3	1,6	2,5
Wohnbauten	3,1	1,3	2,2
Nichtwohnbauten insgesamt	3,6	1,9	3,1
gewerbliche Bauten	3,8	1,2	2,7
öffentliche Bauten	3,0	3,6	4,0
nachrichtlich:			
Unternehmensinvestitionen	2,7	1,9	4,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH

Privater Verbrauch stützt deutsche Konjunktur

Die privaten Haushalte weiteten im Sommer 2014 ihre Käufe nach einer kurzen Atempause im Frühjahr kräftig aus. Insbesondere die Ausgaben für Kraftfahrzeuge, Instandhaltung und Reparatur nahmen kräftig zu, im Einzelhandel wurde hingegen deutlich weniger gekauft. Im vierten Quartal 2014 wird der private Konsum wohl auf hohem Niveau stagnieren. Dafür sprechen beispielsweise sowohl die aktuelle Lage des GfK-Konsumklima-Indikators[41] als auch die Internet-Suchanfragen nach Online-Shoppingportalen.[42] Die Pkw-Neuzulassungen sind im November hingegen leicht gesunken. Insgesamt dürften die privaten Konsumausgaben im Jahr 2014 damit um 1,0% steigen. Insbesondere der nach wie vor robuste Arbeitsmarkt und moderate Lohnzuwächse dürften dazu beigetragen haben. So werden die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten im Jahr 2014 unter anderem durch die erzielten Tariflohnabschlüsse und einen Zuwachs bei der geleisteten Arbeitszeit je Beschäftigten stärker als im Jahr zuvor steigen.

Mit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 werden die Stundenlöhne insbesondere im Niedriglohnbereich kräftig anziehen. Zudem dürfte sich der Mindestlohn auch auf Beschäftigte auswirken, die bislang 8,50 Euro je Stunde oder geringfügig darüber verdienen. Alles in allem dürften die effektiven Stunden- und Monatslöhne in den Jahren 2015 und 2016 wesentlich kräftiger als im Jahr 2014 ansteigen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden im Jahr 2014 um 3,9%, im Jahr 2015 um 4,0% und danach etwas geringer zulegen (vgl. Tabelle 13).

Die monetären Sozialleistungen werden im Jahr 2014 mit 2,3% in etwa gleich stark zunehmen wie im

Tabelle 13:

Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[a] in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015	2016
verfügbare Einkommen, nominal	2,2	2,6	2,8
darunter:			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	3,5	3,8	2,8
monetäre Sozialleistungen	2,3	3,9	2,5
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	−0,1	−0,2	2,9
Sparen	3,4	3,5	3,1
private Konsumausgaben, nominal	2,1	2,4	2,8
nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	3,9	4,0	3,8
Sparquote (in %)	9,2	9,3	9,3
Preisindex des privaten Konsums	1,1	1,1	1,2
private Konsumausgaben, real	1,0	1,3	1,6

[a] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

[41] Vgl. dazu Gesellschaft für Konsumforschung (GfK): Konsumklima zum Jahresende verbessert. GfK-Pressemitteilung vom 27. November 2014.

[42] Vgl. hierzu beispielsweise die Statistik der Suchanfragen von Internetshopping-Seiten bei Google.

Vorjahr. Insbesondere die Ausweitung der zusätzlichen gesetzlichen Rentenleistungen dürfte zu einem weiteren Anstieg der monetären Sozialleistungen in den nächsten Quartalen führen.

Die Einkommen der Selbstständigen steigen im Jahr 2014 recht kräftig,[43] die Vermögenseinkommen sinken hingegen aufgrund der niedrigen Zinsen erheblich; per saldo werden die übrigen Primäreinkommen abnehmen. Auch im Jahr 2015 wird es wohl nochmals einen leichten Rückgang der Vermögenseinkommen der privaten Haushalte geben. Die Selbstständigeneinkommen werden durch die Einführung des Mindestlohns unter Druck geraten und infolgedessen geringfügig sinken. In der Summe werden die übrigen Primäreinkommen leicht abnehmen und sich im Jahr 2016 wieder erholen.

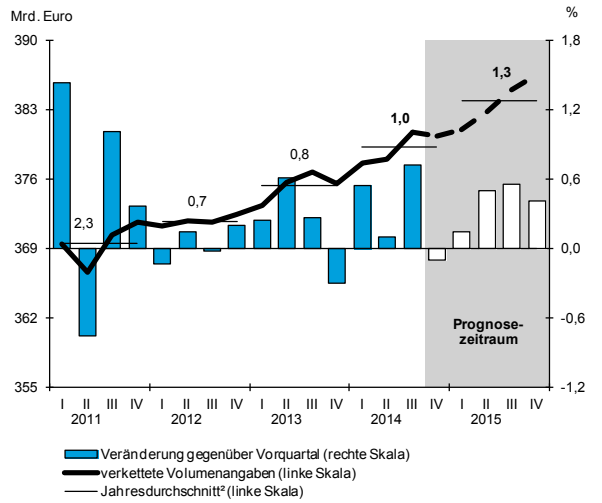
Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2014 um 2,2% steigen, wobei der Anteil der Erwerbseinkommen zunimmt, der Anteil der Vermögenseinkommen zurückgeht und der Anteil der Transferleistungen konstant bleiben wird. Im Jahr 2015 werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dann wohl um 2,6% zunehmen, im Jahr 2016 dürfte sich der Anstieg mit 2,8% etwas beschleunigen. Die Sparquote ist trotz der niedrigen Zinsen und der weiterhin günstigen Arbeitsmarktlage in den vergangenen Quartalen leicht gestiegen. Dennoch liegt sie mit 9,2% im Jahr 2014 immer noch unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Im Prognosezeitraum dürfte die Sparquote konstant bleiben.

Zu Beginn des Jahres 2015 werden die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben nur wenig ausweiten. Im Zuge der konjunkturellen Aufhellung im weiteren Jahresverlauf dürfte dann wohl wieder spürbar mehr konsumiert werden. Hier dürfte sich auch der niedrige Ölpreis auswirken. Die Lohnzuwächse durch den Mindestlohn werden fast ausschließlich in den privaten Konsum fließen. Allerdings dürften die Verbraucherpreise durch das Überwälzen der höheren Lohnkosten infolge der Einführung des Mindestlohns anziehen und Gewinneinkommen niedriger ausfallen. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2015 um 1,3% und im Jahr 2016 um 1,6% zunehmen (vgl. Abbildung 14). Damit tragen sie 0,7 Prozentpunkte im Jahr 2015 und danach 0,8 Prozentpunkte zum Anstieg des Bruttoinlandprodukts bei.

Abbildung 14:

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

Niedrige Inflation vor allem durch Ölpreisfall

Nachdem die Verbraucherpreise bereits zu Beginn des Jahres 2014 nur wenig gestiegen sind, kam es im Verlauf des Jahres zu einer weiteren Abschwächung der Inflation. So lag die Inflationsrate im November 2014 nur noch bei 0,6%. Insbesondere dürften dabei preissenkende Einflüsse aus dem Ausland gekommen sein. Beispielsweise gingen durch die Handelsbeschränkungen Russlands die Lebensmittelpreise für die deutschen Verbraucher teilweise recht kräftig zurück. Auch wurden durch den Rückgang des Erdölpreises Mineralölprodukte billiger. Nach wie vor gibt es bei technischen Produkten und auch bei den damit verbundenen Dienstleistungen (Nachrichtenübermittlung) kräftige Preisrückgänge. Demgegenüber stiegen die Preise in einigen binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsbereichen wie den Friseurdienstleis-

[43] Vgl. Tabelle Sektorenrechnung auf Seite 40.

tungen durch den Branchen-Mindestlohn, bei der Gesundheitspflege und den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Auch eine Verteuerung der Tabakwaren durch Steuererhöhungen wirkte im Jahr 2014 den preissenkenden Tendenzen entgegen.

In den nächsten Quartalen dürfte die Teuerung langsam wieder anziehen. Insbesondere durch die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns wird es wohl weitere Preiserhöhungen geben. Hiervon dürften insbesondere international nicht handelbare Waren und Dienstleistungen betroffen sein. Die EEG-Umlage (EEG: Erneuerbare-Energien-Gesetz), die jeweils zum Anfang jedes Jahres angepasst wird, wird zu Beginn des Jahres 2015 erstmalig sinken. Da annahmegemäß im Prognosezeitraum der Erdölpreis kaum steigen wird, dürften damit die Energiepreise im Jahr 2015 und auch im darauffolgenden Jahr in etwa konstant bleiben. Auch von den Importpreisen dürfte aufgrund der etwas schwächeren Weltkonjunktur wenig Preisauftrieb zu erwarten sein. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahr 2014 wohl um 0,9% steigen, im Jahr 2015 dann nochmals um 1,1% und im Jahr 2016 um 1,4%.

Gesamtwirtschaftliche Produktion überwindet Schwächephase

Die Produktion hat im dritten Quartal 2014 nur um 0,1% gegenüber dem Vorquartal zugenommen. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stieg um 0,2%.[44] Eine wesentliche Ursache dafür dürfte die ungünstige Entwicklung der Investitionen sein. Starke Impulse kamen hingegen aus dem Ausland; die Warenexporte entwickelten sich sehr günstig. Die Produktion im Baugewerbe nahm geringfügig um 0,1% zu. Im Vorquartal war in diesem Bereich die Produktion wohl als Gegenreaktion zum witterungsbedingt starken ersten Quartal um 3,4% geschrumpft. Im Dienstleistungsbereich nahm die Produktion in nahezu allen Sektoren zu. Nur im Subsektor Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ging die Produktion etwas zurück.

Im vierten Quartal 2014 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion um 0,2% zunehmen (vgl. Tabelle 14).[45] Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die Wertschöpfung stagnieren. Zwar war das ifo Geschäftsklima – nach sechs Rückgängen in Folge – zuletzt wieder aufwärtsgerichtet. Die Auftragseingänge lassen aber noch keinen spürbaren Produktionsanstieg erwarten. Die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte zunehmen. Zwar waren die Auftragseingänge zuletzt erneut rückläufig. Der Auftragsbestand hat jedoch weiter zugenommen und befindet sich auf einem hohen Niveau. Die Produktion in den Dienstleistungsbereichen dürfte etwas schwächer expandieren. Dafür sprechen die Umfrageergebnisse des ifo Instituts, wonach die Geschäftslage in wichtigen Sektoren verhaltener beurteilt wurde als in den Monaten zuvor. Die Produktion der Unternehmensdienstleister wird nur schwache Impulse vom Produzierenden Gewerbe erhalten. Der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird vor allem von der leicht anziehenden Bauproduktion profitieren. Im Durchschnitt des Jahres 2014 dürfte die Produktion um 1,5% zunehmen.

Im Verlauf des Jahres 2015 dürfte die Produktion etwas an Fahrt gewinnen. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird vor allem im Gefolge der stark anziehenden Exporte zunehmen. Die Produktion im Baugewerbe dürfte erneut von den günstigen Finanzierungsbedingungen und den anhaltend

[44] Das Saisonbereinigungsverfahren BV4.1 weist für das dritte Quartal 2014 die Zunahme der realen Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit 0,6% deutlich stärker aus als das Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA (+0,2%). Das gleiche gilt für das Baugewerbe (BV4.1: 0,4%; Census X-12-ARIMA: 0,1%). Im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleister fallen die Ergebnisse der Saisonbereinigung für das vierte Quartal noch weiter auseinander: Nach Census X-12-ARIMA ergibt sich ein Rückgang von 0,1%, BV4.1 zeigt hingegen einen Rückgang von 1,0% an. Auch im Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ ist der Abstand bei den Ergebnissen mit BV4.1 (+0,3%) und Census X-12-ARIMA (+1,0%) erheblich.

[45] Die Prognose der Bruttowertschöpfung der Hauptwirtschaftsbereiche basiert auf zwei Ansätzen: In der sehr kurzen Frist, d. h. für zwei Quartale, kommen vor allem die Flash-Schätzungen mit kombinierten Einzelindikatorprognosen (Pooling) zum Einsatz. Für die anschließenden Quartale des ersten Prognosejahrs erfolgt die Schätzung durch eine Erweiterung des makroökonometrischen Deutschlandmodells des IWH. Zu den Pooling-Ansätzen vgl. *Drechsel, K.; Scheufele, R.:* Bottom-up or Direct? Forecasting German GDP in a Data-rich Environment, in: Swiss National Bank Working Paper, 16, 2012. Zur Schätzung der Produktion mit dem makroökonometrischen Deutschlandmodell des IWH: Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland; in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014, 31.

Tabelle 14:

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2014	Prognose 2014	Prognose 2015			
	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
	Ursprungswerte Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %					
Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,1	0,5	0,9	1,3	2,3
darunter:						
Bruttowertschöpfung	1,3	1,1	0,4	1,0	1,3	2,3
darunter:						
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,9	0,0	0,1	0,9	1,5	3,6
Verarbeitendes Gewerbe	2,0	0,5	0,1	1,0	1,6	4,1
Energie- und Wasserversorgung	−4,7	−3,3	−0,1	0,2	0,5	0,7
Baugewerbe	1,7	1,2	−2,7	1,4	1,9	4,1
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,0	2,5	1,5	1,8	2,3	3,1
Information und Kommunikation	1,9	2,4	2,5	3,2	3,5	4,1
Finanz- und Versicherungsdienstleister	−1,5	−1,9	−3,6	−1,9	−2,1	−1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,4	1,4	0,7	1,0	0,8	0,8
Unternehmensdienstleister	2,4	2,3	1,6	1,7	1,4	2,1
öffentliche Dienstleister	0,8	0,5	0,0	0,4	0,5	0,9
sonstige Dienstleister	0,6	1,4	1,1	1,5	0,9	1,4
	saison- und kalenderbereinigte Werte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %					
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,2	0,2	0,4	0,5	0,4
darunter:						
Bruttowertschöpfung	0,3	0,2	0,2	0,4	0,5	0,4
darunter:						
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,1	0,0	0,2	0,5	0,6	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	0,2	0,0	0,2	0,5	0,7	0,6
Energie- und Wasserversorgung	−0,2	0,0	0,1	0,2	0,1	0,0
Baugewerbe	0,1	0,3	0,3	0,5	0,7	0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,3	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Information und Kommunikation	0,7	0,7	0,8	0,9	1,0	0,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	−0,1	−0,8	−0,6	−0,4	−0,4	−0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	1,0	0,1	0,2	0,3	0,7	0,5
öffentliche Dienstleister	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
sonstige Dienstleister	1,0	0,0	0,1	0,3	0,4	0,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2014: Prognose des IWH.

guten Beschäftigungs- und Einkommensaussichten profitieren. Der Dienstleistungssektor dürfte im Verlauf des Jahres 2015 infolge der günstigen binnenwirtschaftlichen Entwicklung wieder kräftiger expandieren. Insgesamt dürfte die Produktion im Jahr 2015 um 1,3% steigen.

Öffentliche Finanzen: Trotz schwächerer Konjunktur weiterhin Haushaltsüberschüsse

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich in den vergangenen Jahren rapide verbessert. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit lag im Jahr 2010 noch bei 105 Mrd. Euro; dies entsprach 4,1% in Relation

zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2012 wurde bereits ein leichter Haushaltsüberschuss erzielt. Während sich die Finanzlage des Staates im Jahr 2013 kaum veränderte, wird sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2014 weiter verbessern. Dies geht auf eine spürbare Ausweitung der Einnahmen zurück. Aufgrund eines deutlichen Anstiegs der Bruttolöhne und -gehälter werden die Steuereinnahmen, insbesondere aus der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz, kräftig zulegen. Deutlich stärker als im Vorjahr expandieren auch die Sozialbeiträge, deren Zuwachs im Jahr 2013 durch die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung gedämpft wurde. Die Vermögenseinkommen des Staates legen ebenfalls deutlich zu. Zwar wirkt hier das weitere Abschmelzen der Bad-Bank-Portfolios weiterhin dämpfend. Im Jahr 2014 wird diese Grundtendenz aber durch die Abführung des höheren Bundesbankgewinns aus dem Jahr 2013 überkompensiert.[46]

Im Jahr 2015 werden die Einnahmen des Staates etwas schwächer zulegen als im Vorjahr. Allerdings werden die Steuereinnahmen etwas stärker expandieren. Zwar dämpft die in den zurückliegenden Jahren schwache Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen das Aufkommen aus gewinnabhängigen Steuern. Dem stehen aber steigende Mehreinnahmen aufgrund einer stärker anziehenden Konsumnachfrage und unverändert kräftig expandierender Bruttolöhne und -gehälter gegenüber.[47] Im Jahr 2016 dürften die Steuereinnahmen mit einer ähnlichen Rate zulegen. Zwar entwickeln sich die Bruttolöhne und -gehälter dann etwas schwächer als im Jahr zuvor.[48] Dagegen werden die gewinnabhängigen Steuern aufgrund im Prognosezeitraum wieder stärker expandierender Unternehmens- und Vermögenseinkommen kräftiger zulegen. Auch die Steuern vom Umsatz dürften vor dem Hintergrund spürbar ausgeweiteter privater Konsumausgaben im Jahr 2016 stärker zunehmen. Die Sozialbeiträge steigen im Jahr 2015 ähnlich stark wie im Vorjahr. Zwar wird zum 1. Januar 2015 der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte gesenkt, und eine Vielzahl von Krankenkassen wird den kassenindviduell zu erhebenen Zusatzbeitrag auf unter 0,9% senken; dem steht jedoch eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte gegenüber. Im Jahr 2016 dürfte eine Reihe gesetzlicher Krankenkassen gezwungen sein, den Zusatzbeitrag anzuheben, woraus sich spürbare Mehreinnahmen bei den Sozialversicherungen ergeben. Die Vermögenseinkommen des Staates werden sich in den Jahren 2015 und 2016 mit dem weiteren Abschmelzen der Bad-Bank-Portfolios rückläufig entwickeln. Im Jahr 2015 wird zudem ein geringerer abgeführter Bundesbankgewinn den Rückgang der Vermögenseinkommen des Staates verstärken. Die Verkäufe des Staates werden im Prognosezeitraum, insbesondere im Jahr 2015, etwas verhaltener zulegen. Zwar planen viele Kommunen Gebührenerhöhungen; dem stehen jedoch einnahmemindernde Maßnahmen wie die Senkung der Lkw-Maut zum 1. Januar 2015 oder die Abschaffung der Studiengebühren in Niedersachsen zum Wintersemester 2014/ 2015 gegenüber. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates, nach einem Zuwachs von 3,4% im Jahr 2014, im Jahr 2015 um 3,1% und im Jahr 2016 um 3,6% zunehmen.

Die öffentlichen Ausgaben expandieren im Jahr 2014 kaum stärker als im Vorjahr. Aufgrund spürbarer Lohnerhöhungen bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes steigen die Arbeitsentgelte recht deutlich. Die öffentlichen Investitionen werden, auch infolge der Beseitigung der Flutschäden und der Umsetzung prioritärer Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, stärker ausgeweitet als in den vergangenen Jahren. Dagegen entwickeln sich die Zinsausgaben infolge weiter verbesserter Refinanzierungskonditionen des Staates, einer Verringerung des gesamtstaatlichen Schuldenstands und des weiteren Abbaus der Verbindlichkeiten der Bad Banks weiter rückläufig. Im

[46] Im Jahr 2013 hatte die Bundesbank einen Gewinn in Höhe von 0,6 Mrd. Euro an den Bund abgeführt; im Jahr 2014 belief er sich auf 4,6 Mrd. Euro.

[47] Hierbei ist allerdings zu bedenken, dass der Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2015 durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns getrieben wird, dass aber das Einkommen eines Großteils der dadurch begünstigten Personen unterhalb des Grundfreibetrags liegt.

[48] Gleichwohl dürfte sich das Lohnsteueraufkommen ähnlich entwickeln wie im Jahr 2015, in dem der kräftige Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter wesentlich durch Lohnerhöhungen bei niedrigen Einkommen infolge der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns bedingt ist, die das Lohnsteueraufkommen aber nur unwesentlich tangieren dürften.

Prognosezeitraum werden die öffentlichen Ausgaben jedoch stärker expandieren. So werden die sozialen Sachleistungen mit der Ausweitung von Pflegeleistungen im Rahmen des ersten Pflegestärkungsgesetzes im Jahr 2015 erneut kräftig zulegen. Im darauffolgenden Jahr dürfte sich der Zuwachs etwas verlangsamen. Die Arbeitnehmerentgelte nehmen im Prognosezeitraum in geringerem Maße zu als im Jahr 2014. So fallen die bereits beschlossenen Entgelterhöhungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen für das Jahr 2015 geringer aus, und die noch ausstehenden Abschlüsse für die Beschäftigten der Länder dürften sich daran orientieren. Mit der insgesamt nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Lohndynamik und einem voranschreitenden Stellenabbau im öffentlichen Dienst dürfte sich die Dynamik bei den vom Staat geleisteten Arbeitnehmerentgelten im Jahr 2016 nochmals leicht verringern.

Die Zinsausgaben des Staates werden sich auch im Prognosezeitraum weiter verringern. Hierzu tragen weiterhin der fortschreitende Abbau der Verbindlichkeiten der Bad Banks und die weitere Rückführung des gesamtstaatlichen Schuldenstands bei. Die Refinanzierungskonditionen des Staates verbessern sich allerdings kaum mehr, sodass die Entlastung der öffentlichen Haushalte durch rückläufige Zinszahlungen im Verlauf des Prognosezeitraums immer geringer wird. Die monetären Sozialleistungen werden im Jahr 2015 spürbar ausgeweitet, obwohl Transferleistungen an Aufstocker nach Einführung des Mindestlohns geringer ausfallen werden. Hierzu tragen die Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung bei, die dann erstmals ganzjährig wirken. Auch die im Jahr 2015 leicht zunehmende Zahl der Arbeitslosen fördert den beschleunigten Anstieg der monetären Sozialleistungen. Im Jahr 2016 verlangsamt sich ihr Anstieg wieder. Zwar wird die Rentenanpassung, insbesondere aufgrund der für das Jahr 2015 zu erwartenden hohen Lohndynamik, deutlich höher ausfallen als im Vorjahr.[49] Jedoch wirkt das Rentenpaket im Jahr 2016 kaum mehr ausgabensteigernd. Zudem dürfte die Zahl der Arbeitslosen dann wieder leicht sinken. Die Investitionen des Staates werden im Prognosezeitraum spürbar ausgeweitet. Im Jahr 2015 werden nochmals Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden umgesetzt. Zudem werden zunehmend die im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen realisiert. Im Jahr 2016 dürften zusätzliche Investitionen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und zur Gebäudesanierung anlaufen, die die öffentlichen Investitionen weiter erhöhen.

Im Jahr 2015 wird sich die Finanzlage des Staates insbesondere aufgrund der Mehrausgaben der Sozialversicherungen etwas verschlechtern. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt beläuft sich der Finanzierungssaldo im Jahr 2015 wohl auf 0,2%, nach 0,4% im Vorjahr. Im Jahr 2016 dürfte mit der wieder anziehenden Konjunktur ein Haushaltsüberschuss in Höhe von ungefähr 14 Mrd. Euro, entsprechend 0,5% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, erzielt werden. Strukturell dürfte sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte im Jahr 2015 verschlechtern und im Jahr 2016 nur geringfügig verbessern.

[49] Im Jahr 2015 wird die Rentenanpassung durch Änderungen in der Beschäftigtenstatistik gedämpft. So wird die Statistik um Beschäftigte in Werkstätten für Behinderte, in Jugendhilfe und bei Berufsbildungswerken sowie um Personen, die Bundesfreiwilligendienst oder ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten, erweitert, wodurch sich die Beschäftigung im Niedriglohnbereich erhöht und die Bruttolöhne und -gehälter verringern.

Hauptaggregate der Sektoren

in Mrd. Euro

			2013					2014					2015					2016				
			Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	2525,6	1693,9	278,6	553,1	-	2614,9	1757,3	286,7	570,9	-	2701,3	1821,8	294,4	585,1	-	2794,4	1886,8	301,6	606,0	-
2	–	Abschreibungen	502,1	290,1	63,7	148,3	-	512,7	294,0	65,7	153,0	-	524,5	298,0	68,0	158,4	-	537,1	302,4	70,4	164,3	-
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2023,5	1403,8	214,9	404,8	-163,3	2102,2	1463,2	221,0	418,0	-189,6	2176,8	1523,8	226,4	426,7	-204,8	2257,3	1584,4	231,2	441,6	-202,6
4	–	GeleisteteArbeitnehmerentgelte	1426,2	1011,7	217,6	197,0	11,5	1479,8	1050,7	224,1	205,0	12,2	1539,6	1095,6	230,1	213,8	12,4	1598,1	1140,0	235,6	222,5	12,6
5	–	GeleistetesonstigeProduktionsabgaben	18,5	10,4	0,1	8,1	-	18,4	10,1	0,1	8,2	-	19,0	10,5	0,1	8,5	-	19,7	10,8	0,1	8,8	-
6	+	EmpfangenesonstigeSubventionen	23,7	21,8	0,3	1,6	-	24,7	22,8	0,3	1,6	-	24,9	23,0	0,3	1,6	-	25,0	23,1	0,3	1,6	-
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	602,5	403,6	-2,4	201,3	-174,8	628,6	425,2	-2,9	206,3	-201,8	643,2	440,7	-3,5	206,0	-217,2	664,5	456,6	-4,1	212,0	-215,2
8	+	EmpfangeneArbeitnehmerentgelte	1428,3	-	-	1428,3	9,4	1482,2	-	-	1482,2	9,9	1541,9	-	-	1541,9	10,1	1600,4	-	-	1600,4	10,3
9	–	GeleisteteSubventionen	24,7	-	24,7	-	5,5	26,2	-	26,2	-	5,3	26,4	-	26,4	-	5,4	26,6	-	26,6	-	5,4
10	+	EmpfangeneProduktions-undImportabgaben	304,5	-	304,5	-	4,3	311,7	-	311,7	-	4,4	319,4	-	319,4	-	4,7	327,4	-	327,4	-	4,8
11	–	GeleisteteVermögenseinkommen	782,2	687,7	56,3	38,1	189,0	785,2	697,3	51,6	36,3	187,2	803,0	716,6	50,2	36,2	185,9	830,3	743,0	50,0	37,3	184,5
12	+	EmpfangeneVermögenseinkommen	851,4	409,8	21,3	420,2	119,8	850,6	414,1	23,9	412,5	121,8	870,9	436,1	22,9	411,9	118,1	900,5	453,7	22,8	424,0	114,3
13	=	Primäreinkommen(Nettonationaleinkommen)	2379,8	125,7	242,4	2011,7	-235,6	2461,7	142,1	254,9	2064,7	-258,2	2545,9	160,2	262,2	2123,5	-275,7	2636,0	167,3	269,5	2199,2	-275,8
14	–	GeleisteteEinkommen-undVermögensteuern	326,7	70,2	-	256,5	6,9	338,3	69,9	-	268,5	8,8	352,1	71,5	-	280,6	9,7	366,5	73,3	-	293,3	10,6
15	+	EmpfangeneEinkommen-undVermögensteuern	333,3	-	333,3	-	0,3	346,8	-	346,8	-	0,3	361,4	-	361,4	-	0,3	376,8	-	376,8	-	0,3
16	–	GeleisteteNettosozialbeiträge[2]	580,4	-	-	580,4	3,1	599,2	-	-	599,2	3,2	620,0	-	-	620,0	3,2	645,7	-	-	645,7	3,2
17	+	EmpfangeneNettosozialbeiträge[2]	581,3	115,2	465,4	0,7	2,3	600,1	118,3	481,0	0,7	2,3	620,9	122,8	497,4	0,7	2,3	646,6	127,1	518,8	0,7	2,3
18	–	GeleistetemonetäreSozialleistungen	498,2	57,5	439,9	0,7	0,4	509,4	57,8	450,8	0,7	0,4	528,9	57,8	470,3	0,7	0,4	542,1	57,8	483,6	0,7	0,4
19	+	EmpfangenemonetäreSozialleistungen	492,1	-	-	492,1	6,6	503,1	-	-	503,1	6,7	522,6	-	-	522,6	6,7	535,7	-	-	535,7	6,8
20	–	GeleistetesonstigelaufendeTransfers	280,1	146,7	62,0	71,3	42,1	289,6	154,4	64,4	70,8	42,1	290,1	151,5	65,9	72,8	40,0	288,9	150,8	66,1	72,0	39,4
21	+	EmpfangenesonstigelaufendeTransfers	237,2	133,0	18,4	85,7	84,9	241,0	134,4	17,8	88,9	90,7	239,3	132,0	17,9	89,4	90,8	236,8	130,5	18,2	88,1	91,6
22	=	VerfügbaresEinkommen(Ausgabenkonzept)	2338,2	99,4	557,5	1681,3	-194,1	2416,2	112,6	585,3	1718,2	-212,7	2499,0	134,1	602,8	1762,1	-228,8	2588,6	143,0	633,6	1812,1	-228,4
23	–	Konsumausgaben	2112,7	-	541,2	1571,5	-	2167,5	-	563,3	1604,2	-	2229,6	-	586,2	1643,3	-	2296,5	-	607,9	1688,6	-
24	+	ZunahmebetrieblicherVersorgungsansprüche	-	-47,2	-	47,2	-	-	-48,2	-	48,2	-	-	-49,2	-	49,2	-	-	-49,7	-	49,7	-
25	=	Sparen	225,5	52,2	16,3	157,0	-194,1	248,7	64,4	22,0	162,2	-212,7	269,4	84,9	16,5	168,0	-228,8	292,1	93,3	25,7	173,2	-228,4
26	–	GeleisteteVermögenstransfers	33,8	2,7	24,8	6,3	4,0	30,7	2,5	21,3	6,9	4,1	30,2	2,4	21,2	6,6	3,6	30,4	2,2	21,6	6,5	3,6
27	+	EmpfangeneVermögenstransfers	33,6	15,3	10,4	7,9	4,2	31,2	13,6	10,4	7,2	3,7	30,6	13,5	10,0	7,0	3,1	30,8	13,9	10,0	6,9	3,1
28	–	Bruttoinvestitionen	533,5	300,1	62,8	170,7	-	548,6	305,0	65,4	178,2	-	565,1	314,0	68,5	182,6	-	600,8	339,3	71,8	189,6	-
29	+	Abschreibungen	502,1	290,1	63,7	148,3	-	512,7	294,0	65,7	153,0	-	524,5	298,0	68,0	158,4	-	537,1	302,4	70,4	164,3	-
30	–	NettozugangannichtproduziertenVermögensgütern	-2,3	-1,9	-1,4	0,9	2,3	-2,4	-2,0	-1,3	0,9	2,4	-2,5	-2,1	-1,3	0,9	2,5	-2,7	-2,3	-1,3	0,9	2,7
31	=	Finanzierungssaldo	196,1	56,8	4,2	135,2	-196,1	215,6	66,5	12,8	136,4	-215,6	231,7	82,2	6,2	143,3	-231,7	231,5	70,3	14,0	147,3	-231,5
		nachrichtlich:						-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
32		VerfügbaresEinkommen(Ausgabenkonzept)	2338,2	99,4	557,5	1681,3	-194,1	2416,2	112,6	585,3	1718,2	-212,7	2499,0	134,1	602,8	1762,1	-228,8	2588,6	143,0	633,6	1812,1	-228,4
33	–	GeleistetesozialeSachtransfers	347,5	-	347,5	-	-	383,9	-	383,9	-	-	355,9	-	355,9	-	-	388,8	-	388,8	-	-
34	+	EmpfangenesozialeSachtransfers	347,5	-	-	347,5	-	383,9	-	-	383,9	-	355,9	-	-	355,9	-	388,8	-	-	388,8	-
35	=	VerfügbaresEinkommen(Verbrauchskonzept)	2338,2	99,4	210,0	2028,8	-194,1	2416,2	112,6	201,5	2102,1	-212,7	2499,0	134,1	246,9	2118,0	-228,8	2588,6	143,0	244,8	2200,9	-228,4
36	–	Konsum[3]	2112,7	-	193,7	1919,0	-	2167,5	-	179,4	1988,1	-	2229,6	-	230,3	1999,3	-	2296,5	-	219,1	2077,4	-
37	+	ZunahmebetrieblicherVersorgungsansprüche	-	-47,2	-	47,2	-	-	-48,2	-	48,2	-	-	-49,2	-	49,2	-	-	-49,7	-	49,7	-
38	=	Sparen	225,5	52,2	16,3	157,0	-194,1	248,7	64,4	22,0	162,2	-212,7	269,4	84,9	16,5	168,0	-228,8	292,1	93,3	25,7	173,2	-228,4

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt. – [2] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachtransfers).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2013, 2014, 201 5und 2016: Prognose des IWH.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014, 2015 und 2016

	2013	2014	2015	2016	2014		2015	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,6	0,9	0,4	0,4	0,8	0,9	0,5	0,3
Arbeitsvolumen	- 0,3	1,5	0,2	0,3	1,6	1,4	0,1	0,3
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	- 0,9	0,6	- 0,2	- 0,2	0,8	0,5	- 0,4	0,1
Produktivität[1]	0,4	- 0,1	1,1	1,4	0,2	- 0,3	0,6	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,1	1,5	1,3	1,6	1,8	1,1	0,7	1,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) in Mrd. Euro								
Konsumausgaben	2 112,7	2 167,5	2 229,6	2 296,5	1 054,9	1 112,6	1 084,6	1 145,0
Private Haushalte[2]	1 571,5	1 604,2	1 643,3	1 688,6	782,2	822,0	800,1	843,2
Staat	541,2	563,3	586,2	607,9	272,8	290,6	284,5	301,8
Anlageinvestitionen	555,8	577,8	596,9	627,8	279,1	298,7	282,1	314,9
Ausrüstungen	177,9	183,1	188,4	201,7	88,2	94,9	87,8	100,6
Bauten	279,2	292,7	302,7	315,5	141,3	151,4	143,0	159,7
Sonstige Anlageinvestitionen	98,8	102,1	105,8	110,6	49,6	52,5	51,2	54,5
Vorratsveränderung[3]	- 22,3	- 29,2	- 31,8	- 27,1	- 0,7	- 28,5	- 5,4	- 26,4
Inländische Verwendung	2 646,2	2 716,1	2 794,7	2 897,2	1 333,4	1 382,8	1 361,3	1 433,4
Außenbeitrag	163,3	189,6	204,8	202,6	95,4	94,2	107,1	97,6
Exporte	1 280,1	1 327,0	1 391,6	1 457,3	650,6	676,4	681,7	709,9
Importe	1 116,9	1 137,4	1 186,8	1 254,7	555,2	582,2	574,5	612,3
Bruttoinlandsprodukt	2 809,5	2 905,8	2 999,5	3 099,9	1 428,8	1 477,0	1 468,4	1 531,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,5	2,6	2,9	3,0	2,5	2,7	2,8	2,9
Private Haushalte[2]	2,1	2,1	2,4	2,8	2,0	2,2	2,3	2,6
Staat	3,8	4,1	4,1	3,7	3,9	4,3	4,3	3,9
Anlageinvestitionen	0,8	4,0	3,3	5,2	6,1	2,0	1,0	5,4
Ausrüstungen	- 2,1	3,0	2,9	7,1	5,0	1,1	- 0,5	6,0
Bauten	1,9	4,8	3,4	4,2	7,8	2,2	1,2	5,5
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,3	3,6	4,6	3,2	3,4	3,3	3,9
Inländische Verwendung	2,2	2,6	2,9	3,7	3,3	2,0	2,1	3,7
Exporte	1,4	3,7	4,9	4,7	2,9	4,4	4,8	5,0
Importe	1,4	1,8	4,3	5,7	1,6	2,1	3,5	5,2
Bruttoinlandsprodukt	2,2	3,4	3,2	3,3	3,8	3,1	2,8	3,7
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	5,8	6,5	6,8	6,5	6,7	6,4	7,3	6,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)								
a) in Mrd. Euro								
Konsumausgaben	2 007,7	2 027,9	2 053,9	2 082,3	993,8	1 034,2	1 006,0	1 047,9
Private Haushalte[2]	1 500,7	1 515,1	1 534,6	1 558,4	740,5	774,6	748,6	786,0
Staat	507,0	512,8	519,3	523,9	253,2	259,6	257,2	262,0
Anlageinvestitionen	527,5	542,5	552,9	573,7	262,3	280,2	261,5	291,3
Ausrüstungen	175,3	180,7	185,4	197,4	86,6	94,1	86,0	99,4
Bauten	258,4	266,9	271,1	278,0	129,3	137,6	128,5	142,6
Sonstige Anlageinvestitionen	93,6	94,7	96,3	98,7	46,2	48,5	46,8	49,5
Inländische Verwendung	2 509,5	2 538,9	2 572,8	2 624,3	1 255,2	1 283,7	1 261,7	1 311,0
Exporte	1 229,1	1 276,4	1 334,5	1 392,6	626,2	650,2	653,5	681,0
Importe	1 056,3	1 093,0	1 150,9	1 216,8	531,5	561,5	555,7	595,2
Bruttoinlandsprodukt	2 681,5	2 721,0	2 755,2	2 800,0	1 349,3	1 371,8	1 358,7	1 396,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	0,8	1,0	1,3	1,4	0,9	1,1	1,2	1,3
Private Haushalte[2]	0,8	1,0	1,3	1,6	0,9	1,1	1,1	1,5
Staat	0,7	1,1	1,3	0,9	0,9	1,4	1,6	0,9
Anlageinvestitionen	- 0,6	2,9	1,9	3,8	4,9	1,0	- 0,3	4,0
Ausrüstungen	- 2,4	3,1	2,6	6,5	5,1	1,4	- 0,7	5,6
Bauten	- 0,1	3,3	1,6	2,5	6,2	0,6	- 0,6	3,6
Sonstige Anlageinvestitionen	1,3	1,2	1,6	2,5	1,2	1,3	1,3	2,0
Inländische Verwendung	0,7	1,2	1,3	2,0	1,8	0,6	0,5	2,1
Exporte	1,6	3,8	4,6	4,4	3,3	4,3	4,4	4,7
Importe	3,1	3,5	5,3	5,7	3,5	3,5	4,6	6,0
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,3	1,6	1,8	1,1	0,7	1,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014, 2015 und 2016

	2013	2014	2015	2016	2014		2015	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Private Konsumausgaben[2]	1,2	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,1
Konsumausgaben des Staates	3,1	2,9	2,8	2,8	2,9	2,9	2,6	2,9
Anlageinvestitionen	1,4	1,1	1,4	1,4	1,1	1,1	1,3	1,4
Ausrüstungen	0,2	- 0,1	0,3	0,6	0,0	- 0,2	0,2	0,4
Bauten	2,0	1,5	1,8	1,6	1,5	1,5	1,9	1,8
Exporte	- 0,2	- 0,2	0,3	0,3	- 0,4	0,1	0,4	0,2
Importe	- 1,6	- 1,6	- 0,9	0,0	- 1,8	- 1,3	- 1,0	- 0,8
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,9	1,7	1,9	1,9	2,1	1,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung								
a) in Mrd. Euro								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 011,7	2 064,7	2 123,5	2 199,2	1 014,4	1 050,3	1 040,9	1 082,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	262,8	271,4	282,2	292,3	131,2	140,2	136,5	145,7
Bruttolöhne und -gehälter	1165,5	1 210,8	1 259,7	1 308,1	577,3	633,4	600,9	658,7
Übrige Primäreinkommen[4]	583,4	582,5	581,7	598,7	305,8	276,7	303,5	278,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	368,1	397,0	422,4	436,8	183,5	213,5	191,4	231,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 379,8	2 461,7	2 545,9	2 636,0	1 197,9	1 263,8	1 232,3	1 313,6
Abschreibungen	502,1	512,7	524,5	537,1	255,0	257,7	260,8	263,7
Bruttonationaleinkommen	2 881,9	2 974,4	3 070,4	3 173,1	1 452,9	1 521,5	1 493,1	1 577,3
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 099,9	2 176,2	2 252,9	2 335,1	1 055,3	1 120,9	1 086,2	1 166,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	671,6	694,0	711,0	734,7	346,7	347,3	348,8	362,2
Arbeitnehmerentgelt	1 428,3	1 482,2	1 541,9	1 600,4	708,6	773,6	737,4	804,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2,1	2,6	2,8	3,6	2,6	2,7	2,6	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,9	3,3	4,0	3,6	3,1	3,5	4,0	3,9
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,9	4,0	3,8	3,9	3,8	4,1	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,1	2,8	3,6	3,3	2,9	2,7	3,5	3,7
Übrige Primäreinkommen[4]	0,6	- 0,1	- 0,2	2,9	- 0,1	- 0,2	- 0,8	0,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,8	7,9	6,4	3,4	9,8	6,2	4,3	8,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,1	3,4	3,4	3,5	3,6	3,3	2,9	3,9
Abschreibungen	2,3	2,1	2,3	2,4	2,0	2,2	2,3	2,3
Bruttonationaleinkommen	2,1	3,2	3,2	3,3	3,3	3,1	2,8	3,7
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2,2	3,6	3,5	3,6	3,7	3,5	2,9	4,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,9	3,3	2,4	3,3	3,6	3,0	0,6	4,3
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,8	4,0	3,8	3,8	3,8	4,1	4,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]								
a) in Mrd. Euro								
Masseneinkommen	1 175,6	1 212,6	1 258,7	1 292,5	584,1	628,5	608,3	650,4
Nettolöhne und -gehälter	777,2	804,8	835,3	858,7	380,3	424,5	394,8	440,5
Monetäre Sozialleistungen	492,1	503,1	522,6	535,7	251,1	252,1	263,0	259,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	93,7	95,3	99,2	101,9	47,3	48,0	49,6	49,6
Übrige Primäreinkommen[4]	583,4	582,5	581,7	598,7	305,8	276,7	303,5	278,2
Sonstige Transfers (Saldo)[5]	- 77,7	- 77,0	- 78,2	- 79,2	- 38,2	- 38,8	- 39,0	- 39,2
Verfügbares Einkommen	1 681,3	1 718,2	1 762,1	1 812,1	851,8	866,4	872,7	889,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	47,2	48,2	49,2	49,7	23,8	24,4	24,3	24,9
Konsumausgaben	1 571,5	1 604,2	1 643,3	1 688,6	782,2	822,0	800,1	843,2
Sparen	157,0	162,2	168,0	173,2	93,4	68,8	96,9	71,1
Sparquote (%)[6]	9,1	9,2	9,3	9,3	10,7	7,7	10,8	7,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	2,6	3,2	3,8	2,7	3,0	3,3	4,1	3,5
Nettolöhne und -gehälter	2,8	3,5	3,8	2,8	3,7	3,4	3,8	3,8
Monetäre Sozialleistungen	2,4	2,3	3,9	2,5	1,4	3,1	4,8	3,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen,verbrauchsnahe Steuern	2,9	1,7	4,1	2,7	0,2	3,2	4,9	3,3
Übrige Primäreinkommen[4]	0,6	- 0,1	- 0,2	2,9	- 0,1	- 0,2	- 0,8	0,5
Verfügbares Einkommen	1,8	2,2	2,6	2,8	2,1	2,3	2,5	2,7
Konsumausgaben	2,1	2,1	2,4	2,8	2,0	2,2	2,3	2,6
Sparen	- 1,6	3,4	3,5	3,1	3,2	3,5	3,7	3,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014, 2015 und 2016

	2013	2014	2015	2016	2014		2015	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) in Mrd. Euro								
Einnahmen								
Steuern	637,9	658,5	680,9	704,2	330,7	327,8	341,2	339,7
Nettosozialbeiträge	465,4	481,0	497,4	518,8	233,7	247,4	241,5	255,9
Vermögenseinkommen	21,3	23,9	22,9	22,8	14,7	9,2	13,7	9,2
Sonstige Transfers	18,4	17,8	17,9	18,2	8,8	9,0	8,8	9,1
Vermögenstransfers	10,4	10,4	10,0	10,0	4,9	5,5	4,7	5,3
Verkäufe	95,8	99,6	102,5	106,1	46,7	52,9	48,0	54,5
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2
insgesamt	1 249,4	1 291,5	1 331,9	1 380,4	639,6	652,0	658,0	673,9
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	358,5	376,3	394,4	412,4	180,5	195,9	189,6	204,8
Arbeitnehmerentgelt	217,6	224,1	230,1	235,6	107,5	116,6	110,5	119,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	56,3	51,6	50,2	50,0	25,5	26,1	24,6	25,6
Subventionen	24,7	26,2	26,4	26,6	12,9	13,4	13,0	13,5
Monetäre Sozialleistungen	439,9	450,8	470,3	483,6	224,8	226,0	236,8	233,5
Sonstige laufende Transfers	62,0	64,4	65,9	66,1	35,1	29,3	35,8	30,1
Vermögenstransfers	24,8	21,3	21,2	21,6	8,5	12,8	8,2	13,0
Bruttoinvestitionen	62,*-	65,4	68,5	71,8	28,1	37,2	29,2	39,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7
insgesamt	1 245,3	1 278,8	1 325,8	1 366,4	622,3	656,5	647,2	678,6
Finanzierungssaldo	4,2	12,8	6,2	14,0	17,3	-4,6	10,9	- 4,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	2,9	3,2	3,4	3,4	3,4	3,1	3,2	3,6
Nettosozialbeiträge	2,4	3,4	3,4	4,3	3,4	3,3	3,4	3,5
Vermögenseinkommen	- 2,7	12,2	- 4,1	- 0,3	25,3	- 3,8	- 6,8	0,2
Sonstige Transfers	0,4	- 3,7	0,8	1,6	- 1,1	- 6,2	0,0	1,6
Vermögenstransfers	- 5,9	- 0,1	- 3,3	- 0,3	2,2	- 2,0	- 3,3	- 3,2
Verkäufe	4,1	4,0	2,9	3,5	4,5	3,6	2,8	2,9
Sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	2,6	3,4	3,1	3,6	3,8	2,9	2,9	3,4
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	4,7	5,0	4,8	4,6	4,7	5,3	5,1	4,5
Arbeitnehmerentgelt	2,3	3,0	2,7	2,4	3,1	3,0	2,8	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 10,8	- 8,4	- 2,7	- 0,3	- 12,3	- 4,3	- 3,3	- 2,2
Subventionen	1,4	6,2	0,7	0,6	7,0	5,5	0,8	0,6
Monetäre Sozialleistungen	2,4	2,5	4,3	2,8	1,4	3,5	5,3	3,3
Sonstige laufende Transfers	13,8	3,8	2,4	0,4	4,1	3,4	2,0	2,7
Vermögenstransfers	- 10,4	- 14,4	- 0,2	1,7	- 23,2	- 7,2	- 3,5	1,9
Bruttoinvestitionen	1,0	4,2	4,8	4,8	13,6	- 2,0	3,8	5,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	2,5	2,7	3,7	3,1	2,3	3,1	4,0	3,4
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	0,1	0,4	0,2	0,5	1,2	- 0,3	0,7	- 0,3

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – [2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – [4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – [5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – [6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – [7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – [8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2014: Prognose des IWH.

Die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2014 bis 2019

Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Oliver Holtemöller, Brigitte Loose, Götz Zeddies

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2014 um 1,5% steigen. Im Jahr 2015 wird es wohl um 1,3% zunehmen – etwa 0,2 Prozentpunkte davon sind auf den Ölpreisrückgang zurückzuführen. Nach einer Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2014 dürfte sich die Produktionslücke Ende des Jahres 2015 schließen. Im Jahr 2016 dürfte die Produktion um 1,6% steigen. Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,4% bis 1,6%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 2,1% und für das Jahr 2016 von 0,2% bis 3,4%. Die Beschäftigung nimmt mit der Expansion der Produktion im Prognosezeitraum zu. Der Zuwachs dürfte aber insgesamt deutlich geringer ausfallen als im Jahr 2014; mit der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns werden Arbeitsplätze abgebaut. Die Verbraucherpreise ziehen im Prognosezeitraum leicht an, auch getrieben durch das Überwälzen der höheren Mindestlohnkosten. Der Finanzierungssaldo des Staates dürfte in den Jahren 2014, 2015 und 2016 positiv ausfallen.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)
JEL-Klassifikation: C53, E17, E27, E37, E66, H68
Schlagwörter: wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Konjunktur, mittelfristige Projektion, Produktionspotenzial, Potenzialwachstum, öffentliche Finanzen, Finanzpolitik, Wirtschaftswachstum

Die Projektion der realwirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2017 bis 2019 wird in einem zweistufigen Vorgehen basierend auf der IWH-Kurzfristprognose für die Jahre 2014 bis 2016 ermittelt.[1] Zunächst wird das unbeobachtbare Produktionspotenzial mit der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Methode für den Zeitraum von 1970 bis 2022 geschätzt und als exogen unterstellt.[2] Anschließend wird mit Hilfe des makroökonometrischen Modells des IWH die wirtschaftliche Entwicklung im mittelfristigen Projektionszeitraum bis 2019 geschätzt. Dabei werden die folgenden Rahmenbedingungen und Annahmen für die weltwirtschaftliche Entwicklung unterstellt.

Rahmenbedingungen und Annahmen der Projektion

Es wird angenommen, dass sich die konjunkturelle Dynamik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nur unwesentlich gegenüber dem Jahr 2014 erhöht und die Produktionszuwächse in den Schwellenländern geringer ausfallen als im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Der durchschnittliche Zuwachs des Welthandels liegt nach gut 4,6% in den Jahren 2015 und 2016 mittelfristig bei etwa 4,5%.

Der Ölpreis (Sorte Brent) notiert zum Jahresende 2014 bei etwa 60 US-Dollar, für die Jahre 2015 und 2016 wird ein Ölpreis von 70 bzw. 73 US-Dollar unterstellt. Weiterhin wird angenommen, dass der Ölpreis in US-Dollar im Zeitraum von 2017 bis 2019 mit einer Jahresrate von 2% steigt (reale Konstanz der Ölpreise). Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt ab dem vierten Quartal 2014 im gesamten Projektionszeitraum 1,25 US-Dollar je Euro. Des Weiteren sinkt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei annahmegemäß unveränderten nominalen Wechselkursen leicht. Der Preis- und Lohnauftrieb im übrigen Euroraum dürfte im Projektionszeitraum gering aus-

[1] Vgl. „Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur kommt langsam wieder in Schwung“ ab Seite 5 in diesem Heft.

[2] Vgl. *Havik, K.; Mc Morrow, K.; Orlandi, F.; Planas, C.; Raciborski, R.; Röger, W.; Rossi, A.; Thum-Thysen, A.; Vandermeulen, V.*: The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. Economic Papers 535, November 2014 und *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Konjunktur stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken. Herbst 2014. Berlin 2014. Zur überarbeiteten Beschreibung zum Vorgehen der EU-Kommission bei der Potenzialberechnung vgl. *Planas, C.; Rossi, A.*: Program GAP Version 4.3. Technical Description and User-manual, November 2014.

fallen, da die Bewältigung der strukturellen Probleme auch mittelfristig andauern wird. So ist davon auszugehen, dass die wirtschaftliche Entwicklung im übrigen Euroraum schwach ausfallen und die dortige Arbeitslosenquote nur langsam niedriger werden dürfte. Daher ist bei langfristig konstant bleibenden Inflationserwartungen davon auszugehen, dass der Leitzins sich erst gegen Ende des Prognosezeitraums wieder dem langfristigen neutralen Niveau annähert. Die für Deutschland anhaltend expansiv wirkende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) dürfte auch weiterhin positive Effekte für die Inlandsnachfrage mit sich bringen.

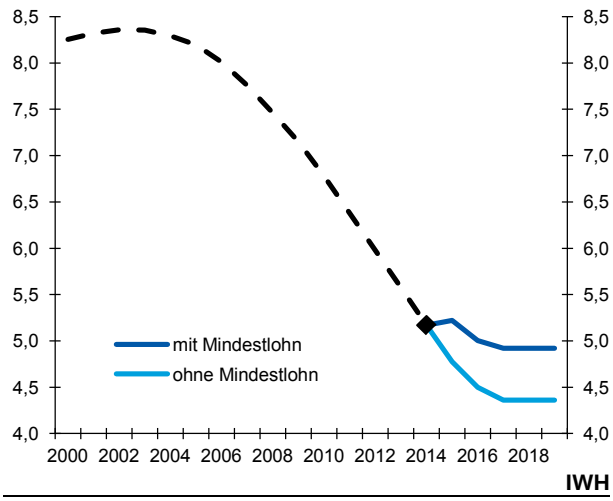
Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter umfasst die Gruppe der 15- bis 74-Jährigen. Für die Jahre 2011 bis 2013 werden die Bevölkerungszahlen nach Zensus 2011 verwendet. Für den Zeitraum von 1970 bis 2010 wurden die Daten mit Jahresveränderungsraten der bisherigen Bevölkerungsstatistik zurückgerechnet. Für die Bevölkerungsvorausberechnung wird die im Jahr 2009 veröffentlichte Variante 1-W1 verwendet.[3] Jedoch weicht diese Statistik erheblich vom tatsächlichen Wanderungssaldo der vergangenen Jahre ab; seit dem Jahr 2010 wurde der erwartete Saldenwert um 1,2 Millionen Personen übertroffen. Bedingt durch die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Januar 2014 für Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien kann auch für das Jahr 2014 mit einer erhöhten Zuwanderung gerechnet werden. Bereits für das erste Vierteljahr ergibt sich nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts eine Nettozuwanderung von 107 000 Personen.[4] Für die Projektion wird für die Jahre 2014, 2015 und 2016 eine Nettozuwanderung von 500 000, 480 000 sowie 460 000 Personen unterstellt. Danach nimmt der Wanderungssaldo linear bis zum Ende des Projektionszeitraums ab, sodass er im Jahr 2019 bei 100 000 Personen liegt.

Die Einführung eines Mindestlohns und die Ausweitung der öffentlichen Investitionen sowie der monetären Sozialleistungen werden in der Projektion berücksichtigt, soweit sich aus den Ankündigungen im Koalitionsvertrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt quantitative Impulse ableiten lassen. Um den Effekt der Einführung des Mindestlohns zu erfassen, wird für das Jahr 2015 eine um 200 000 Personen niedrigere Beschäftigung als ohne Mindestlohn unterstellt.[5] Für das Jahr 2016 und 2017 wird mit negativen Beschäftigungseffekten in Höhe von jeweils 50 000 Personen gerechnet. Die strukturelle Erwerbslosenquote dürfte im Jahr 2019 um etwa 0,6 Prozentpunkte höher liegen als ohne die Berücksichtigung des Mindestlohns (vgl. Abbildung 1). Da die Arbeitszeit bei den vom Mindestlohn besonders betroffenen atypisch Beschäftigten um ca. 40% unter der der übrigen Erwerbstätigen liegt,[6] dürfte sich die durchschnittliche Arbeitszeit leicht erhöhen.

Abbildung 1:

Strukturelle Erwerbslosenquote

in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Berechnungen, Projektion und Darstellung des IWH.

3 Vgl. *Statistisches Bundesamt:* Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2009.

4 Vgl. *Statistisches Bundesamt:* Statistische Wochenberichte 49. Kalenderwoche 2014.

5 Die Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr 2014 hat bereits gezeigt, dass die Berechnungsmethode der Europäischen Kommission zur strukturellen Arbeitslosigkeit und somit zur Bestimmung des Produktionspotenzials nur unzureichend die Mindestlohneffekte abbilden kann. Vgl. Kasten 5 in *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik, Frühjahr 2014, Halle (Saale).

6 Die Berechnungen zur Arbeitszeit basieren diesbezüglich auf Schätzungen der in Fußnote 5 angegebenen Gemeinschaftsdiagnose auf Grundlage von *Brücker, H.; Klinger, S.; Möller, J.; Walwei, U.* (Hrsg.), IAB: Handbuch Arbeitsmarkt 2013, 47 f.

Tabelle 1:

Das Produktionspotenzial und seine Determinanten

1995 bis 2019; [a] jahresdurchschnittliche Veränderung in %

	1995 bis 2013[b]		1995 bis 2013		2013 bis 2019	
Produktionspotenzial	1,3		1,3		1,2	
Kapitalstock	1,7	(0,6)	1,7	(0,6)	1,3	(0,4)
Solow-Residuum	0,7	(0,7)	0,7	(0,7)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,0	(0,0)	0,0	(0,0)	0,3	(0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		−0,2	
Partizipationsrate	0,4		0,4		0,4	
Erwerbsquote	0,2		0,1		0,1	
durchschnittliche Arbeitszeit	−0,6		−0,6		−0,1	
nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,3		1,3		0,9	

[a] Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung, in Klammern: Wachstumsbeiträge. – [b] Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Gemäß dem Vorgehen der Europäischen Kommission ergibt sich für den Zeitraum von 2014 bis 2019 ein durchschnittlicher Anstieg des Produktionspotenzials von 1,2% pro Jahr (vgl. Tabelle 1).[7] Das Trendwachstum des technologischen Fortschritts wird im Projektionszeitraum durchschnittlich 0,6% betragen. Der Kapitalstock dürfte im Projektionszeitraum um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden. Eine Zunahme in der Höhe von durchschnittlich 0,3% pro Jahr ist für das Arbeitsvolumen zu erwarten. Zwar dämpft die erhöhte Zuwanderung den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 74-Jährige) am aktuellen Rand etwas, jedoch dürfte dieser dennoch im gesamten Projektionszeitraum anhalten (−0,2%). Die Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte sich fortsetzen (−0,1%). Die Partizipationsrate und die Erwerbsquote werden im Projektionszeitraum um 0,4% bzw. um 0,1% leicht steigen, da der Anteil älterer Arbeitnehmer sowie der Anteil von Frauen weiter zunehmen wird.[8] Dabei ist bereits berücksichtigt, dass ab dem Jahr 2014 die Rente ab 63 den Anteil der Erwerbsbeteiligung der Älteren abschwächen wird.

Die geschätzte strukturelle Erwerbslosenquote liegt für das Jahr 2014 gegenwärtig bei 5,2% und dürfte weiter abnehmen. Zur Bestimmung des Produktionspotenzials wird das generelle Vorgehen der EU-Kommission verwendet. Jedoch kann mit der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Methode zur Berechnung der strukturellen Erwerbslosenquote (NAWRU) der Mindestlohneffekt – der in Deutschland zu einem Anstieg der strukturellen Erwerbslosenquote führen dürfte – nur unzureichend abgebildet werden. Daher wird im Kurzfristzeitraum eine entspre-

7 In ihrer Herbstprojektion 2014 hat die Europäische Kommission die Methodik zur Berechnung der strukturellen Erwerbslosenquote (NAWRU) für alle Länder überarbeitet. Während für die Berechnung der NAWRU in 21 von 28 EU-Mitgliedsländern nun das Konzept einer neuen keynesianischen Phillipskurve eingeführt wurde, wird u. a. für Deutschland weiterhin das Konzept der traditionellen Phillipskurve angewendet. Die Autoren zeigen, dass beide Ansätze für die NAWRU-Berechnung in Deutschland robuste Ergebnisse liefern.

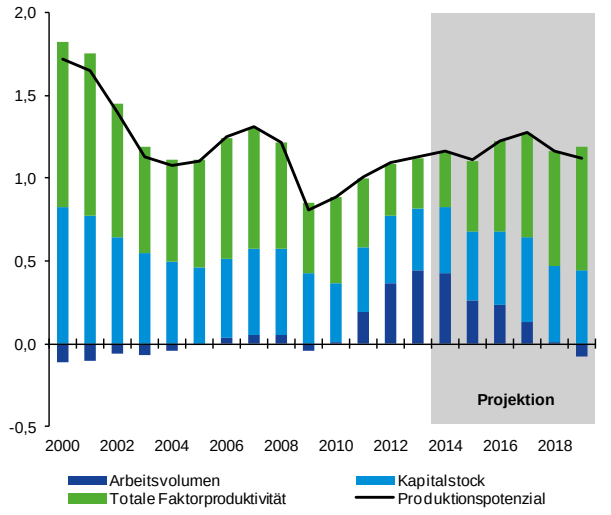
8 Vgl. für die Analysen in der kurzen Frist *Fuchs, J. et. al*., a. a. O., 7 f. und für die mittlere Frist *Ehing, D.; Moog, S.:* Erwerbspersonen- und Arbeitsvolumenprojektionen bis ins Jahr 2060, in: Journal for Labour Market Research, Vol. 46 (2), 2013,167-182. Die Partizipationsquote von Frauen stieg im Zeitraum von 1995 bis 2013 bereits von 53% auf etwa 64%. Besonders stark war der Anstieg in der Kohorte der 60- bis 64-jährigen Frauen von 10% auf 47%, vgl. *Eurostat Database:* http://ec.europa.eu/eurostat/data/database.

chende Korrektur bei der Berechnung der NAWRU vorgenommen. Für den Projektionszeitraum von 2017 bis 2019 wird – in Übereinstimmung mit der EU-Kommission – annähernd Konstanz unterstellt. Der Verlauf der Wachstumsbeiträge zeigt, dass sowohl der Anteil des technologischen Fortschritts als auch der Anteil des Kapitalstocks im Projektionszeitraum am Potenzialwachstum zunehmen dürfte, während der Anteil des Arbeitsvolumens leicht rückläufig ist (vgl. Abbildung 2). Die durchschnittliche Wachstumsrate des aktuell unterstellten Produktionspotenzials im Zeitraum von 2013 bis 2019 ist gegenüber der Herbstprojektion der Gemeinschaftsdiagnose etwas höher. Abweichungen ergeben sich insbesondere durch die höheren Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2014 und 2015 sowie die Erweiterung des kurzfristigen Schätzzeitraums bis zum Jahr 2016.

Abbildung 2:

Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren zum Produktionspotenzial

Prozent, Prozentpunkte



Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Berechnungen, Projektion und Darstellung des IWH.

Projektion der realwirtschaftlichen Entwicklung

Die Modellierung der Nachfrageseite erfolgt im makroökonometrischen Modell des IWH derart, dass der Produktionspotenzialpfad langfristig erreicht wird. Die Annäherung der tatsächlichen Produktion an das Produktionspotenzial geschieht im Modell in theoretisch fundierter Weise, wobei der Abbau von Unter- oder Überauslastungen der Kapazitäten nicht zwangsläufig innerhalb des mittelfristigen Projektionszeitraums erfolgen muss. Unter den genannten Rahmenbedingungen wird die deutsche Wirtschaft bis zum Ende des Projektionszeitraums um durchschnittlich 1¼% wachsen; das nominale Bruttoinlandsprodukt wird um durchschnittlich 3% zunehmen.

Zu Jahresbeginn 2016 dürften die Produktionskapazitäten überausgelastet sein, d. h., es wird eine leicht positive Produktionslücke entstehen. Die Produktionslücke dürfte ab 2017 wieder zurückgehen, wenn die expansive Wirkung der Geldpolitik nachlässt. Aufgrund der sich langsam erholenden Konjunktur im Euroraum sowie der Erholung der Weltwirtschaft dürften vom Außenhandel geringe Impulse ausgehen; die Inlandsnachfrage wird nach wie vor die konjunkturelle Entwicklung bestimmen (vgl. Tabelle 2). Die für Deutschland anhaltend expansiv wirkende einheitliche Geldpolitik der EZB dürfte vor allem den Konsum weiter stimulieren. Die Investitionen werden von den niedrigen Zinsen zwar auch angeregt, es bestehen aber nach wie vor eine Reihe von Investitionshemmnissen in Deutschland, sodass die Investitionen weiterhin nur gedämpft zunehmen werden.[9] Bedingt durch die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen dürfte der Anteil des Außenbeitrags am nominalen Bruttoinlandsprodukt von 2017 bis 2019 leicht zurückgehen. Der Preisauftrieb dürfte sich mittelfristig bedingt durch die Verringerung des Auslastungsgrads abschwächen. Es ist insgesamt mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts von 1¾% zu rechnen (vgl. Tabelle 3). Die Konsumentenpreise dürften um gut 1¼% zunehmen. Im Projektionszeitraum ist mit einem stabilen Arbeitsmarkt zu rechnen, wobei sich der Zuwachs der Erwerbstätigen allerdings abschwächt. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte ab dem Jahr 2016 kaum mehr zunehmen.

9 Vgl. „Zur Wirtschaftspolitik: Investitionen fördern – aber nicht allein mit mehr öffentlichen Mitteln!“ ab Seite 49 in diesem Heft.

Tabelle 2:

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands-produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außen-beitrag
		private Haushalte	Staat	insgesamt	Bruttoanlage-investitionen	Vorrats-veränderung	
	in Mrd. Euro						
2007	2 510,1	1 383,6	440,3	519,4	504,4	14,9	166,9
2013	2 809,5	1 571,5	541,2	533,5	555,8	−22,3	163,3
2019	3 352	1 831	658	661	670	−9	203
	Anteile am BIP in % [a]						
2007	100	55,1	17,5	20,7	20,1	0,6	6,6
2013	100	55,9	19,26	19,0	19,8	−0,8	5,8
2019	100	54½	19½	19¾	20	−¼	6
	Veränderung insgesamt in %						
2013/2007	11,9	13,6	22,9	2,7	10,2	-	-
2019/2013	19¼	16½	21½	23¾	20½	-	-
	jahresdurchschnittliche Veränderung in %						
2013/2007	1,9	2,1	3,5	0,4	1,6	-	-
2019/2013	3	2½	3¼	3½	3¼	-	-

[a] Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Tabelle 3:

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbs-tätige (Inland)	beschäftigte Arbeit-nehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbs-tätigen	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in je-weiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs-tätigen	je Erwerbs-tätigen-stunde		
	in Mio.	in Mio.	in Stunden	in Mrd. Euro	in Euro	in Euro	in Mrd. Euro	2010 = 100
2007	40 325	35 798	1 424	2 595,5	64 365,6	45,2	2 510,1	96,7
2013	42 281	37 824	1 363	2 681,6	63 423,0	46,5	2 809,5	104,8
2019	43 243	38 736	1 363	2 894	6 6921	49	3 352	116
	Veränderung insgesamt in %							
2013/2007	4,9	5,7	−4,3	3,3	−1,5	3,0	11,9	8,3
2019/2013	*2¼*	*2½*	*0*	*8*	*5½*	*5½*	*19¼*	*10½*
	jahresdurchschnittliche Veränderung in % [a]							
2013/2007	0,8	0,9	−0,74	0,5	−0,2	0,5	1,9	1,3
2019/2013	*½*	*½*	*0*	*1¼*	*1*	*1*	*3*	*1¾*

[a] Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Zur Wirtschaftspolitik: Investitionen fördern – aber nicht allein mit mehr öffentlichen Mitteln!

Oliver Holtemöller, Konstantin Kiesel, Axel Lindner, Andreas Schmalzbauer, Götz Zeddies

Seit Ausbruch der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise stellten sich der Wirtschaftspolitik in Deutschland vermeintlich ganz andere Aufgaben als auf europäischer Ebene. Es herrschte der Eindruck vor, dass Deutschland im Vergleich zu den Krisenländern strukturell gut aufgestellt sei. Der Rückgang der konjunkturellen Dynamik in Deutschland lenkt nunmehr die Aufmerksamkeit auch wieder verstärkt auf wirtschaftspolitische Herausforderungen im Inland. Seit dem vergangenen Frühjahr und wohl bis ins Jahr 2015 hinein dürfte die Produktion in Deutschland kaum mehr als stagnieren, und die Dynamik ist nicht mehr höher als im übrigen Euroraum. Wie dort, so leidet die Konjunktur auch hierzulande vor allem unter schwachen Investitionen. Dabei spielt eine Reihe von Problemen, die in vielen Euroraum-Partnerländern die Investitionstätigkeit belasten, in Deutschland kaum eine Rolle: Haushalte und Unternehmen werden hierzulande nicht von einer überhöhten Schuldenlast erdrückt, es gibt gesamtwirtschaftlich kein Überangebot an Wohnimmobilien, denn es hat hier im vergangenen Jahrzehnt keine Häuserblase gegeben, und der deutsche Bankensektor verknappt nicht das Kreditangebot, um seine Eigenkapitalbasis zu verbessern. Auch liegt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage jenseits der Investitionen nicht im Argen: Konsum und Exporte haben in diesem Jahr bisher nur wenig schwächer zugelegt als etwa im Frühjahr 2014 von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose erwartet – diese sah Deutschland noch im Aufschwung.

Die Gründe für die Schwäche der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit dürften also kaum konjunktureller Natur sein, sondern etwa in ungünstigen regulatorischen Rahmenbedingungen oder in pessimistischen Erwartungen zur Entwicklung des Arbeitsangebots liegen. Die Wirtschaftspolitik sollte daher darauf abzielen, die privatwirtschaftlichen Investitionsperspektiven in Deutschland sowie im übrigen Euroraum zu stärken. Staatliche Investitionsprogramme scheinen dazu wenig geeignet; sie sind mit bekannten Problemen wie Mitnahmeeffekten und häufig prozyklischer Wirkung verbunden. Vielmehr ist es erforderlich, die Rahmenbedingungen für private Investitionen und die Effizienz staatlicher Investitionen zu erhöhen. Dies gilt umso mehr, als die stimulierenden Möglichkeiten der Geldpolitik im Euroraum ausgeschöpft sind.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)
JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E60
Schlagwörter: Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Geldpolitik, Eurokrise, Griechenland

Europäische Wirtschaft durch Strukturprobleme geschwächt

Seit Ausbruch der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise stellten sich der Wirtschaftspolitik in Deutschland vermeintlich ganz andere Aufgaben als auf europäischer Ebene. Es herrschte der Eindruck vor, dass Deutschland im Vergleich zu den Krisenländern strukturell gut aufgestellt sei. Der Rückgang der konjunkturellen Dynamik in Deutschland lenkt nunmehr die Aufmerksamkeit auch wieder verstärkt auf die Wirtschaftspolitik im Inland.[1] Seit dem vergangenen Frühjahr und wohl bis ins Jahr 2015 hinein dürfte die Produktion in Deutschland kaum mehr als stagnieren, und die Dynamik ist nicht mehr

[1] Die Notwendigkeit struktureller Reformen in Deutschland wurde auch in *Holtemöller, O.; Altemeyer-Bartscher, M.; Knedlik, T.; Lindner, A.; Zeddies, G.:* Zur Wirtschaftspolitik: Strukturreformen auch in Deutschland erforderlich!, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014, 41-54, diskutiert.

höher als im übrigen Euroraum. Wie dort, so leidet die Konjunktur auch hierzulande vor allem unter schwachen Investitionen.[2] Dabei spielt eine Reihe von Problemen, die in vielen Euroraum-Partnerländern die Investitionstätigkeit belasten, in Deutschland kaum eine Rolle: Haushalte und Unternehmen werden hierzulande nicht von einer überhöhten Schuldenlast erdrückt, es gibt gesamtwirtschaftlich kein Überangebot an Wohnimmobilien, denn es hat hier im vergangenen Jahrzehnt keine Hauspreisblase gegeben, und der deutsche Bankensektor verknappt nicht das Kreditangebot, um seine Eigenkapitalbasis zu verbessern. Auch liegt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage jenseits der Investitionen nicht im Argen: Konsum und Exporte haben in diesem Jahr bisher nur wenig schwächer zugelegt als etwa im Frühjahr 2014 von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose erwartet – diese sah Deutschland noch im Aufschwung.[3]

Die Gründe für die Schwäche der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit dürften kaum konjunktureller Natur sein, sondern etwa in ungünstigen regulatorischen Rahmenbedingungen oder in pessimistischen Erwartungen zur Entwicklung des Arbeitsangebots liegen. Die Wirtschaftspolitik sollte daher darauf abzielen, die Investitionsperspektiven in Deutschland sowie im übrigen Euroraum zu stärken. Staatliche Investitionsprogramme scheinen dazu wenig geeignet; sie sind mit bekannten Problemen wie Mitnahmeeffekten und häufig prozyklischer Wirkung verbunden. Vielmehr ist es erforderlich, die Rahmenbedingungen für private Investitionen und die Effizienz staatlicher Investitionen zu erhöhen. Dies gilt umso mehr, als die stimulierenden Möglichkeiten der Geldpolitik im Euroraum ausgeschöpft sind.

Zur Finanzpolitik

Vor dem Hintergrund der zuletzt schwächeren konjunkturellen Entwicklung gibt es in Deutschland Überlegungen, öffentliche Investitionen auszuweiten, um damit der schwachen wirtschaftlichen Dynamik entgegenzuwirken.[4] Bereits seit längerem bestehen Forderungen nach einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Verkehrsinfrastruktur.[5] Nun ist die Finanzlage des Staates zwar anders als in den meisten anderen Ländern des Euroraums hierzulande derzeit vergleichsweise entspannt. Gleichwohl ist mit Blick auf zukünftige Mehrausgaben zu bedenken, dass die momentan gute Finanzlage des deutschen Staates durch eine Reihe von Sonderfaktoren begünstigt ist, die nicht dauerhaft Bestand haben dürften.[6] Somit sind die Spielräume für staatliche Mehrausgaben begrenzt. Zwar finanzieren sich öffentliche Investitionen zumindest teilweise selbst. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die investiven Mehrausgaben tatsächlich das Produktionspotenzial erhöhen, also in effiziente Verwendungen fließen.

---

2 Die Ausrüstungsinvestitionen liegen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt unterhalb des Niveaus der Rezessionen Mitte der 1990er Jahre und der 2000er Jahre; seit dem Jahr 2012 sinkt der Anteil trendmäßig sogar weiter. Zwar ist die Investitionsquote allein kein allzu aussagefähiger Maßstab für die Frage, ob es eine Investitionsschwäche in Deutschland gibt (vgl. *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung:* Mehr Vertrauen in Marktprozesse, Jahresgutachten 2014/2015, Wiesbaden 2014), aber gemeinsam mit dem trendmäßig steigenden Leistungsbilanzsaldo (vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Wirtschaft stagniert – jetzt Wachstumskräfte stärken – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014, Berlin 2014) und negativen öffentlichen Nettoinvestitionen (vgl. *Lindner, A.; Loose, B.:* Erweiterung des Investitionskonzepts in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 94 (11), 2014, 836-838) deutet die sinkende Investitionsquote auf sich verschlechternde wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland hin.

3 Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014. Halle (Saale) 2014.

4 So plant die Bundesregierung für die Jahre 2016 bis 2018 über die bisherigen Planungen hinausgehende Mittel in Höhe von zehn Mrd. Euro für öffentliche Investitionen bereitzustellen.

5 Vgl. z. B. *Kunert, U.; Link, H.:* Verkehrsinfrastruktur: Substanzerhaltung erfordert deutlich höhere Investitionen, DIW-Wochenbericht 26/2013, 32-38.

6 Vgl. hierzu etwa *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014, a. a. O. Hinzu kommt, dass sich durch den demographischen Wandel in Zukunft ein wachsendes Missverhältnis zwischen der Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben ergibt, welches die implizite Staatsverschuldung in die Höhe treibt. Vgl. *Raffelhüschen, B.; Moog, S.:* Alte Gewinner und junge Verlierer – Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2014. Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 127, Oktober 2014.

Zusätzliche öffentliche Investitionen zur Konjunkturstabilisierung in Deutschland nicht sinnvoll

Die Bundesregierung hat, über die bereits im Koalitionsvertrag veranschlagten Mehrausgaben für öffentliche Investitionen hinaus, für die Jahre 2016 bis 2018 zusätzliche Investitionen in einem Volumen von zehn Mrd. Euro in Aussicht gestellt. Da die jüngste konjunkturelle Abschwächung auch auf rückläufige öffentliche Investitionen zurückging, erscheint eine Stützung der Investitionstätigkeit zur konjunkturellen Stabilisierung durchaus zielgerichtet. Allerdings ist fraglich, ob aufgrund der oft relativ langen Zeiträume von der Ankündigung über den Beschluss, die Planung, die Ausschreibung bis hin zur Umsetzung zusätzliche öffentliche Investitionen rechtzeitig realisiert werden können. Bei konjunkturell motivierten zusätzlichen Investitionsausgaben besteht stets die Gefahr einer prozyklischen Wirkung. Die gegenwärtig negative Produktionslücke in Deutschland dürfte im Jahr 2016, wenn das Investitionspaket starten soll, bereits geschlossen sein.[7] Gleichwohl können staatliche Investitionen das Produktionspotenzial und den langfristigen Wachstumspfad einer Volkswirtschaft erhöhen. In der Wirtschaftspolitik standen jüngst jedoch vor allem wachstumshemmende konsumtive Staatsausgaben im Vordergrund.[8] Eine Umschichtung der öffentlichen Ausgaben hin zu investiven Verwendungen mit dem Ziel, das Produktionspotenzial zu steigern, wäre deshalb grundsätzlich positiv zu bewerten.

Wurden in Deutschland Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur tatsächlich vernachlässigt?

Während in Deutschland zwischen den Jahren 2004 und 2012 die staatlichen Investitionen in Schulen, Hochschulen und den vorschulischen Bereich um fast 19% zulegten, gingen die gesamtstaatlichen Straßenbauinvestitionen in diesem Zeitraum um 1,3% zurück.[9] Dies könnte auf den ersten Blick vermuten lassen, dass vor allem die öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in den zurückliegenden Jahren vernachlässigt wurden. Inwieweit in Deutschland tatsächlich Nachholbedarf bei Verkehrsinfrastrukturinvestitionen besteht, ist allerdings schwer zu beantworten.

Verschiedene international vergleichende Studien kommen zu dem Ergebnis, dass sich in Deutschland vor allem aufgrund seit gut einem Jahrzehnt negativer öffentlicher Nettoinvestitionen eine erhebliche Investitionslücke aufgetan hat, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur.[10] Mit Blick auf Niveau und Entwicklung der öffentlichen Investitionen insgesamt ist zu konstatieren, dass internationale Vergleiche als äußerst problematisch anzusehen sind, etwa aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen und Aufgabenteilungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor, unterschiedlich voranschreitender Privatisierung staatlicher Betriebe, divergierender Entwicklungsniveaus der Länder etc.[11] Hinzu kommt, dass die öffentlichen Nettoinvestitionen in Deutschland seit 2003 zwar negativ, in den 1990er Jahren im Zuge des deutschen Vereinigungbooms jedoch stark positiv waren und die negativen Nettoinvestitionen der vergangenen

---

7 Zur Schätzung der Produktionslücke vgl. „Die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2014 bis 2019“ ab Seite 44 in diesem Heft.

8 So führt allein das Rentenpaket in der Zeit von 2014 bis 2017 zu Mehrausgaben von mindestens 32 Mrd. Euro. Demgegenüber belaufen sich die im Koalitionsvertrag unter den prioritären Maßnahmen veranschlagten *zusätzlich* bereitgestellten Mittel für öffentliche Investitionen in diesem Zeitraum auf unter sechs Mrd. Euro. Bei den übrigen prioritären Maßnahmen handelt es sich lediglich um Entlastungen von Ländern und Gemeinden durch den Bund. Inwieweit erstere die dadurch freiwerdenden Mittel tatsächlich für angestrebte Investitionen im Bildungsbereich nutzen, ist ungewiss.

9 Zusätzlich zu berücksichtigen sind die Ausgaben des Staates für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, welche zwischen 2004 und 2012 um mehr als 18% zunahmen. Allerdings liegen hierzu für den Gesamtstaat keine genauer untergliederten Daten vor, sodass aus den Daten nicht hervorgeht, in welche Bereiche die Instandhaltungsinvestitionen geflossen sind.

10 Vgl. etwa *IMF:* Germany – 2014 Article IV Consultation – Staff Report. IMF Country Report No. 14/216. Washington 2014. – Vgl. auch *Gräf, B.; Möbert, J.; Rakau, O.; Schneider, S:* Ausblick Deutschland: Ice Bucket Challenge und strukturelle Investitionslücke. Deutsche Bank Research 2014.

11 Vgl. *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, a. a. O., 12 ff.

zehn Jahre somit auch eine Art Korrekturbewegung darstellen.[12] Trotz negativer Nettoinvestitionen in den zurückliegenden zehn Jahren belegt Deutschland bezüglich der Qualität der Verkehrsinfrastruktur in einem Vergleich mit über 140 anderen Ländern derzeit den elften Rang.[13]

Regionale Disparitäten bei öffentlichen Investitionen

Ungeachtet der Tatsache, dass dauerhaft negative staatliche Nettoinvestitionen langfristig den Produktionszuwachs schmälern, kann aus der Entwicklung der öffentlichen Investitionen in den vergangenen Jahren nicht auf einen grundsätzlich maroden Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland geschlossen werden. Vielmehr ist zu beobachten, dass die Prioritäten bei den staatlichen Investitionen in die Verkehrswege nicht immer richtig gesetzt und die Mittel nicht bedarfsgerecht verteilt wurden, sodass in manchen Regionen eine Überversorgung, in anderen dagegen eine Unterversorgung entstanden ist bzw. der Substanzerhalt vernachlässigt wurde. So zeigt eine Benchmarking-Studie zur Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur in sieben europäischen Ländern, dass Deutschland zwar mit Blick auf die Qualität und die Dichte der Straßen relativ gut, mit Blick auf die räumliche Verteilung des Straßennetzes aber eher schlecht abschneidet.[14]

Tabelle 1 zeigt, dass die Investitionen in Bundesfernstraßen insbesondere in den ostdeutschen Ländern im Zuge der Wiederherstellung der öffentlichen Infrastruktur nach der deutschen Vereinigung, verständlicherweise, besonders hoch waren. Nach Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen flossen hingegen, gemessen an deren Bevölkerungsanteilen, relativ wenig Mittel. Folglich sind die Anteile der letztgenannten Bundesländer an den Projekten des vordringlichen Bedarfs in den Jahren 2009 bis 2015 deutlich höher als bei den zuvor getätigten Investitionen. Der regional unterschiedliche Befund wird durch eine Unternehmensumfrage untermauert. Darin gaben insbesondere Unternehmen aus Baden-Württemberg, dem nordwestdeutschen Raum sowie aus Nordrhein-Westfalen an, durch Infrastrukturprobleme in ihren Geschäftsabläufen deutlich beeinträchtigt zu sein.[15] Die Bundesfernstraßen machen allerdings weniger als ein Viertel des gesamtdeutschen Straßennetzes aus. Die übrigen gut drei Viertel fallen in den Verantwortungsbereich der Länder und Gemeinden.

Ein Blick auf die gesamten öffentlichen Investitionen der Länder offenbart recht große Unterschiede.[16] Abbildung 1 zeigt die Höhe der Sachinvestitionen je Einwohner und den Anteil der Sachinvestitionen an den gesamten Ausgaben der einzelnen Bundesländer. Auf der Ebene der Länder und Gemeinden bestehen deutliche Unterschiede bezüglich der Ausgabenstruktur. So haben in Bayern, Sachsen, Hamburg, Baden-Württemberg und Thüringen investive Ausgaben einen vergleichsweise hohen Anteil. Ein Blick auf wichtige Unterkategorien zeigt für ausgewählte Länder ein ähnliches Bild. In Abbildung 2 ist der Anteil der Ausgaben für einzelne Baumaßnahmen und für Sachaufwendungen für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens an den Gesamtausgaben der Länder dargestellt. Bezüglich des Straßenbaus zeigt sich, dass dieser insbesondere in Sachsen, Bayern

[12] Vgl. *Ragnitz, J.; Eck, A.; Scharfe, S.; Thater, C.; Wieland, B.:* Öffentliche Infrastrukturinvestitionen: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Wachstumswirkungen. Endbericht zum Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Dresden 2013.

[13] Vgl. hierzu *Schwab, K.:* The Global Competitiveness Report 2014-2015. World Economic Forum. Genf 2014.

[14] Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz. Vgl. *Institut für Mobilitätsforschung (ifmo):* Verkehrsinfrastruktur-Benchmarking Europa – Verkehrsinfrastrukturausstattung und verkehrspolitische Rahmenbedingungen in ausgewählten europäischen Staaten. Berlin 2007. Dagegen schneidet Deutschland bei der Schienennetzinfrastruktur auch mit Blick auf die Verteilung der Schienenwege relativ gut ab. Bei der Flughafeninfrastruktur wird dagegen, anders als beim Straßennetz, die räumliche Verteilung eher gut, die Gesamtkapazität eher mittelmäßig beurteilt.

[15] Dies betrifft hauptsächlich das Straßennetz; die Schienen- und Flughafeninfrastruktur beeinträchtigt die Geschäftsabläufe dagegen kaum. Vgl. *Grömling, M.; Puls, T.:* Infrastrukturmängel führen schon heute zu Beeinträchtigungen, in: Internationales Verkehrswesen, Jg. 66 (1), 2014, 34-36.

[16] Im Folgenden sind stets die Ausgaben der Länder *einschließlich* der Gemeinden/Gemeindeverbände erfasst.

und Thüringen einen hohen Anteil an den Gesamtausgaben für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens ausmacht. Auch der laufende Sachaufwand nimmt in Bayern und Sachsen, aber auch in Baden-

Tabelle 1:

Investitionen in den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen 1991 bis 2008 nach Bundesländern

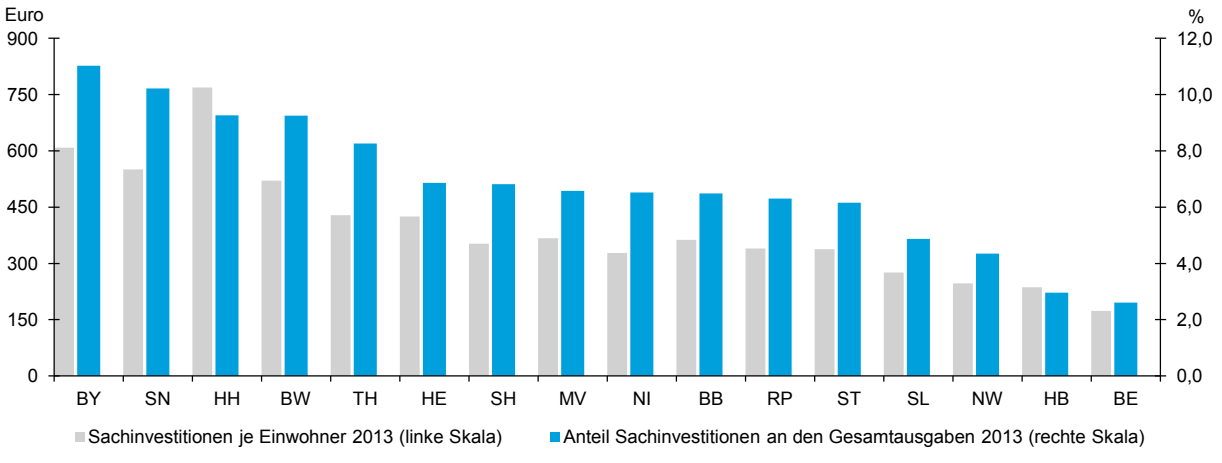
Bundesland	Mio. Euro	Anteil an den gesamten Investitionen in Bundesfernstraßen 1991 bis 2008	Verteilung der Projekte des vordringlichen Bedarfs 2009 bis 2015	Bevölkerungsanteil 2013
Baden-Württemberg	4 418,1	9,7%	14,8%	13,2%
Bayern	7 167,9	15,8%	12,2%	15,5%
Brandenburg	2 530,6	5,6%	5,6%	3,0%
Hessen	1 788,5	3,9%	10,0%	7,5%
Mecklenburg-Vorpommern	2 401,2	5,3%	2,9%	2,0%
Niedersachsen	3 805,9	8,4%	9,5%	9,7%
Nordrhein-Westfalen	5 447,3	12,0%	19,6%	21,7%
Rheinland-Pfalz	1 729,3	3,8%	5,0%	4,9%
Saarland	397,7	0,9%	0,8%	1,2%
Sachsen	4 443,3	9,8%	3,4%	5,0%
Sachsen-Anhalt	3 787,9	8,3%	4,4%	2,8%
Schleswig-Holstein	985,1	2,2%	3,0%	3,5%
Thüringen	4 644,0	10,2%	3,8%	2,7%
Berlin	636,2	1,4%	1,9%	4,3%
Bremen	454,5	1,0%	0,7%	0,8%
Hamburg	736,5	1,6%	2,3%	2,2%
insgesamt[a]	**45 374,0**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**

[a] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundestags-Drucksache 17/346; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des IWH.

Abbildung 1:

Sachinvestitionen von Bundesländern und Gemeinden 2013



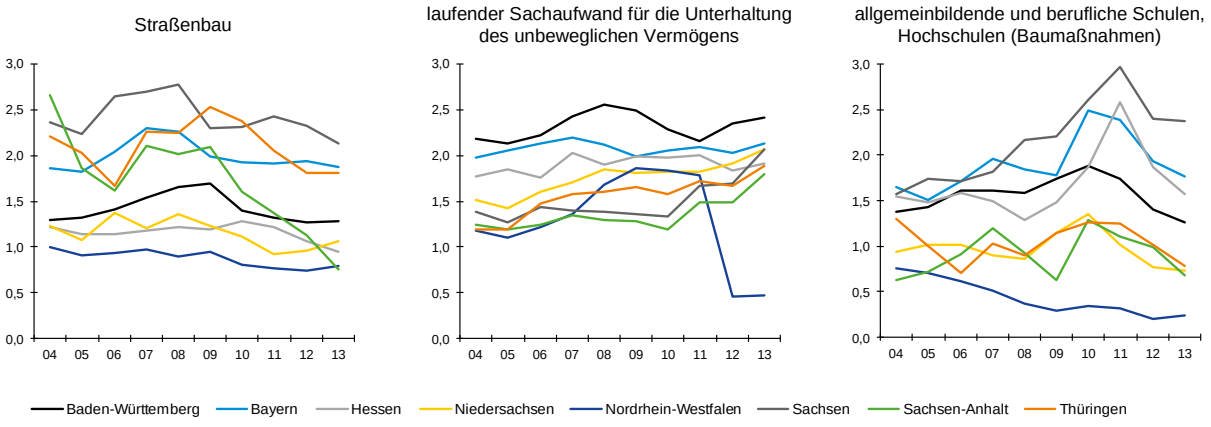
BY = Bayern, SN = Sachsen, HH = Hamburg, BW = Baden-Württemberg, TH = Thüringen, HE = Hessen, SH = Schleswig-Holstein, MV = Mecklenburg-Vorpommern, NI = Niedersachsen, BB = Brandenburg, RP = Rheinland-Pfalz, ST = Sachsen-Anhalt, SL = Saarland, NW = Nordrhein-Westfalen, HB = Bremen, BE = Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 2:

Ausgaben ausgewählter Bundesländer[1] nach Arten, 2004 bis 2013

in % der Gesamtausgaben



[1] Einschließlich der Gemeinden; bis einschließlich 2010 nur Kernhaushalte, ab 2011 Kern- und Extrahaushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Württemberg und Niedersachsen einen relativ hohen Stellenwert ein. Schließlich wird den Investitionen in den Bildungsbereich eine hohe Bedeutung für die Erhöhung des Produktionspotenzials beigemessen. Bei den Bauinvestitionen im Bildungssektor, einer klassischen Länderaufgabe, haben die Länder ebenfalls sehr unterschiedliche Prioritäten gesetzt.[17] Dort zeichnet sich ein ähnliches Muster ab wie bei den zuvor genannten Ausgabearten. So ist auch hier der Anteil an den Gesamtausgaben am höchsten in Sachsen, gefolgt von Bayern, Baden-Württemberg sowie Hessen.[18]

Insgesamt deuten verschiedene Indikatoren auf eine Vernachlässigung des Substanzerhalts bei Bundesfernstraßen in einigen Regionen hin. Außerdem haben die Länder unterschiedliche Prioritäten für Straßenbau- und Erhaltungsinvestitionen, aber auch für Investitionen in den Bildungsbereich gesetzt.

Orientierung öffentlicher Investitionen am Bedarf und Einbeziehung einnahmeseitiger Maßnahmen

Die optimale Höhe öffentlicher Investitionen hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Eine aus internationalen Vergleichen abgeleitete Orientierung an pauschalen Quoten greift deshalb zu kurz, zumal es für eine effiziente Allokation öffentlicher Investitionen auf eine bedarfsgerechte regionale Verteilung und die adäquate Aufgabenwahrnehmung der Bundesländer ankommt. Häufig wird das Argument hervorgebracht, dass durch zusätzliche öffentliche Investitionen auch die private Investitionstätigkeit angeregt würde.[19] Dieser Zusammenhang ist allerdings theoretisch und empirisch unklar. Ob zusätzliche staatliche Investitionen die private Investitionstätigkeit fördern, hängt beispielsweise ab vom bestehenden Niveau des öffentlichen Kapitalstocks und davon, ob öffentliche und private Aktivität um Ressourcen konkurrieren.

Eine Möglichkeit, private Investitionen zu stimulieren, besteht in der Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen. Dabei sollte keine alleinige Fokussierung auf die Ausgabeseite erfolgen. So lie-

[17] Darin sind nur die Baumaßnahmen enthalten, nicht aber öffentliche Ausgaben für den Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen und Beteiligungen, Darlehen an andere Bereiche sowie Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche.

[18] Diese Resultate ändern sich nur unwesentlich, wenn die Gesamtausgaben als Bezugsgröße um die Zinsausgaben bereinigt werden, die einzelnen Ausgabearten also nicht in Relation zu den Gesamtausgaben, sondern zu den Gesamtausgaben ohne Zinsen gesetzt werden.

[19] Vgl. etwa *Lloyd, M.:* Public and Private Investment in the European Union. Working Papers of the European Parliament, ECON 113, 2001.

ßen sich die Rahmenbedingungen für private Investitionen auch über die Einnahmeseite verbessern. Haushaltspolitische Spielräume sollten deshalb auch für steuerliche Entlastungen, in erster Linie für einen Abbau der Mehrbelastung durch die kalte Progression[20] bzw. für eine schrittweise Absenkung des Solidaritätszuschlags genutzt werden. Hinsichtlich einer Stärkung von Leistungs- und Investitionsanreizen wäre dies zielführender als zusätzliche öffentliche Ausgaben.

Europäische Wirtschaftspolitik

Die konjunkturelle Lage im Euroraum ist nach wie vor angespannt. Die Produktionskapazitäten sind seit dem Jahr 2009 unterausgelastet. Obgleich sich die Lage in den südeuropäischen Krisenländern etwas stabilisiert hat, war die konjunkturelle Dynamik in den großen Ländern, insbesondere in Frankreich und Italien, im Sommerhalbjahr 2014 außerordentlich schwach, insbesondere waren die Investitionen in einigen Ländern sogar rückläufig.

EU-Kommission plant Investitionsoffensive für Europa

Zur Ankurbelung der Konjunktur und zur Stärkung langfristiger Wachstumspotenziale hat die Europäische Kommission ein Investitionsprogramm auf den Weg gebracht.[21] Der Plan sieht die Bildung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen vor, der sich aus 16 Mrd. Euro umgewidmeter EU-Mittel und EU-Garantien sowie aus fünf Mrd. Euro Kapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) speisen soll. Die EU-Staaten sowie weitere öffentliche und private Institutionen sind dazu aufgefordert, sich am Fonds zu beteiligen. Die Finanzierungsbeiträge der EU-Staaten werden – ähnlich wie Beiträge zum Europäischen Stabilitätsmechanismus – nicht dem Defizit im Rahmen des Europäischen Fiskalpakts zugerechnet. Der Fonds soll Kredite in Höhe des Dreifachen seines Eigenkapitals aufnehmen und damit Investitionen über den Zeitraum von 2015 bis 2017 finanzieren. Projekte werden von den Mitgliedstaaten vorgeschlagen und auf EU-Ebene von einer Task Force[22] ausgewählt (Projekt-Pipeline[23]). Die EU erwartet, dass dadurch private Gelder für Investitionen in Höhe von 252 Mrd. Euro im selben Zeitraum aktiviert werden, insbesondere durch Risikoübernahme der Projekte durch den Fonds. Zu knapp einem Viertel sollen die Investitionen in mittelständische Unternehmen (KMU und MidCaps) fließen; drei Viertel sind für langfristige Investitionen vorgesehen. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob aus dem eingesetzten Kapital von 21 Mrd. Euro Investitionen in Höhe von 315 Mrd. Euro ausgelöst werden können.[24] Die implizierte Hebelwirkung von 15 scheint zu hoch angesetzt, vor allem wenn man berücksichtigt, dass es sich teilweise um umgewidmete EU-Mittel handelt, die an anderer Stelle reduziert werden.[25]

Durch Reformen des Regulierungsrahmens soll zudem das Investitionsumfeld verbessert werden. Für diese strukturellen Maßnahmen sind jedoch weder konkrete Zielgrößen noch ein Zeitrahmen gesetzt.

---

[20] Auch wenn aufgrund niedriger Inflationsraten derzeit nur geringe Zusatzbelastungen durch die kalte Progression entstehen, hat sich in den zurückliegenden Jahren bei höheren Preissteigerungsraten eine Mehrbelastung durch die kalte Progression aufgebaut.

[21] Europäische Kommission. Eine Investitionsoffensive für Europa. COM(2014) 903 final. Brüssel 2014.

[22] Special Task Force on Investment in the EU, unter der Leitung der Europäischen Kommission und der EIB. Die EU-Staaten entsenden Mitglieder. Unternehmensverbände, Europäischer Gewerkschaftsbund und Vertreter der Finanzindustrie sind als Gäste geladen. Vgl. Special Task Force (Member States, Commission, EIB) on Investment in the EU: Final Task Force Report.

[23] Die EU-Staaten haben für den Zeitraum von 2015 bis 2017 zusammen Projekte im Wert von 500 Mrd. Euro vorgeschlagen. Die Task Force hat sie den folgenden Bereichen zugeordnet: (1) Wissen, Innovation und digitale Wirtschaft, (2) Energieunion, (3) Verkehrsinfrastruktur, (4) soziale Infrastruktur, (5) natürliche Ressourcen und Umwelt.

[24] Im Rahmen des 2012 von der EU verabschiedeten Pakts für Wachstum und Beschäftigung wurde die EIB beauftragt, Investitionen mit einem Hebel von 18 zu finanzieren. Dabei sollte jedoch die sechsfache Menge des Eigenkapitals als Kredit aufgenommen werden, um dann eine private Beteiligung der dreifachen Kredithöhe für Investitionen zu mobilisieren. Die EIB hat jedoch stattdessen ihre Eigenkapitalquote erhöht. Vgl. *EIB:* Financial Report 2013.

[25] 3,3 Mrd. Euro aus dem Programm Connecting Europe (Förderung von Infrastrukturmaßnahmen) und 2,7 Mrd. Euro aus dem Programm Horizon 2020 (Forschungsvorhaben).

Tabelle 2:

Produktionslücke, struktureller Finanzierungssaldo und Bruttoschuldenstand in ausgewählten Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)

Land	Produktionslücke in Prozent des Produktionspotenzials[a]			struktureller Finanzierungssaldo 2014 in Relation zum nominalen BIP in %		Bruttoschuldenstand 2014 in Relation zum nominalen BIP in %	
	2014	2015	2016	Ziel[b]	Prognose[a]	Ziel[b]	Prognose[a]
Estland	1,4	0,6	0,7	0,7	−0,8	10,0	9,9
Belgien	−1,1	−1,1	−0,9	−1,2	−2,6	100,2	105,8
Slowakei	−3,3	−3,4	−2,9	−3,1	−2,1	43,0	54,1
Deutschland	−0,8	−1,0	−0,6	0,5	0,7	77,0	74,5
Spanien	−6,0	−4,1	−2,0	−2,1	−2,2	98,9	98,1
Frankreich	−2,3	−2,5	−1,9	−1,7	−3,0	95,1	95,5
Italien	−4,5	−3,4	−2,1	−0,3	−0,9	132,7	132,2
Niederlande	−3,0	−2,1	−1,1	−1,3	−0,5	76,1	69,7
Österreich	−1,1	−0,9	−0,7	−1,3	−1,1	74,0	87,0
Finnland	−3,1	−2,7	−1,7	−0,7	−1,1	60,7	59,8
Slowenien	−2,7	−1,6	0,1	−2,1	−2,5	65,5	82,2
Malta	0,1	0,3	0,6	−2,0	−2,7	73,2	71,0
Euroraum	**−2,8**	**−2,3**	**−1,3**	**k. A**	**−1,1**	**k. A.**	**94,5**

[a] Laut Herbstprognose 2014 der Europäischen Kommission. – [b] Laut „Draft Budgetary Plan" vom Oktober 2014 (gemäß EU-Verordnung 473/2013).

Quelle: Europäische Kommission.

Staatliches EU-Investitionsprogramm wohl nicht zielführend

Investitionsprogramme sind zur Konjunkturstabilisierung grundsätzlich wenig geeignet und in der EU derzeit vermutlich nicht zielführend. So deutet die bereits über Jahre hinweg schwache oder gar rückläufige Entwicklung der Investitionen darauf hin, dass der Erholung der Wirtschaft eher strukturelle Probleme im Wege stehen. Mit Blick auf die Stabilisierung der Konjunktur sollten die eingesetzten Maßnahmen grundsätzlich drei Voraussetzungen erfüllen: Sie sollten rechtzeitig, vorübergehend und zielgerichtet sein. Zwar sind die geplanten investiven Maßnahmen der EU-Kommission als vorübergehend anzusehen, da das Programm bis Ende 2017 umgesetzt werden soll. Zudem entwickelten sich die Bruttoanlageinvestitionen in der Europäischen Union zuletzt wieder schwach, sodass ein Investitionsprogramm als zielgerichtet angesehen werden könnte. Jedoch ist vor dem Hintergrund, dass sich nach der Herbstprojektion 2014 der EU-Kommission die negativen Produktionslücken in nahezu allen EU-Ländern bereits wieder zu schließen beginnen, zu befürchten, dass zusätzliche Investitionen nicht rechtzeitig umgesetzt werden können und prozyklisch wirken (vgl. Tabelle 2). Grundsätzlich ist es kritisch, wenn private Investitionen über eine Risikoabsicherung durch die öffentliche Hand angeregt werden sollen, ohne dass ein konkretes Marktversagen identifiziert worden ist. Die Übertragung von Risiken auf den öffentlichen Sektor fördert dann die Realisierung unrentabler Investitionsprojekte, die bei einer unternehmerischen Risikoabwägung vermutlich nicht durchgeführt würden. Dem vorzuziehen wäre eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen, was gemäß der politischen Leitlinien der neuen EU-Kommission durchaus auch angestrebt wird.

Wenn sich Länder, wie im Falle Deutschlands, im Wesentlichen für die Förderung bereits geplanter Projekte bewerben,[26] stellt dies zudem infrage, warum diese Pläne nun auf der europäischen Ebene finanziert werden sollten. Ebenso ist nicht nachvollziehbar, warum Beiträge zum Investitionsfonds nicht zum Defizitverfahren gezählt werden, wenn sie auf einzelstaatlicher Ebene geplante Investitionen eins zu eins ersetzen. Der Europäische Investitionsplan erscheint dann vielmehr als der Versuch, die jüngst beschlossenen europäischen Fiskalregeln zu umgehen.

Die Rolle des öffentlichen Sektors bei der Finanzierung von Investitionen

Grundsätzlich sind bei der Beteiligung der EU an Investitionen zweierlei Arten von Investitionsprojekten zu unterscheiden. Eine Kategorie bilden primär von privater Seite auszuwählende Projekte, die aufgrund geopolitischer oder regulatorischer Unsicherheiten nicht verwirklicht werden. Solche Unsicherheiten bestehen zum Beispiel im Zusammenhang mit der Energiewende in Deutschland, beim Emissionshandel und dem Mobilfunkmarkt auf europäischer Ebene. In diesem Fall könnte eine begrenzte Übernahme von Risiken durch die öffentliche Hand zwar sinnvoll sein, weil die Risikobereitschaft des Bankensektors nach der Finanzkrise und der folgenden Regulierungsmaßnahmen abgenommen haben dürfte. Eine umfangreiche Übernahme von unternehmerischen Risiken durch den Staat dürfte jedoch die Effizienz privatwirtschaftlichen Handelns deutlich verringern.[27] Stattdessen sollten politische Barrieren, die Investitionsprojekten entgegenstehen (wie etwa beim Stromtrassenausbau in Deutschland) abgebaut werden.

Eine zweite Kategorie bilden Investitionsvorhaben, die primär vom öffentlichen Sektor in Angriff genommen werden und die in Zukunft verstärkt von privater institutioneller Seite (Pensionsfonds etc.) mitfinanziert werden könnten. Darunter fallen klassische langfristige Investitionsvorhaben wie der Straßenbau, der Ausbau von Breitbandnetzen auch in ländlichen Regionen und Bildungsinvestitionen. Während diese staatlichen Ausgaben im Defizitverfahren berücksichtigt werden sollten, um die Tragfähigkeit staatlicher Verschuldung sicherzustellen, sollten im Fiskalpakt Anreize geschaffen werden, dass der Anteil investiver Ausgaben an den Gesamtstaatsausgaben nachhaltige Werte nicht unterschreitet.[28] Projekte mit länderübergreifenden Wachstumsimpulsen könnten auch aus gemeinsamen EU-Töpfen finanziert werden.

Investitionshemmnisse an der Wurzel beseitigen

Eine Ursache für die schwache wirtschaftliche Dynamik im Euroraum ist der vergleichsweise geringe Produktivitätsfortschritt. In den USA ist die Produktivität seit Mitte der 1990er Jahre deutlich stärker gestiegen. Das gilt zwar nicht für jedes einzelne EU-Mitgliedsland, zumindest aber für die südeuropäischen Krisenländer sowie für Deutschland und Frankreich.[29] Zwei Drittel des Rückstands beim Produktivitätswachstum gegenüber den USA beziehen sich auf den Dienstleistungssektor;[30] daher sind Reformen in diesem Bereich besonders wichtig. Im Task-Force-Bericht zum Investitionsplan werden diesbezügliche Reformen angemahnt; explizit wird auf die Länder-

[26] Special Task Force (Member States, Commission, EIB) on Investment in the EU. Annex 2 – Project Lists from Member States and the Commission.

[27] Der interventionistische Ansatz der EU-Kommission wird zum Beispiel in folgender Passage deutlich: „Private Investoren sind sich offenbar häufig gar nicht des Potenzials dieser Projekte bewusst (...) Damit Investitionen getätigt werden, bedarf es dringend unabhängiger und transparenter Bewertungen, die die Bestätigung dafür liefern, dass ein Projekt wirtschaftlich tragfähig ist“ (Eine Investitionsoffensive für Europa. Europäische Kommission. Eine Investitionsoffensive für Europa. COM(2014) 903 final. Brüssel 2014, 12).

[28] So wurde beispielsweise von Enderlein und Pisani-Ferry (für Deutschland) eine „Mindestdrehzahl für Investitionen“ vorgeschlagen. Vgl. *Enderlein, H.; Pisani-Ferry, J.:* Reformen, Investitionen und Wachstum: Eine Agenda für Frankreich, Deutschland und Europa im Auftrag des deutschen und des französischen Wirtschaftsministers, November 2014.

[29] AMECO Datenbank. Normiert man die Totale Faktorproduktivität auf 100 für das Jahr 1995, ergibt sich für das Jahr 2013 für die USA ein Wert von 121. Deutlich schwächer verlief der Anstieg in Deutschland (108) und Frankreich (109). Während es in Spanien kaum Zuwächse gab (102), verzeichnete Italien gar einen Rückgang (97).

[30] Vgl. *Strauss, H. (ed.):* Productivity and Growth in Europe. Long-term Trends, Current Challenges and the Role of Economic Dynamism, in: EIB Papers, Vol. 16 (1), 2011, 8-17.

empfehlungen der EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters verwiesen, die beispielsweise für Deutschland eine Liberalisierung des Dienstleistungssektors einfordern. Solche Länderempfehlungen werden allerdings bisher meist nicht umgesetzt.[31] Im Investitionsplan wird es versäumt, konkrete Anreize und Prozesse zur Durchführung von Reformen festzulegen. Ferner gibt es auch auf europäischer Ebene Handlungsbedarf in Bezug auf die Vervollständigung des europäischen Binnenmarkts, zum Beispiel im Energiesektor oder auf den Telekommunikationsmärkten. Auch hier wurde eine Verknüpfung von Investitionszusagen mit Reformschritten verpasst.[32]

In Bereichen mit politischen Unsicherheiten sollte es das vorrangige Ziel sein, diese Unsicherheiten zu reduzieren und nicht lediglich die Symptome zu adressieren. Handlungsbedarf besteht beispielsweise beim Emissionshandel, da aufgrund überschüssiger Zertifikate der Preis von Kohlendioxid stark gefallen ist, sodass sich Investitionen in umweltfreundliche Technologien nicht mehr lohnen.

Investitionshemmnisse bestehen auch darin, dass der europäische Kapitalmarkt nach wie vor fragmentiert ist. Es könnte durchaus sinnvoll sein, Investitionsprojekte in den Krisenländern anzustoßen, ohne über neue Staatsschulden wiederum die Stabilität zu gefährden. Bisher verwirklichte Vorhaben zielen aber immer noch auf den Kreditmarkt ab und spielen sich meist auf bilateraler Ebene ab – etwa die Kredithilfen der KfW für Spanien, Italien und Griechenland.[33] Primäres Handlungsziel sollte aber die Lösung der strukturellen Probleme darstellen, das heißt die Vervollständigung der Bankenunion, die Bereinigung von Bankbilanzen und der Aufbau eines europäischen Risikokapitalmarkts.[34]

Europaweiter Reformbedarf auf dem Arbeitsmarkt

Strukturelle Reformen sind auf einzelstaatlicher Ebene insbesondere auf dem Arbeitsmarkt nötig. Dabei stellt die starre Zweiteilung von befristeten und schwer kündbaren unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen, wie sie in einigen Mitgliedstaaten vorherrscht, ein Hemmnis für den Strukturwandel dar. Länderübergreifender Handlungsspielraum im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wird von mancher Seite seit einiger Zeit in der Schaffung einer Europäischen Arbeitslosenversicherung gesehen.[35] Während mit Blick auf die unterschiedlichen Krisenerfahrungen die Stärkung automatischer Stabilisatoren wünschenswert erscheint und diese durch Übertragung auf die europäische Ebene noch robuster gehalten werden könnten, kommt eine praktische Umsetzung derzeit wohl nicht infrage. Zu unterschiedlich sind Bezugsdauer, Bezugshöhe und nicht zuletzt die Abdeckungsrate.[36] Das im Jahr 2013 von der EU-Kommission eingeführte Scoreboard für beschäftigungs- und sozialpolitische Schlüsselindikatoren könnte dabei als Orientierung (Best Practice) dienen.[37] Unter dem Vorbehalt zumindest teilweiser

[31] Im Jahr 2013 wurden 141 Empfehlungen ausgesprochen, nur 13 wurden zum Berichtszeitpunkt Juni 2014 vollständig umgesetzt, 46% der Vorschläge wurden überhaupt nicht umgesetzt: *Economic Governance Support Unit des Europäischen Parlaments:* Implementation of Country Specific Recommendations, 2014.

[32] Die Einführung einer Marktstabilisierungsreserve ist bisher erst für 2021 geplant. Einige Staaten wie Deutschland fordern ein Vorziehen auf 2017.

[33] Im Jahr 2013 hat die KfW Kredite an die spanische Förderbank ICO in Höhe von einer Mrd. Euro vereinbart und mittlerweile ausbezahlt. Im Jahr 2014 wurden 100 Mio. Euro in einen zusammen mit der griechischen Regierung aufgestellten Fonds zur Förderung griechischer Unternehmen einbezahlt. Im November folgte die Ankündigung eines Darlehens von 500 Mio. Euro an die italienische Förderbank CDP.

[34] Zur Analyse der Situation speziell von kleinen und mittleren Unternehmen vgl. *Darvas, Z.:* Banking System Soundness is the Key to More SME Financing, in: Bruegel Policy Contribution. Issue 2013/10.

[35] Z. B. *Fichtner, F.; Haan, P.:* European Unemployment Insurance: Economic Stability without Major Redistribution of Household Incomes, in: DIW Economic Bulletin 10/2014. Während sich László Andor als zuständiger EU-Kommissar für das Konzept stark gemacht hatte, hat seine Nachfolgerin Marianne Thyssen das Vorhaben von der Agenda gestrichen.

[36] Vgl. *Claeys, G.; Darvas, Z.; Wolff, G. B.:* Benefits and Drawbacks of European Unemployment Insurance, in: Bruegel Policy Brief, Issue 2014/06. So erhalten in Deutschland über 80% der Kurzzeitarbeitslosen staatliche Arbeitslosenunterstützung, in Italien hingegen nur 16 %.

[37] Das Scoreboard beinhaltet Daten zur Arbeitslosenquote, zur Jugendarbeitslosigkeit, zum verfügbaren Einkommen, zur Armutsrisikoquote der 18- bis 64-Jährigen (Anteil der Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter 60 % des nationalen Medianeinkommens) sowie zur Einkommensungleichheit (das Einkommensverhältnis des höchsten Fünftels zum niedrigsten Fünftel).

Angleichung der Arbeitslosenunterstützungsregeln könnte eine europäische Arbeitslosenversicherung als langfristiges Ziel verkündet werden, das bei erfolgenden Strukturreformen umgesetzt wird. Deutschland sollte sich trotz der aktuell guten Arbeitsmarktlage nicht davon ausgenommen sehen, sich selbst an Best Practice messen zu lassen. Neben Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit sollten auch die Aufstiegschancen für Geringverdiener verbessert werden, etwa durch eine geringere Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge. So könnte das relative Armutsrisiko der 18- bis 64-Jährigen – bei diesem Indikator schneidet Deutschland trotz seiner guten Beschäftigungszahlen knapp schlechter als der EU-Durchschnitt ab – gesenkt werden. Vorbehalte anderer europäischer Mitgliedstaaten gegenüber dem deutschen Arbeitsmarktmodell würden dadurch abgebaut.

Zur Geldpolitik

Geldpolitik weiterhin auf expansivem Kurs

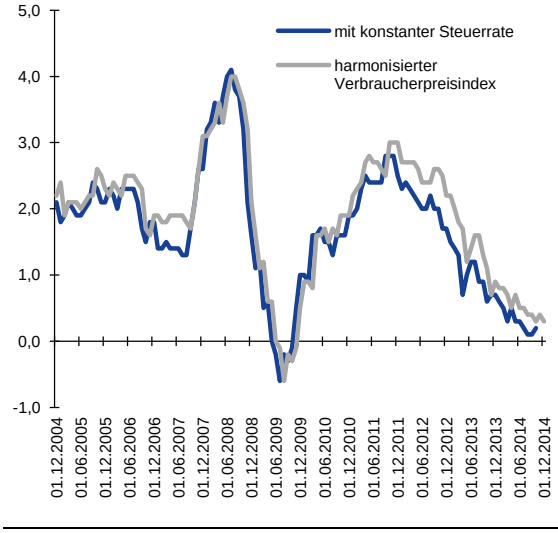
Mit der Zinssenkung auf den historischen Tiefstand von 0,05% Anfang September sowie den später folgenden zielgerichteten langfristigen Refinanzierungsoperationen und Aufkäufen von besicherten Wertpapieren und Pfandbriefanleihen reagierte die Europäische Zentralbank (EZB) auf die zunehmend rückläufige Preisdynamik im Euro-Währungsgebiet. Mit wiederholt getätigten Abwärtsrevisionen bei den Inflationsausblicken machte die EZB zudem deutlich, dass trotz der neuerlichen Zinssenkung über einen längeren Zeitraum mit Inflationsraten unterhalb der Zielgröße von unter, aber nahe 2% zu rechnen ist. Diese Kommunikation zeigt, dass es für die Geldpolitik derzeit schwierig ist, das selbst definierte Inflationsziel zu erreichen.

Die Inflationsraten liegen im Euroraum bereits seit Anfang des Jahres 2013 unter 2%. Zudem war die Preisentwicklung durch die Steuererhöhungen im Zuge der Konsolidierungsprogramme überzeichnet (vgl. Abbildung 3). Die steuerbereinigte Preisentwicklung war schon länger langsamer. Die auslaufenden Wirkungen der Steuerhöhungen auf die Preise tragen

Abbildung 3:

Inflationsraten im Euroraum

in %

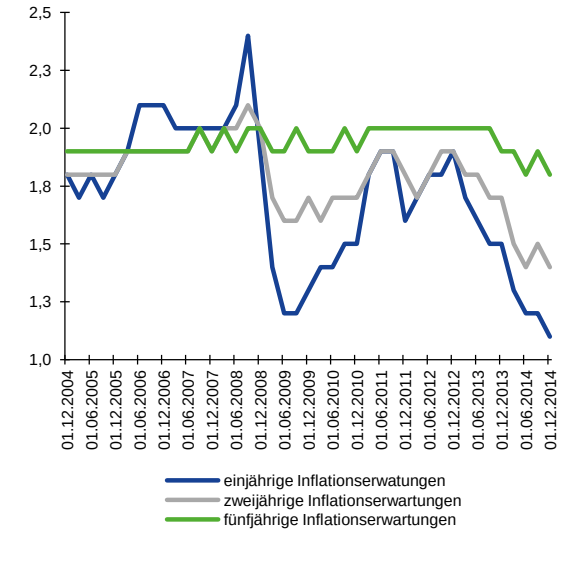


Quellen: Eurostat; Darstellung des IWH.

Abbildung 4:

Inflationserwartungen im Euroraum

in %



Quellen: Europäische Zentralbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

nunmehr zusammen mit der schwachen konjunkturellen Entwicklung und den fallenden Energiepreisen zum Rückgang der Verbraucherpreisinflation bei.

Die für die Geldpolitik besonders wichtigen Erwartungen über die Preisentwicklung gingen zuletzt eben-

falls zurück. Sie liegen sowohl für ein Jahr als auch für zwei Jahre unter 1,5%. Auffallend sind auch die langfristigen Inflationserwartungen, die auf 1,8% gesunken sind (vgl. Abbildung 4). Der im dritten Quartal zu beobachtende kurzzeitige Anstieg auf 1,9% war nicht von Dauer. Obwohl die EZB in diesem Zeitraum umfangreiche Maßnahmen beschloss, scheinen letztere nicht ausreichend für eine Stabilisierung der Inflationserwartungen gewesen zu sein. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Wirtschaft im Euroraum weiterhin unterausgelastet ist und die Produktionslücke sich nur langsam schließen dürfte.

Die jüngste Abwertung des Euro wirkt allerdings stimulierend auf die Konjunktur, und sie erhöht tendenziell über die Importpreise auch die Verbraucherpreisinflation. Dem Wechselkurs kommt angesichts der Nullzinsgrenze bei der Erhöhung des Expansionsgrads der Geldpolitik eine zunehmend wichtigere Rolle zu.

Wirkungen der geldpolitischen Maßnahmen sind ungewiss

Da der Leitzins mit momentan 0,05% an der Nullzinsgrenze verharrt, sind von diesem geldpolitischen Instrument weitere positive Impulse nicht zu erwarten. Denkbar wäre zwar ein weiteres Absenken des bereits negativen Einlagenzinses. Dies würde zusätzlichen Druck auf die Banken ausüben, Liquidität in Form von Krediten an den Privatsektor weiterzureichen, anstatt sie bei der Zentralbank zwischenzuparken. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Kosten nicht an die Bankkunden weitergegeben werden. Derzeit sind erste Schritte von Banken zu beobachten, um die Negativzinsen an Kunden weiterzureichen. Ein negativer Zins für Bankkunden dürfte diese aber tendenziell veranlassen, stattdessen Bargeld zu halten. Insgesamt erscheint ein solcher Schritt eher unwahrscheinlich.

Mit dem Ziel, ein weiteres Sinken der Inflationserwartungen zu verhindern, hat die EZB eine Reihe umfangreicher Maßnahmen beschlossen. Dazu zählt der Aufkauf von besicherten Wertpapieren mit dem Ziel, die Kreditvergabe an Unternehmen anzuregen. Den Banken kommt dabei zugute, dass sie die Verbriefungen solcher Kredite nun eher auf dem Markt platzieren können, da mit der EZB ein zusätzlicher Nachfrager auftritt. Auch die weiterhin durchgeführten zielgerichteten langfristigen Refinanzierungsgeschäfte sollen zu einer stärkeren Kreditvergabe beitragen.

Darüber hinaus beabsichtigt die EZB, ihre Bilanz von zwei auf drei Billionen Euro auszuweiten. Viele Beobachter halten es mit den bisherigen Maßnahmen – dem Kauf von Pfandbriefen (*covered bonds*) und forderungsbesicherten Wertpapieren sowie Langfristkrediten an Banken – jedoch kaum für möglich, die Bilanz in diesem Maße zu verlängern. So ist zum Beispiel nur ein Teil der für Käufe möglichen Verbriefungen von insgesamt 400 Mrd. Euro öffentlich platziert. Zusätzliche Maßnahmen sind deshalb wahrscheinlich. Möglich sind dabei sowohl eine Ausweitung der bisherigen Programme als auch der Kauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt. Vor dem Start eines solchen Kaufprogramms gilt es aber für die EZB wohl, zuerst eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs abzuwarten. Das Gericht hat gegenwärtig nämlich die Aufgabe, die Rechtmäßigkeit des Ankaufs von Staatsanleihen im Rahmen des OMT-Programms (OMT = Outright Monetary Transactions) zu beurteilen. Ein solcher Ankauf von Staatsanleihen dürfte deren Renditen nochmals ein Stück weit fallen lassen. Da die Kreditkosten von Unternehmen über Länder hinweg eng mit den Refinanzierungskosten ihres Heimatstaates verbunden sind, dürften auch Unternehmen von einer solchen erweiterten monetären Lockerung (*quantitative easing*) profitieren. Allerdings besteht auch die Gefahr, dass niedrige Zinsen zur Aufschiebung von strukturellen Reformen oder – in Erwartung weiterer Aufkäufe in zukünftig ähnlichen Situationen – gar deren Unterlassen führen. Eine Befristung der Aufkäufe, bis die Inflation eine vorab zu bestimmende Rate wieder erreicht, könnte diesem Effekt gegebenenfalls entgegenwirken.

Geldpolitik kann Strukturprobleme nicht lösen

Insgesamt wird seitens der Geldpolitik sehr viel getan, um der Konjunktur im Euroraum positive Impulse zu verleihen. Strukturelle Probleme können jedoch von der Geldpolitik nicht gelöst werden. Vielmehr

sind die Regierungen in der Verantwortung, durch strukturelle Reformen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Geschieht dies nicht, wird sich die EZB weiterhin genötigt sehen, durch unkonventionelle Maßnahmen geldpolitisches Neuland zu betreten. Hierbei ist jedoch zu befürchten, dass sich zunehmend Stimmen erheben, die die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen anzweifeln. Anhaltend niedrige Inflationsraten und abnehmende Inflationserwartungen bergen die Gefahr, dass zunehmend Zweifel an der Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen entstehen. Beides zusammen könnte die Glaubwürdigkeit der EZB erheblich schwächen. Um dies zu verhindern, ist es vor allem erforderlich, die Gründe für die gegenwärtig niedrige Inflation zu kommunizieren. Sowohl die Anpassung der Relativpreise im Euroraum, die zu negativen Inflationsraten in einigen Ländern des Euroraums führt, als auch der niedrige Ölpreis sind kein Anlass für eine weitere geldpolitische Lockerung. Diese Faktoren senken die Inflationsrate nur kurzfristig. Das Ziel der Geldpolitik ist es aber, mittelfristig für Preisstabilität zu sorgen.

IWH-Bauumfrage zum Jahresauftakt 2015: Hoffnungsträger Wohnungsmodernisierung

Brigitte Loose

Das Baugewerbe in Ostdeutschland dürfte das Jahr 2014, ausgehend von einem witterungsbedingt starken Start und einer anschließenden Abschwächung im Verlauf des Jahres, insgesamt mit einem leichten Plus abgeschlossen haben. Das liegt vor allem am Wohnungsbau, wenngleich sich auch dieser im Verlauf abschwächte. Einen Dämpfer hat insbesondere der Wirtschaftsbau erhalten, nachdem sich die Unternehmen infolge der generell schwächeren Konjunktur mit Investitionen zurückgehalten haben. Die Ertragslage der Bauunternehmen hat sich in etwa auf dem Vorjahresstand gehalten.

Für das Jahr 2015 ist die Stimmung unter den vom IWH befragten Unternehmen verhalten optimistisch. Insgesamt überwiegen bei den Umsatzerwartungen für das Baugewerbe die Hoffnungen auf eine Expansion gegenüber der Furcht vor Rückgängen, aber eben nur schwach. Besondere Hoffnungen liegen auf der Wohnungsmodernisierung: Der Saldo aus den Auf- und Abwärtserwartungen fällt klar positiv und sogar höher aus als für das Jahr 2014. Hinsichtlich des Wohnungsneubaus bleiben die Unternehmen ebenfalls überwiegend optimistisch, allerdings fällt der Anteil der skeptischen Stimmen etwas höher aus als im Jahr zuvor. Bedenken haben die Bauunternehmen dagegen hinsichtlich der Entwicklung im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau.

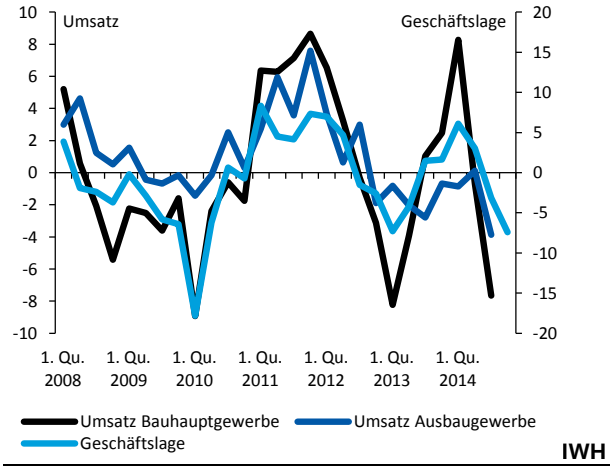
Ansprechpartnerin: Brigitte Loose (Brigitte.Loose@iwh-halle.de)
JEL-Klassifikation: L74
Schlagwörter: Ostdeutschland, Baugewerbe, Konjunktur, Investitionen, Handwerk

Bauleistungen im Jahr 2014 vom kräftigen Jahresauftakt gestützt

Das Baugewerbe war mit einem äußerst kräftigen Umsatzplus in das Jahr 2014 gestartet. Ausschlaggebend war ein im längerfristigen Vergleich außerordentlich milder Winter, der den Unternehmen eine ununterbrochene Bautätigkeit ohne Produktionsbehinderungen ermöglichte. Die Saisonbereinigung, die sich auf die Historie früherer Winter stützt, erkennt diesen Saisoneffekt nicht und schreibt die höheren Umsätze einer anziehenden Konjunktur zu. Da infolgedessen ein ungewöhnlich großer Teil der Aufträge im Frühjahr abgearbeitet war, kam es im Verlauf des Jahres 2014 zu Rückgängen in der Bauproduktion. Die IWH-Bauumfragen deuten darauf hin, dass diese bis zum Jahresende angehalten haben (vgl. Abbildung 1). Die Abschwächung im Jahresverlauf betraf alle Bausparten. Ein besonders starkes Auf und Ab hatte das Bauhauptgewerbe aufgrund seiner ausgeprägten Wetterabhängigkeit zu verzeich-

Abbildung 1:
Umsatz[1] und Geschäftslage des Baugewerbes der Neuen Bundesländer

preis- und saisonbereinigt, Abweichung vom Trend in %



[1] Umsatz berechnet aus dem Umsatz des Bauhauptgewerbes und einem über die untererfassten Kleinbetriebe hochgerechneten Umsatz des Ausbaugewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bauumfragen des IWH; Berechnungen und Darstellung des IWH.

nen, aber auch im Ausbaugewerbe zeigte sich eine deutliche Abschwächung im Verlauf.

Die Unternehmen hielten sich angesichts einer im ersten Halbjahr 2014 schwächeren internationalen Konjunktur ab dem Frühjahr mit Investitionen zurück. Die Nachfrage im Wohnungsbau, die sich angesichts günstiger Rahmenbedingungen auf einem vergleichsweise hohen Niveau befindet, begann im Sommer auf einen verhalteneren Entwicklungspfad einzuschwenken. So sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und die Baugenehmigungen für den Wohnungsneubau seit dem Sommer in der Tendenz rückläufig, was vor allem von deutlich geringeren Impulsen vom Ein- und Zweifamilienhausbau herrührt. Der Mehrfamilienhausbau, der zunächst noch von der Tendenz gestützt wurde, dass private Haushalte wieder verstärkt in die Städte zurückkehren und die Migration nach Deutschland zunimmt, gab zuletzt angesichts des erreichten hohen Niveaus ebenfalls nach. Die Bauaktivitäten im öffentlichen Bereich waren bis zum Sommer zwar noch stark von den flutbedingten Infrastrukturmaßnahmen in Mitteldeutschland geprägt. Die von hier ausgehenden Anregungen dürften im späteren Zeitverlauf aber tendenziell abgenommen haben.

Alles in allem dürfte das Baugewerbe das Jahr 2014 aber wohl aufgrund der hohen Niveaus zu Beginn mit einem geringfügigen Umsatzplus abgeschlossen haben. Laut Umfrage haben 39% der Unternehmen ihre Produktion ausweiten können, während 36% Rückgänge gegenüber dem Vorjahr hinnehmen mussten. Etwa ein Viertel konnte die Produktion stabil halten. Gegenüber den vor Jahresfrist geäußerten Erwartungen[1] ist damit eine größere Spreizung zwischen den Unternehmen eingetreten. Etwa ein Zehntel mehr Unternehmen weist nun Umsatzzuwächse aus, aber auch 16% mehr Unternehmen meldeten Umsatzeinbußen.

Ertragslage zuletzt stabil

Die Ertragslage der zum Jahresende 2014 befragten Bauunternehmen hat sich in etwa auf dem Stand des Vorjahres gehalten (vgl. Tabelle 1), nachdem im Jahr 2013 aufgrund der schwachen Gesamtkonjunktur ein Rückschlag verbucht werden musste. Der Anteil der Unternehmen mit Gewinn verblieb im Baugewerbe insgesamt bei 63%. Eine Kreuztabellierung der Ertragslage von 2012 bis 2014 zeigt die Übergänge zwischen den Ertragstypen. Danach konnten 82% der Unternehmen im Jahr 2014 ihre Gewinnsituation erneut sichern; im Jahr zuvor waren es nur 79% (vgl. Tabelle 2). Außerdem sind im Jahr 2014 weniger Unternehmen in der Verlustzone verblieben, und etwas mehr Unternehmen, die zuvor Verluste verzeichnet hatten, konnten sich eine kostendeckende Lage erarbeiten.

Zwischen den Sparten offenbart sich im Zeitverlauf allerdings ein unterschiedliches Bild. Der Hochbaubereich, der im Jahr 2013 kaum Abstriche an seiner Ertragssituation vornehmen musste, konnte

Tabelle 1:
Entwicklung der Ertragslage in den Ende 2014 befragten ostdeutschen Bauunternehmen

in % der befragten Unternehmen

	2012	2013	voraussichtlich 2014
Baugewerbe insgesamt			
Gewinn	68	63	63
Kostendeckung	20	26	31
Verlust	12	11	6
darunter: Hochbau			
Gewinn	65	64	60
Kostendeckung	20	23	32
Verlust	15	13	7
darunter: Tiefbau			
Gewinn	65	58	60
Kostendeckung	25	33	35
Verlust	10	9	5
darunter: Ausbau			
Gewinn	72	66	68
Kostendeckung	17	23	26
Verlust	11	11	5
jeweils insgesamt	100	100	100

Fälle: 2012: 277; 2013: 279; 2014: 279.
Quelle: IWH-Bauumfrage vom Dezember 2014.

[1] http://www.iwh-halle.de/d/publik/konj/14_01_4.pdf.

im Jahr 2014 in etwas geringerem Umfang Gewinn erwirtschaften. Im Tiefbau ergab sich nach einer deutlichen Verschlechterung im Jahr 2013 dagegen zuletzt eine leichte Verbesserung. In der Folge ähneln sich die Ertragsstrukturen zwischen Hochbau und Tiefbau weitgehend. Zu einer leichten Verbesserung der Ertragssituation ist es auch im Ausbaubereich gekommen. Für das Jahr 2014 weisen 68% der Unternehmen Gewinn aus. Gleichzeitig meldeten hier mit 5% deutlich weniger Unternehmen als zuvor Verluste an. Hier stellt sich die Ertragslage ohnehin seit längerem am günstigsten dar. Wegen der stärkeren Orientierung nach Westdeutschland[2] konnten im Ausbau wohl öfter zufriedenstellende Gewinne erwirtschaftet werden als in den übrigen Bereichen.

Tabelle 2:
Veränderung der Ertragssituation im Zeitraum von 2012 bis 2014 im Baugewerbe Ostdeutschlands

in % der Unternehmen gemäß der Ertragslage im Vorjahr

		2013	
2012	**Gewinn**	**Kostendeckung**	**Verlust**
Gewinn	79	12	9
Kostendeckung	18	73	9
Verlust	49	27	24
insgesamt	63	26	11
		2014	
2013	**Gewinn**	**Kostendeckung**	**Verlust**
Gewinn	82	13	5
Kostendeckung	31	62	7
Verlust	33	53	13
insgesamt	63	31	6

Fälle: 2012/2013: 277; 2013/2014: 278.

Quelle: IWH-Bauumfrage vom Dezember 2014.

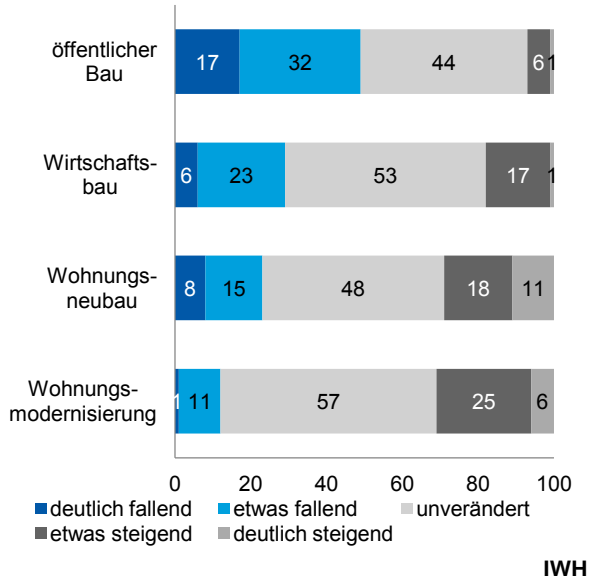
Die Liquiditätssituation wird von den Unternehmen insgesamt als recht gut eingeschätzt, auch wenn im Verlauf des vergangenen Jahres eine leichte Rückbildung zu verzeichnen war. Im Mittel des Jahres 2014 wird aber immer noch der höchste Wert seit Beginn der Erfassung dieses Indikators im Jahr 2000 erreicht. Das Zahlungsverhalten der Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Forderungsverluste treten bei geringfügig mehr Unternehmen auf als im Jahr 2013. Die Situation scheint diesbezüglich im Tiefbau wie bereits in den Jahren zuvor am günstigsten zu sein. Hier klagt mit knapp 51% nur etwa die Hälfte der Unternehmen über Forderungsverluste (2013: 52%). Im Hochbau sind 58% der Unternehmen betroffen (2013: 54%). Schlusslicht bleibt insgesamt der Ausbaubereich, der sich zwar im Jahresvergleich nicht verändert hat, aber mit 62% generell die meisten Unternehmen mit Forderungsausfällen ausweist.

Wohnungsmodernisierung: Zugpferd im Jahr 2015

Befragt nach den Auftragstrends für das Jahr 2015, schreiben die Unternehmen der Wohnungsmodernisierung die besten Aussichten zu (vgl. Abbildung 2). Der Saldo aus den Auf- und Abwärtserwartungen fällt klar positiv und sogar höher aus als für das Jahr 2014: 31% der Befragten gehen von zunehmenden Aktivitäten aus (2014: 28%), 12% erwarten Auftragsrückgänge (2014: 13%).

Abbildung 2:
Auftragstrends für das Jahr 2015

in % der befragten Unternehmen



Quelle: IWH-Bauumfrage vom Dezember 2014.

2 Vgl. http://www.iwh-halle.de/d/publik/konj/14_03.pdf, 129.

Tabelle 3:

Umsatz- und Beschäftigungserwartungen für 2015 im ostdeutschen Baugewerbe

	Zunahme			Gleich-stand	Abnahme			Saldo aus Zu- und Abnahme
	über 5%	bis 5%	ins-gesamt		ins-gesamt	bis 5%	über 5%	
	in % der Unternehmen je Bausparte							Prozentpunkte
Umsatzerwartungen für 2015 gegenüber 2014								
Bauhauptgewerbe	20	4	24	51	25	6	19	−1
dar.: Hochbau	17	5	22	57	21	4	18	1
Tiefbau	24	3	27	44	29	8	21	−2
Ausbaugewerbe	19	5	24	58	18	4	14	6
Baugewerbe insgesamt	20	5	25	53	22	5	17	3
Beschäftigungserwartungen für 2015 gegenüber 2014								
Bauhauptgewerbe	12	6	18	64	18	9	9	0
dar.: Hochbau	13	5	18	69	13	4	9	5
Tiefbau	12	6	18	60	22	14	9	−4
Ausbaugewerbe	14	5	19	66	15	5	10	4
Baugewerbe insgesamt	13	5	18	65	17	8	9	1

Fälle: Umsatzerwartungen: n = 283, Beschäftigungserwartungen: n = 280.

Quelle: IWH-Bauumfrage vom Dezember 2014.

Hinsichtlich des Wohnungsneubaus bleiben die Unternehmen ebenfalls überwiegend optimistisch, allerdings fällt der Anteil der skeptischen Stimmen etwas höher aus als im Jahr zuvor: So gehen wie im vergangenen Jahr 29% von steigenden, aber 23% (2014: 18%) von sinkenden Aufträgen aus. Überwiegend skeptisch sehen die Bauunternehmen die Entwicklung im Wirtschaftsbau, was angesichts der noch unterausgelasteten Kapazitäten nicht verwundert. Hier stehen 18% (2014: 27%) mit steigenden Aufträgen 29% (2014: 22%) mit sinkenden Auftragserwartungen gegenüber. Am ungünstigsten fallen die Trends im öffentlichen Bau aus, wo knapp die Hälfte (2014: 31%) der Bauunternehmen von einer rückläufigen und nur 7% (2014: 15%) von einer höheren Produktion ausgehen. Angesichts der finanziellen Probleme vieler ostdeutscher Kommunen wird wohl eine eher zurückhaltende Investitionstätigkeit erwartet.

Ausbaugewerbe mit großer Zuversicht für das Jahr 2015

Die Auftragstrends spiegeln sich in den Umsatzerwartungen der Sparten für das Jahr 2015 wider (vgl. Tabelle 3, obere Hälfte). So überwiegen im Ausbaugewerbe, das sich vornehmlich mit Wohnungsmodernisierung beschäftigt, eindeutig die Unternehmen, die eine Umsatzexpansion erwarten, gegenüber denen, die mit Rückgängen rechnen. Für den Hochbau, der sowohl Neubauten als auch aufwändige Modernisierungen umfasst, ergibt sich noch ein geringer positiver Saldo aus den beiden Entwicklungsrichtungen. Im Tiefbau zeigt sich dagegen ein geringes Übergewicht der Unternehmen, die schrumpfende Umsätze erwarten. Der Saldo für das Baugewerbe insgesamt fällt aber immer noch positiv aus. Er entspricht in etwa dem des Jahres 2014 und deutet auf eine leichte Ausweitung der Bauproduktion im Jahr 2015 hin.

Für die Beschäftigung ergibt sich, bezogen auf den Personalbestand zum Ende des Jahres 2014, per saldo ebenfalls ein geringfügiges Übergewicht der Unternehmen mit Personalaufbau gegenüber denen mit Personalabbau (vgl. Tabelle 3, untere Hälfte). Einen Beschäftigungsaufbau sehen allein die Hoch- und Ausbauunternehmen vor. Dieses Bild passt zu deren stärkeren Umsatzerwartungen. Für den Tiefbau wird, ähnlich wie bei den anvisierten Umsätzen, eher ein Beschäftigungsabbau erwartet.

IWH-Industrieumfrage zum Jahresauftakt 2015: Positive Grundstimmung

Cornelia Lang

Das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands startete mit einem kräftigen Aufwärtsschub ins Jahr 2014. Die Geschäftslage verbesserte sich spürbar, die Erwartungen waren hochgesteckt. Das zweite Quartal verlief schon weniger dynamisch, und im Spätsommer trübte sich die Stimmung ein. Erst zum Jahresende hat sich die Geschäftslage wieder verbessert. Auf den Umsatz hat dieser Verlauf aber weniger gewirkt. Hier waren die Umsatzzuwächse gegenüber dem – freilich sehr schwachen – Vorjahr in einzelnen Sparten recht kräftig. Vor allem für das Vorleistungsgütergewerbe lief es gut. Bei der Ertragslage hat sich gegenüber dem Vorjahr der Anteil von Unternehmen in der Gewinnzone kaum verändert, jedoch haben im Jahr 2014 weniger Unternehmen Verluste geltend gemacht.

Für das Jahr 2015 erwarten die vom IWH befragten Unternehmen Geschäfte in etwa auf Vorjahresniveau. Mehr als die Hälfte der Unternehmen geht von Zuwächsen beim Umsatz aus, aber nicht mehr in der Höhe wie im Jahr 2014. Die Beschäftigungspläne ähneln denen vor einem Jahr. Ein Drittel der Unternehmen will Personal einstellen, 12% gehen davon aus, dass bis Ende 2015 Beschäftigung abgebaut wird. Die Umsatz- und Beschäftigungspläne der Exportunternehmen sind leicht überdurchschnittlich.

Ansprechpartnerin: Cornelia Lang (Cornelia.Lang@iwh-halle.de)
JEL-Klassifikation: L60
Schlagwörter: Ostdeutschland, Industrie, Konjunktur

Unterm Strich war 2014 ein durchwachsenes Jahr für die ostdeutsche Industrie

Im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands begann das Jahr 2014 mit einem kräftigen konjunkturellen Aufwärtsschub. Die optimistischen Erwartungen, die Ende 2013 vorgeherrscht hatten, zeigten sich in einer hohen Zufriedenheit mit der Geschäftslage. Die Auftragslage und die Produktionsaussichten verbesserten sich. Die Einschätzungen der Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern bezüglich des Geschäftsklimas signalisierten, dass die Impulse des Exports in der ostdeutschen Industrie angekommen waren.

Im Investitionsgütergewerbe schien die Schwächephase, die sich in einer Verunsicherung der Investoren äußerte und im Jahr 2013 zu einem Auf und Ab der Stimmung geführt hatte, zunächst überwunden. Auch im zweiten Quartal 2014 florierten die Geschäfte. Im Spätsommer jedoch brach die Konjunktur in der Investitionsgütersparte ein. Schwächere Impulse von den Auslandsmärkten, weniger Schwung in der deutschen Konjunktur und der schwelende Konflikt zwischen Russland und dem Westen hinterließen Spuren. Am Jahresende hat sich die Lagebewertung wieder etwas verbessert, bleibt aber unter dem Niveau des ersten Halbjahres. Gleiches trifft auf die Erwartungen an die Geschäfte bis zum Sommer 2015 zu.

Anders verlief das Jahr 2014 für die Hersteller von Vorleistungsgütern: Sie meldeten nach einer eher verhaltenen ersten Jahreshälfte im zweiten Halbjahr gute Geschäfte. Am Jahresende zeigten sie die höchste Zufriedenheit mit der Geschäftslage seit dem Jahr 2011 an. Obwohl im letzten Quartal die Auftragsbücher so gut gefüllt waren wie schon lange nicht mehr und auch die Produktionserwartungen nach einer Delle im dritten Quartal wieder stark gestiegen sind, haben sich die Aussichten zuletzt nicht noch weiter verbessert.

Das Geschäftsklima im Konsumgütergewerbe hatte sich bereits zum Jahresende 2013 deutlich erwärmt. Eine gute Arbeitsmarktlage und steigende Realeinkommen sorgten dafür, dass dies auch im Jahr 2014 so blieb. Die Sparte behielt das hohe Niveau ih-

rer Geschäftsaktivitäten das ganze Jahr über bei, nur am Ende trübten sich die Aussichten etwas ein, und die Auftragslage wurde zum ersten Mal seit Ende 2013 wieder weniger gut bewertet.

Das Stimmungsbild in der ostdeutschen Industrie insgesamt hat sich zum Jahresende 2014 wieder leicht aufgehellt. Das Niveau vom ersten Halbjahr wurde aber noch nicht wieder erreicht.

Umsatzerwartungen haben sich oftmals erfüllt, …

Im Jahr 2013 waren viele Umsatzerwartungen enttäuscht worden. Per saldo hatte der Anteil der Unternehmen mit Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorjahr den Anteil der Unternehmen mit Umsatzzunahme übertroffen. Für das Jahr 2014 wurde in der ostdeutschen Industrie dann wieder ein besseres Ergebnis erwartet. Tabelle 1 zeigt, dass für die Mehrheit der befragten Unternehmen die Rechnung auch aufgegangen ist. Zwei Drittel derjenigen, die für 2014 einen höheren Umsatz als im Vorjahr erwartet hatten, konnten diesen auch realisieren. Jedes vierte Unternehmen aber musste Einbußen hinnehmen. Für 53% der Unternehmen, die mit einem Umsatzrückgang gerechnet hatten, wurde dies auch Realität, aber vier von zehn aus dieser Gruppe konnten sich über steigende Umsätze freuen. Die Hälfte der Unternehmen, die für 2014 gleichbleibende Umsätze erwartet hatten, hat sich ebenfalls positiv verschätzt: Auch sie konnte ein Umsatzplus verzeichnen.

Tabelle 1:

Für 2014 erwartete und tatsächlich realisierte Umsatzentwicklung in der ostdeutschen Industrie

in % der Unternehmen mit Umsatzplänen für 2014

für 2014 erwartete Umsatzentwicklung	tatsächliche Umsatzentwicklung 2014		
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme
Zunahme	66	9	25
Gleichstand	50	32	18
Abnahme	40	7	53
insgesamt	56	17	27

Fälle: n = 210. Unternehmen mit Angaben zu den Jahren 2013 und 2014 in den Befragungen vom Dezember 2013 und vom Dezember 2014. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrieumfrage vom Dezember 2013 und vom Dezember 2014.

Aus Tabelle 2 wird im Detail ersichtlich, in welchen Größenordnungen sich die Umsätze im Jahr 2014 entwickelten. 55% der Unternehmen haben mehr Umsatz als 2013 erwirtschaftet, und knapp die Hälfte davon konnte eine Steigerung um mehr als 10% erreichen. Der Export dürfte dabei eine stützende Kraft gewesen sein, denn die Exportunternehmen liegen bei der Umsatzentwicklung leicht über dem Durchschnitt für die Industrie insgesamt.

… dabei war die Umsatzentwicklung bei Herstellern von Investitionsgütern am schwächsten

In allen drei fachlichen Hauptgruppen ist der Saldo aus Umsatzzuwachs und -verringerung positiv. Im Vorleistungsgütergewerbe gab es zwar im Jahr 2014 immer wieder Schwankungen bei den Erwartungen an Produktion und Ertrag; am Jahresende rechnet die Sparte nun aber Umsätze ab, die leicht über dem Gesamtdurchschnitt liegen. Schwächer lief es bei den Herstellern von Investitionsgütern. Mit 37% meldete ein deutlich größerer Anteil an Unternehmen einen Umsatzrückgang als in den anderen Gruppen. In der relativen Schwäche der Sparte zeigt sich die Investitionsschwäche im Euroraum, aber auch in Deutschland.

Wie schon im Vorjahr rechneten die Konsumgüterproduzenten auch im Jahr 2014 überdurchschnittliche Umsatzentwicklungen ab. 58% der Unternehmen erzielten eine Steigerung. Ihren hochgesteckten Erwartungen vom Dezember 2013 wurden sie dennoch nicht ganz gerecht. Zum damaligen Zeitpunkt gingen nur 12% davon aus, im Folgejahr weniger Umsatz zu realisieren, eingetreten ist dies aber bei 24%. Die ostdeutschen Hersteller von Ge- und Verbrauchsgütern haben von der deutschlandweiten konjunkturellen Belebung durch den privaten Konsum wohl weniger profitiert, was auch ihrer schwächeren Ausrichtung auf hochwertige Konsumgüter geschuldet sein könnte.

Für das Jahr 2015 gehen die Industrieunternehmen von ähnlichen Umsatzentwicklungen aus, wie sie bereits 2014 realisiert wurden. Mehr als die Hälfte rechnet mit Zuwächsen, allerdings nicht mehr in der Höhe wie 2014. Es wird wohl vor allem darum gehen, Umsatzrückgänge zu vermeiden und möglichst

Tabelle 2:

Umsatzentwicklung 2014 und Umsatzerwartungen 2015 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

in % der jeweiligen Unternehmensgruppe

	Zunahme					Abnahme				
	über 10%	5 bis 10%	bis 5%	ins-gesamt	Gleich-stand	ins-gesamt	bis 5%	5 bis 10%	über 10%	Saldo aus Zu- und Abnahme
	Umsatzentwicklung 2014 gegenüber 2013									
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	26	14	15	55	17	28	10	8	10	27
darunter: Exportunternehmen	*28*	*14*	*15*	*57*	*16*	*27*	*10*	*8*	*9*	*30*
Vorleistungsgütergewerbe	24	16	16	56	21	23	10	5	8	33
Investitionsgütergewerbe	29	14	9	52	11	37	12	13	12	15
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	22	10	26	58	18	24	8	6	10	34
	Umsatzerwartungen 2015 gegenüber 2014									
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	17	20	18	55	25	20	7	6	7	35
darunter: Exportunternehmen	*20*	*23*	*16*	*59*	*21*	*20*	*8*	*6*	*6*	*39*
Vorleistungsgütergewerbe	16	20	20	56	27	17	7	7	3	39
Investitionsgütergewerbe	17	18	17	52	26	22	5	4	13	30
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	17	23	17	57	19	23	13	6	4	34

Fälle: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt: n = 257 zur Umsatzentwicklung, n = 242 zu Umsatzerwartungen, Exportunternehmen: n = 167 zur Umsatzentwicklung und n = 158 zu Umsatzerwartungen. Zahlenangaben gerundet. Abweichungen zu den Angaben in Tabelle 1 durch unterschiedliche Fallzahlen.

Quelle: IWH-Industrieumfrage vom Dezember 2014.

auf Vorjahresstand zu bleiben. Die ambitionierten Umsatzerwartungen der Exportunternehmen lassen zudem vermuten, dass sie auf eine wirtschaftliche Erholung in Europa setzen.

Ertragslage hat sich gegenüber Vorjahr leicht verbessert

Reichlich zwei Drittel der befragten Industrieunternehmen haben im Jahr 2014 Gewinn erwirtschaftet. Nahezu halbiert hat sich gegenüber dem Vorjahr der Anteil von Unternehmen, die Verluste hinnehmen mussten. Er liegt nunmehr bei 8% (vgl. Tabelle 3).

Zwischen den Sparten zeigen sich allerdings unterschiedliche Befunde. Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern gab es bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Unternehmen mit Gewinn, und 2014 hat sich dieser Anteil nochmals erhöht. Auch der Anteil von Unternehmen in der Verlustzone hat sich hier am stärksten reduziert. Das Investitionsgütergewerbe kann keine so gute Bilanz vorweisen. Zum zweiten Mal in Folge hat die Sparte Abstriche an der Ertragssituation hinnehmen müssen. Im betrachteten Dreijahreszeitraum hat der Anteil von Unternehmen, die Gewinn ausweisen, abgenommen, und ist gegenwärtig der niedrigste im Spartenvergleich. Wie schon bei den Umsätzen zeigt sich auch hinsichtlich der Ertragssituation, dass das ostdeutsche Konsumgütergewerbe sehr gute Geschäftsergebnisse erzielt. Für das Jahr 2014 weisen 70% der Unternehmen Gewinn aus: der Spitzenwert der Hauptgruppen.

Ambitionierte Beschäftigungspläne bei großen Unternehmen

Die Beschäftigungspläne für 2015 bewegen sich in etwa im gleichen Rahmen wie im Vorjahr. 55% der befragten Unternehmen gehen davon aus, dass ihr Personalbestand stabil bleibt, 33% rechnen mit Neueinstellungen, und 12% erwarten, dass sich ihr Personalbestand am Jahresende 2015 verringert haben wird (vgl. Tabelle 4). Die Exportunternehmen sind beim Personalaufbau etwas zuversichtlicher als der Durchschnitt. Noch optimistischere Prognosen kommen aus den großen Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten. 46% wollen mehr Personal einstellen, was 13 Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegt.

Tabelle 3:

Entwicklung der Ertragslage in den befragten ostdeutschen Industrieunternehmen

in % der befragten Unternehmen

	2012	2013	2014
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt			
Gewinn	66	66	67
Kostendeckung	19	19	25
Verlust	15	15	8
darunter: Exportunternehmen			
Gewinn	68	67	69
Kostendeckung	15	18	24
Verlust	17	15	7
Vorleistungsgütergewerbe			
Gewinn	61	65	69
Kostendeckung	20	17	24
Verlust	19	18	7
Investitionsgütergewerbe			
Gewinn	70	66	64
Kostendeckung	17	22	26
Verlust	13	12	10
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe			
Gewinn	66	68	70
Kostendeckung	23	21	24
Verlust	11	11	6
jeweils insgesamt	100	100	100

Fälle: n = 273.

Quelle: IWH-Industrieumfrage vom Dezember 2014.

Tabelle 4:

Beschäftigungspläne der ostdeutschen Industrieunternehmen für das Jahr 2015

in % der jeweiligen Unternehmensgruppe

	voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung Ende 2015 gegenüber Ende 2014			
	Zunahme	**Gleichstand**	**Abnahme**	**Saldo**
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	33	55	12	21
darunter: Exportunternehmen	*36*	*51*	*13*	*23*
fachliche Hauptgruppen:				
Vorleistungsgütergewerbe	32	56	12	20
Investitionsgütergewerbe	30	58	12	18
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	40	47	13	27
Größengruppen:				
1 bis 49 Beschäftigte	27	61	12	15
50 bis 249 Beschäftigte	36	52	12	24
250 und mehr Beschäftigte	46	43	11	35

Fälle: n = 274. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrieumfrage vom Dezember 2014.

Die Meldungen aus den fachlichen Hauptgruppen lesen sich wie eine Fortschreibung der Geschäftsentwicklung aus dem Jahr 2014: Im Vorleistungsgütergewerbe, der Sparte, die innerhalb der ostdeutschen Industrie das meiste Gewicht besitzt, liegen die Beschäftigungspläne im Durchschnitt aller Industrieunternehmen. Das Investitionsgütergewerbe ist etwas zurückhaltender, und unter den Konsumgüterproduzenten geht man häufiger als in den anderen Sparten davon aus, dass es Beschäftigungszuwachs geben wird.

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Impressum

Herausgeber:
Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout: Ingrid Dede
Telefon: +49 345 7753 720/721
Telefax: +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 11 03 61, D-06017 Halle (Saale)
Telefon: +49 345 7753 60
Telefax: +49 345 7753 820
Internet: http://www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:
Einzelheft: 5,00 Euro
Jahresbezug: 18,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:
Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Gewerbering West 27, 39240 Calbe
Telefon: +49 39291 428-0

Konjunktur aktuell, 3. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29. Januar 2015

ISSN 2195-8300 (Print)
ISSN 2195-8319 (Online)

Titelbild:
© max5128 – Fotolia.com